



Nur zur dienstlichen Verwendung

Stenografisches Protokoll der 22. Sitzung - endgültige Fassung -

1. Untersuchungsausschuss

Berlin, den 26. Januar 2023, 12.00 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Saal 4.900 (Europasaal)
Konrad-Adenauer-Straße 1, 10557 Berlin

Vorsitz: Dr. Ralf Stegner, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Beweisaufnahme

Einzigiger Tagesordnungspunkt

Seite

Zeugenvernehmung

Marcus Grotian

9

Vorsitzender des Patenschaftsnetzwerks
Afghanische Ortskräfte
(Beweisbeschluss Z-10)

O. W.

siehe Stenogr. Protokolle 20/22 II und III

Sachgebietsleiter „Auswertung Afghanistan
Militär, Sicherheitslage, Militante Opposition“
des BND
(Beweisbeschluss Z-18)



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Beginn: 12.13 Uhr)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne unsere 22. Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses der 20. Wahlperiode, die zugleich unsere 9. Beweisaufnahmesitzung ist.

Ich stelle fest, dass die Öffentlichkeit hergestellt ist, und begrüße ganz herzlich die Zuschauerinnen und Zuschauer sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Presse auf der Tribüne.

Ich gehe davon aus, dass sich keine Personen als Zuschauerinnen und Zuschauer hier im Raum aufhalten, die wir später als Zeugen hier wiedersehen.

An dieser Stelle möchte ich den Damen und Herren von der Presse - die, die häufiger hier waren, haben das schon häufiger gehört - noch einmal den Hinweis geben, dass der Ausschuss sich aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes dafür entschieden hat, Namen von Zeuginnen und Zeugen nicht in der Tagesordnung zu veröffentlichen, soweit diese nicht ohnehin aufgrund ihrer Funktion öffentlich bekannt sind. Bei den Angaben zur Person werden die Namen zwar in öffentlicher Sitzung genannt; das bedeutet aber nicht, dass der Persönlichkeitsschutz der Zeugen damit aufgehoben würde. Ich bitte daher darum, in der Berichterstattung über die Beweisaufnahme des Untersuchungsausschusses nach den Regelungen im Pressekodex die Namen der Zeugen nicht zu veröffentlichen, soweit sie nicht in der Tagesordnung genannt sind.

Bevor ich nun zum eigentlichen Gegenstand der heutigen Sitzung komme, gestatten Sie mir noch wenige Vorbemerkungen.

Ton- und Bildaufnahmen sind während der öffentlichen Beweisaufnahme nicht zulässig. Ein Verstoß gegen dieses Gebot kann nach dem Hausrecht des Bundestages nicht nur zu einem dauernden Ausschluss von den Sitzungen dieses Ausschusses sowie des ganzen Hauses führen, sondern gegebenenfalls strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen.

Nach diesen einleitenden Hinweisen rufe ich nunmehr unseren **einzigsten Tagesordnungspunkt** auf:

Zeugenvernehmung

Marcus Grotian

Vorsitzender des Patenschaftsnetzwerks
Afghanische Ortskräfte e. V.
(Beweisbeschluss Z-10)

O. W.

Sachgebietsleiter „Auswertung Afghanistan Militär, Sicherheitslage, Militante Opposition“ des BND
(Beweisbeschluss Z-18)

Wir werden die Zeugen in dieser Reihenfolge vernehmen.

Der Ausschuss hat in der Beratungssitzung am heutigen Tage beschlossen:

Für die Vernehmung des Zeugen O. W. am heutigen Tage wird die Öffentlichkeit gemäß § 14 Absatz 1 Nummer 2 und 4 des Untersuchungsgesetzes ausgeschlossen, weil besondere Gründe des Wohls des Bundes entgegenstehen und eine Gefährdung des Zeugen zu besorgen ist.

Dafür sind nach dem derzeitigen Stand keine Unterbrechungen durch den Plenarbetrieb vorgesehen. Sollte sich das ändern, werden wir hier optisch und akustisch darauf vorbereitet, und wir haben auch ein Auge darauf und unterbrechen dann entsprechend die Sitzung. Ansonsten würden wir Unterbrechungen nur machen, um gelegentlich anderen Bedürfnissen nachgehen zu können und uns zwischenzeitlich zu erholen.

Vernehmung des Zeugen Marcus Grotian

Unser erster Zeuge, Herr Grotian, hat bereits Platz genommen.

Ich stelle fest, dass der Zeuge ordnungsgemäß geladen ist. Herr Grotian, Sie haben den Erhalt der Ladung am 8. November 2022 und den Erhalt der Umladung am 15. Januar 2023 bestätigt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ich heiße Sie herzlich willkommen und bedanke mich, dass Sie dem Ausschuss als Zeuge zur Verfügung stehen. Ich bedanke mich auch für Ihr Verständnis, dass wir Sie erst heute hören. Aber Vorfreude ist ja die schönste Freude.

Insofern bin ich zunächst gehalten, Herr Grotian, Sie über Ihre Rechte und Pflichten als Zeuge aufzuklären. Diese Belehrung schreibt mir das Gesetz für jeden Zeugen vor.

Sie sind als Zeuge geladen worden, und als Zeuge vor einem Untersuchungsausschuss sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Das heißt, Sie müssen richtige und vollständige Angaben machen. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, das der Wahrheit widerspricht. Wer vor einem Untersuchungsausschuss vorsätzlich falsche Angaben macht, kann sich nach § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches strafbar machen. Solch eine uneidliche Falschaussage kann eine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren nach sich ziehen.

Auf bestimmte Fragen dürfen Sie allerdings die Auskunft verweigern. Das gilt zum einen für Fragen, deren Beantwortung Sie oder einen Ihrer Angehörigen der Gefahr zuziehen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Das können Verfahren wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit sein, aber auch Disziplinar- oder berufsgerichtliche Verfahren.

Darüber hinaus dürfen sogenannte Berufsgeheimnisträger und ihre Gehilfen grundsätzlich die Auskunft in Bezug auf Dinge verweigern, die ihnen in dieser Eigenschaft anvertraut oder bekannt geworden sind.

Haben Sie dazu Fragen?

Zeuge Marcus Grotian: Nein.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Der Zeuge schüttelt den Kopf und hat Nein gesagt - für das Protokoll.

Dann möchte ich Sie darauf hinweisen, dass eine Tonaufnahme gefertigt wird, um die Protokollierung der Sitzung zu erleichtern. Deshalb ist es wichtig, dass Sie Ihr Mikrofon einschalten und sich auch nah am Mikrofon aufhalten, wenn Sie das Wort ergreifen. Die Aufnahme wird nach Abschluss der Protokollerstellung gelöscht. Das Protokoll wird Ihnen vor der endgültigen Fertigstellung übersandt.

Mein letzter Hinweis an den Zeugen: Sollten Sie während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssen, deren öffentliche Erörterung überwiegende schutzwürdige Interessen verletzen würde, bitte ich um einen Hinweis. Der Ausschuss hätte dann über den Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad der Sitzung zu beschließen.

Ich sage das heute noch mal besonders deutlich: Es handelt sich um ein Regel-Ausnahme-Verhältnis. Der ffentlichkeitsgrundsatz für Beweiserhebungen in Untersuchungsausschüssen hat nach Artikel 44 des Grundgesetzes Verfassungsrang, und deswegen ist er uns auch ganz besonders wichtig. Die Gründe für eine Ausnahme müssen daher von besonderem Gewicht sein. Dann würde entsprechend entschieden.

Haben Sie zu diesen Hinweisen noch Fragen?

Zeuge Marcus Grotian: Nein.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen komme ich nun zum Ablauf der Vernehmung. Eingangs werde ich Sie kurz zu Ihrer Person befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, wenn Sie das wünschen, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen. Anschließend oder falls Sie darauf verzichten, werden Sie von den Mitgliedern des Ausschusses befragt. Dies geschieht nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen, also die Redezeit oder Fragezeit richtet sich nach der Stärke der Fraktionen.

Dazu noch Fragen?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Marcus Grotian: Nein.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das zeigt, wie wunderbar Sie das immer zusammenstellen, dass das funktioniert.

Darf ich Sie nun bitten, sich dem Ausschuss zu Beginn Ihrer Ausführungen mit Ihrem Namen, Ihrem Alter, Ihrem Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen?

Zeuge Marcus Grotian: Mein Name ist Marcus Grotian. Ich bin 1977 geboren. Dann müsste ich jetzt 45 sein. Ich lebe in der [REDACTED] in [REDACTED]. Mein Beruf: Ich bin Berufssoldat, beurlaubt und derzeit als Vorsitzender meines Patenschaftsnetzwerks, das ich gegründet habe, tätig.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Ihre Vermutung ist so weit richtig: Wenn Sie nicht im frühen Januar geboren sind - aber das scheint nicht der Fall zu sein -, dann stimmt die Altersangabe 45. - Vielen Dank.

Sie können nun, Herr Grotian, wenn Sie das wünschen, im Zusammenhang darlegen, was Ihnen über den Gegenstand der Vernehmung bekannt ist.

Zeuge Marcus Grotian: Ja. - Sehr verehrter Herr Vorsitzender! Sehr verehrte Mitglieder des Untersuchungsausschusses! Die deutsche Regierung hat nach meinem Dafürhalten im Jahr 2021 offenbar aus strategischen Gründen die Menschenrechte der eigenen Angestellten zurückgestellt und deshalb die Evakuierung nicht in Betracht gezogen. Das ist mindestens moralisch verwerflich. Während bei Soldaten Grundrechte eingeschnitten sind und man von diesen rechtmäßig auch Gefährdungen von Leib und Seele fordern oder befehlen kann, ist das Riskieren der Gesundheit von zivilen Angestellten, um politische Ziele zu erreichen, eine Entscheidung, die einem Arbeitgeber, auch einem Staat, nicht nur in meiner Bewertung so nicht zusteht.

Der deutsche Staat hat sich bei der Beschäftigung von lokalen Angestellten nicht an deutsches noch lokales Arbeitsrecht gehalten, und das führt

zu einer Ambivalenz, die Ortskräfte gut auf den Punkt gebracht haben mit den Worten: Gemäß Scharia dürftet ihr uns so nicht behandeln; man würde euch die Hand abhacken.

Was für ein Bürokratiemodell wir da also exportieren wollten, wurde offenbar im direkten Arbeitsverhältnis nicht jedem jungen, westlich aufgeschlossenen Afghanen klar, da die Früchte von uns exportierter bürokratischer Gleichheit eben für diese unerreichbar hoch hingen.

Dazu kommt der Anschein der unterlassenen Hilfeleistung, den ich bereits in der Bundespresskonferenz im August 21 vorbrachte.

Nun bin ich kein Rechtsgelehrter und nur mit dem Rechtssachverstand eines Offiziers des deutschen Heeres gesegnet. Daher verweise ich auf einen Artikel im „Spiegel“ vom 29.07.22, in dem der ehemalige Vorsitzende des 2. Strafsenats des Bundesgerichtshofs zu demselben Urteil kommt.

Möglich wurde dies alles erst durch das Fehlen eines Ortskräftekonzepts der Regierung, das den Umgang mit den eigenen Angestellten während und nach der Beschäftigung ressortübergreifend und grundsätzlich klar regelt. Man muss eben schon während der Beschäftigung wissen, für welche Personengruppe man eine Gefährdungsbeurteilung durchführen muss, um bewerten zu können, wer einer besonderen Gefährdung unterliegt, wenn man abzieht. Damit könnten zukünftige Situationen wie im vorletzten Jahr während des Versuchs der Evakuierung vermieden werden, wo sich die Zahl derer, die es zu retten galt, am Ende täglich erhöhte, da juristische Einordnungen und bürokratische Entscheidungen unter dem Brennglas der Öffentlichkeit politisch nicht mehr haltbar wurden.

„In Mali ist indes alles anders“, hört man aus Ministerien und aus Regierungsvertreterkreisen. Das stimmt zum einen natürlich. Für Mali gibt es kein Ortskräfteverfahren; daher stellt sich die Problematik der Ortskräfte in diesem Kontext erst gar nicht. Wir lassen dort aber gegebenenfalls wieder Menschen zurück, in der Hoffnung, dass die Bösen nicht gewinnen. Und das klingt dann



Nur zur dienstlichen Verwendung

doch wieder sehr, als wäre in Mali doch nicht alles anders als in Afghanistan. Ob dies unter dem Brennglas einer Situation wie im vorletzten Jahr standhalten würde, ist zu bezweifeln. Der Ablauf vom letzten Jahr würde sich also dann unter noch schlechteren Voraussetzungen wiederholen. So können wir - und allen voran unsere Ortskräfte - allenthalben nur hoffen, dass die Bösen nicht gewinnen.

Diese Regierung wird nicht mehr sagen können, man hätte nicht auch das schlimmste anzunehmende Szenario gekannt und sich darauf vorbereiten können. Die Verantwortung für jede verletzte oder umgebrachte Ortskraft sowie jeden bei der Rettungsmission verletzten Soldaten oder Soldatin und unzählige retraumatisierte Veteranen lastet indes auf den politischen Entscheidern, die es geschafft haben - wissentlich oder versehentlich -, eine Verantwortungsdiffusion zu erzeugen, die letztlich niemanden verantwortlich machte. Als Staatsbürger in Uniform ist dies in Anbetracht des Ausgangs des Engagements in Afghanistan, der dabei gefallenen Kameraden und Kameradinnen und der zurückgelassenen Ortskräfte ein kaum zu ertragener Zustand. - Dies beendet mein Statement. Danke schön.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank, Herr Grotian. - Ich würde von meinem Fragerecht Gebrauch machen und ein paar Fragen an Sie richten wollen. - Sie haben ja in Ihrem kurzen Statement gewichtige Vorwürfe erhoben. Ich würde Sie zunächst mal fragen wollen, wie lange Sie in welcher Tätigkeit vor Ort gewesen sind und worauf sich sozusagen das, was Sie vorgetragen haben, stützt, bezogen auf eigene Erfahrungen, die Sie gemacht haben.

Zeuge Marcus Grotian: Ich war selbst in 2011 bis Januar 2012 für siebeneinhalb Monate in Afghanistan, in Kunduz, stationiert. Aber meine wesentlichen Erkenntnisse ziehe ich aus meiner Tätigkeit für das von mir gegründete Patenschaftsnetzwerk - zusammen mit anderen Unterstützern; einen Verein kann man nicht alleine gründen -, in dem ich versucht habe, die Ortskräfte, die im Jahr 2021 in Afghanistan sich noch befanden und

zum Teil mit Visa, zum Teil mit Aufnahmezusagen, zum Teil ohne eine Berechtigung auf diese zurückgelassen wurden, zu unterstützen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Können Sie uns schildern, was Sie veranlasst hat, dieses Netzwerk zu gründen, wer da beteiligt war, wann das gewesen ist und was Sie da konkret gemacht haben?

Zeuge Marcus Grotian: Ja. Ich habe aus einer persönlichen gesundheitlichen Nahtoderfahrung 2014 für mich die Erkenntnis gezogen, dass ich meine bis dahin rein beruflichen Ambitionen anders aufteilen möchte und auch gesellschaftlich in irgendeiner Form versuchen möchte, die Welt zu verbessern, und habe mich dann nach einem Projekt umgesehen. Und als ehemaliger Afghanistan-Veteran habe ich gesagt - - Als im Januar 2015 der Generalinspekteur zum Aufnehmen von Patenschaften zu ehemaligen Ortskräften, die nach Deutschland gebracht wurden damals - - habe ich gesagt: Das wäre ein sinnvolles Engagement; ich war in Afghanistan; die Ortskräfte haben unseren Truppen zur Seite gestanden. Ich habe es dann für richtig und sinnvoll gehalten, meine Freizeit damit zu verbringen, ihnen bei der Integration in Deutschland zur Seite zu stehen, da es da offenbar Lücken gab in der Integrationslandschaft in Deutschland. Und daraufhin habe ich das Patenschaftsnetzwerk mit anderen Unterstützern gegründet und den Vorsitz übernommen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Was war zu dem Zeitpunkt Ihre berufliche Verwendung? Und ich habe das jetzt so verstanden, dass Sie die Tätigkeit von Deutschland aus betrieben haben, mit Kontakten nach Afghanistan, nehme ich an.

Zeuge Marcus Grotian: Richtig. Die Kontakte nach Afghanistan waren in der Phase noch quasi nicht gegeben. Wir haben in Deutschland den Ortskräften, die Aufnahmezusagen und Visa bekommen haben und nach Deutschland gebracht wurden, hier bei der Integration geholfen. Und ich habe das Ganze aus meiner Verwendung als Offizier damals dann in 2014 in Prenzlau als Offizier eines Fernmeldebataillons gegründet. Das hatte am Anfang keinen Kontakt



Nur zur dienstlichen Verwendung

nach Afghanistan, sondern nur zu den Ortskräften, die nach Deutschland gebracht wurden.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Nun haben Sie mehrmals auch in Ihrem Statement von *den Ortskräften* gesprochen. Das sind ja ganz verschiedene, in den verschiedensten Bereichen, auch in unterschiedlichen Größenordnungen. Auf welche Ortskräfte bezieht sich Ihre Aussage, und mit welchen hatten Sie zu tun?

Zeuge Marcus Grotian: Der Verein hat sich so gegründet, dass er Ortskräfte aller Ministerien unterstützt, die in Afghanistan tätig waren und sind, und hat insofern keinen Fokus auf die Bundeswehrortskräfte gehabt. Aber natürlich aus eigenen Kontakten und persönlichen Beziehungen zu vielen Veteranen haben wir die im ersten Schritt - - Eine große Anzahl an Ortskräften der Bundeswehr ist uns bekannt geworden, zumal ich ja auch in der Phase Anfang 2015 an dem Patenprogramm der Bundeswehr, was vom Generalinspekteur aufgerufen wurde, teilgenommen habe und dort eine Patenschaft übernommen habe zu einem Afghanen in Berlin. Und im weiteren Verlauf hat sich das Engagement des Vereins dann gegründet und dann auch ressortübergreifend, weil ich mir immer gedacht habe, dass es keinen Sinn macht, wenn wir in Afghanistan, in Kunduz, mit der Polizei und dem Auswärtigen Amt gemeinsam operieren, dass man sich dann nur um die Bundeswehrortskräfte kümmert. Fand ich zu kurz gedacht.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wie haben Sie Ihre Vereinstätigkeit finanziert? Weil ich habe verstanden aus dem, was Sie geschildert haben, dass es eine öffentliche Förderung nicht gegeben hat. Richtig?

Zeuge Marcus Grotian: So ist es. Wir haben uns rein aus den bescheidenen Mitgliedsbeiträgen finanziert. Eigentlich haben wir uns gar nicht finanziert. Wir waren eigentlich ehrenamtlich tätig und haben uns einfach nur eine Struktur gegeben, damit wir uns austauschen können. Eigentlich war das Ziel von uns in erster Linie, Paten zu gewinnen, die bei der Integration den Ortskräften in Deutschland zur Seite stehen, und dort dann den Wissenstransfer zu begleiten; denn

wenn man sich das erste Mal mit solchen Integrationsproblemen einer Ortskraft auseinandersetzt, dann lernt man viel über die Tücken der Bürokratie. Und das weiteren Paten weiterzugeben, war im ersten Schritt der Zweck unseres Netzwerks.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Hat es aus Ihrer Sicht Unterschiede gegeben genereller Art, was die verschiedenen Ressorts oder verschiedenen Einsätze dieser Ortskräfte angeht, also struktureller Art, die Ihnen aufgefallen sind?

Zeuge Marcus Grotian: Es gab zu unterschiedlichen Zeiten in den verschiedenen Ministerien unterschiedliche Ansätze, wie und ob man sich um die Ortskräfte dann nach der Beendigung der Beschäftigung gekümmert hat, ja.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Mögen Sie das ein bisschen erläutern?

Zeuge Marcus Grotian: Im Innenministerium gab es aufgrund der Polizeimission eine relativ überschaubare Anzahl an Ortskräften. Da hatte ich immer den Eindruck, dass man sich den wenigen Ortskräften - - da auf jeden Fall auch um die gekümmert hat und auch nachträglich ihnen zur Seite stand. Es gab auch am Anfang ein Programm, ein Patenprogramm quasi, wo ebenfalls Polizisten aufgerufen wurden, sich um ehemalige Ortskräfte zu kümmern. Das ist dann, glaube ich, ein bisschen eingeschlafen. Die Bundeswehr hat das dann quasi als das Patenprogramm der Bundeswehr plus unseren Verein, den es dann gab - - hat sich um die Ortskräfte gekümmert. Da gab es also auf jeden Fall wenigstens Ansprechstellen.

Bei anderen Ministerien, ich glaube, im BMZ, habe ich da noch nichts von wahrgenommen gehabt und ist mir nichts bekannt. Da lag der Schwerpunkt ja aber auch eher darauf, weiterhin in Afghanistan tätig zu sein.

Auswärtiges Amt: Habe ich auch anhand der Anzahl der Ortskräfte - - Da gab es nicht so viele, die dafür gearbeitet haben. Genaue Kenntnis habe ich da nicht, wie es da gelaufen ist.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Bevor ich Sie zu den individuellen Gefährdungen fragen möchte, würde ich gerne wissen wollen: Was war Ihnen über die generelle Gefährdungssituation in Afghanistan für die Ortskräfte bekannt, und woher haben Sie Ihre Kenntnisse bezogen?

Zeuge Marcus Grotian: Ich habe in den Jahren 15 bis 21 am Anfang wenig Kontakt oder gar keinen Kontakt mit afghanischen Ortskräften in Afghanistan gehabt. Das änderte sich 2017/18, als sich von dort mehrfach Menschen an uns gewandt haben und gesagt haben: Ich wurde aufgrund der Verkleinerung des Kontingents oder aufgrund einer Gefährdung, die ich angegeben habe, entlassen, aber ich habe keine Aufnahmezusage bekommen. - Das habe ich am Anfang so in meiner Wahrnehmung - - Das widersprach dem, wie man in den Jahren 14, 15 und auch vielleicht 16 noch mit den Ortskräften umgegangen ist. Und erst nach Recherche und dann Genau-in-die-Fälle-Reingucken ist mir aufgefallen, dass diese Menschen tatsächlich teilweise zehn Jahre für uns gearbeitet haben. Aufgrund von Bedrohungen, die sie angegeben haben, wurden sie dann nicht mehr beschäftigt. Also, die Bedrohung war so glaubhaft offenbar, dass eine Beschäftigung nicht mehr infrage kam, aber sie war nicht glaubhaft genug, um den Menschen eine Aufnahmezusage zu geben. Und das, fand ich, widersprach sich und hat in meinen Augen dann dazu geführt, dass ich mich vermehrt mit den Menschen in Afghanistan beschäftigt habe.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Können Sie Beispiele für Gefahren nennen, denen die Ortskräfte als Folge ihrer Tätigkeit ausgesetzt waren?

Zeuge Marcus Grotian: Gefahren? - Es wurden Bedrohungen ausgesprochen gegen Familienangehörige, gegen die Ortskräfte selbst. Es gab Attentatsversuche, die ich allerdings alle nur aus Deutschland berichtet bekommen habe, also ich, in Deutschland sitzend, berichtet bekommen habe. Insofern kann ich da keine belastbaren Aussagen zu tätigen. Mehrfach wurden mir Drohungen und auch Racheakte an Familienangehörigen präsentiert. Ein Bild einer misshandelten Personen, aus Afghanistan zugeschickt, kann ich weder bewerten noch einordnen; aber ich hatte

in dem direkten Kontakt mit Menschen den Eindruck, dass diese Angst um ihr Leben haben.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Was ist Ihnen über das Ortskräfteverfahren bekannt? Also, welche Personengruppen waren zum Beispiel bis zum Sommer 2021 nach Ihrem Kenntnisstand davon erfasst?

Zeuge Marcus Grotian: Im Sommer 2021 wurde das Verfahren geändert. Davor war das Verfahren für Menschen, die für Ministerien gearbeitet haben in den letzten zwei Jahren und von 2013 beginnend. Also, wenn man vor 2013 aufgehört hat, zu arbeiten, dann hatte man überhaupt keine Möglichkeit mehr, hineinzukommen. Und in den anderen Fällen oder in den Ministerien war eine Aufnahme nur möglich, wenn man innerhalb der letzten zwei Jahre für eins der Ministerien gearbeitet hat. Das wurde im Jahr 2021, am 16.06., durch eine Innenministerkonferenz anders beschlossen. Und dort wurde für einzelne Ministerien auch ein längerer Zeitraum festgelegt. Zum Beispiel für das Verteidigungsministerium war rückwirkend bis 2013 dann die Antragsmöglichkeit gegeben. Das war in den anderen Ministerien nicht in allen der Fall. Ich meine, im BMZ wurde das nicht so gehandhabt. Im Innen- und Außen- kann ich nicht definitiv bestätigen, wie die es umgesetzt haben.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wissen Sie, welche Unterlagen die Ortskräfte vorlegen mussten für eine Gefährdungsanzeige?

Zeuge Marcus Grotian: Nein, ist mir nicht bekannt.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Gab es Fälle, wo es Schwierigkeiten gegeben hat, diese Dinge zu dokumentieren, die man brauchte? Also, kennen Sie solche?

Zeuge Marcus Grotian: Ich weiß, dass es eine ganze Zeit lang wohl relativ häufig vorkam, dass Ortskräfte Drohbriefe hatten oder vorweisen konnten. Zu deren Authentizität oder Herkunft kann ich nichts sagen. Es gab da aber sicherlich Möglichkeiten, diese einfach herzustellen. Da ist mir im Zuge dessen nichts weiter bekannt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: War das nach Ihrem Kenntnisstand sozusagen die Regel, dass, wenn jemand gefährdet war, er auch eine Gefährdungsanzeige abgegeben hat, oder gab es da auch andere?

Zeuge Marcus Grotian: Das kommt drauf an. In meiner Wahrnehmung hat man aus dem Bereich des BMZ und der GIZ, die da mit zusammenarbeiten oder unter denen gearbeitet haben, auf eine Gefährdungsanzeige wohl oft mit der sofortigen Kündigung reagiert - also, eine sofortige Kündigung, ohne irgendwie weitere Hilfe dann zu bekommen -, was dann bei den verbleibenden Ortskräften dazu führte, dass es eine Hemmschwelle gab, Gefährdungsanzeigen zu stellen, da man dann ja gefeuert wird und einfach nur weiter gefährdet oder - - Gut, die Gefährdung soll ja dann weg gewesen sein; so argumentierte man, denke ich, aus der Begründung der Beendigung des Arbeitsverhältnisses. Aber grundsätzlich gab es diese Unterschiede da in Ministerien.

Bei der Bundeswehr ist mir ein Fall bekannt, wo viermal eine Gefährdungsanzeige gestellt wurde, und bei der fünften wurde dann gefeuert. Insofern kann ich das zumindest bei der Bundeswehr nicht bestätigen, dass es sofort zur Kündigung führte. Aber das ist mir nicht für alle Ministerien klar, wie die damit umgegangen sind.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wissen Sie, wer die Gefährdungsprüfung durchgeführt hat?

Zeuge Marcus Grotian: Es ist mir aus der Anfangszeit meines Vereins bekannt gewesen, weil da ein ehemaliges Mitglied einer solchen Gruppe, die im Einsatz diese Tätigkeit oder diese Überprüfung, durchgeführt hat, ist Mitglied bei mir im Verein und hat mir damals davon berichtet. Und damals habe ich auch aus ihren Erkenntnissen und Schilderungen schließen können, dass es ein wohlwollendes Prüfen gab und eine Im-Zweifel-für-den-Afghanen-Auslegung dieses Prüfprozesses. Das spiegelte sich auch in meiner Sicht anhand der Aufnahmezusagen, gerade in der Anfangszeit. 2014/15 haben, ich glaube, 40 Prozent der Afghanen, die Gefährdungsanzeigen gestellt hatten, Aufnahmezusagen erhalten. Das änderte sich dann später, wo aus meiner Sicht diese

Aufnahmezusagen auf 1, 2 Prozent nur noch reduziert wurden. Und ab da war es dann für mich irgendwie ein größeres Problem, dass dieser Untersuchungsvorgang eine Blackbox ist, wo man nicht reingucken kann. Jemand aus dem Einsatz hatte mir damals mal erzählt - im Jahr 2019/20, glaube ich, kam der aus dem Einsatz wieder - und sagte: Früher war im Zweifel für den Afghanen, jetzt ist im Zweifel gegen den Afghanen. Und wenn man nicht genau nachweisen kann, woher die Kugel in der Hüfte kommt und aus welchem Grund die abgefeuert wurde, dann wird das halt ignoriert.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir hatten hier einen Sachverständigen - oder mehrere -, der ausgesagt hat, dass es Ortskräfte gegeben habe, für die de facto gar keine Gefährdungslage bestanden hat für ihre Tätigkeit oder auch wo sie eingesetzt waren, und andere, wo das hochgradig so der Fall gewesen ist. Können Sie Personengruppen benennen aus Ihrer Kenntnis und Erfahrung, wo typischerweise - - Also, erstens: Teilen Sie das? Und zweitens: Können Sie solche Personengruppen benennen, die typischerweise eher Gefahren ausgesetzt waren als andere?

Zeuge Marcus Grotian: Ich kann grundsätzlich verstehen, dass man eine Abstufung dort macht. Ob die tätigkeitsbezogen ist, wage ich zu bezweifeln. In meiner Wahrnehmung sind Ortskräfte, die als Übersetzer mit uns bei den Kampftruppen mit dabei waren, einer anderen Gefährdung ausgesetzt gewesen, einer höheren Wahrscheinlichkeit, irgendwie persönlich für das, was wir da getan haben, in Haftung genommen zu werden von der lokalen Bevölkerung. Aber das bezieht sich ja auch auf den Wachmann, der auf einem Bundeswehrstützpunkt auf die Angreifer schießt. Obwohl dieser Wachmann ansonsten mit uns draußen nichts zu tun hatte, hat er sich ja trotzdem - - In einigen Standorten gab es solche Fälle, wo Angriffe auf Bundeswehreinrichtungen von den afghanischen Sicherheitskräften, also unseren Ortskräften, die als Wachleute eingestellt waren, die da zurückgekämpft haben - - Dann gab es Journalisten, die im Wesentlichen die Rolle der - - was wir dort erreichen wollten, natürlich übersetzt haben in journalistische Arbeit für die lokale Bevölkerung und die sich natürlich dann



Nur zur dienstlichen Verwendung

auch dem Vorwurf aussetzen lassen können und müssen wohl, dass sie quasi mit unserer Stimme sprechen.

Insofern: Ja, es gab sicherlich eine pro Person individuelle Situation, die zu einer Gefährdung führte oder nicht. Ich möchte nicht ausschließen, dass eine Person, nur weil sie in einer Gruppe wie die Journalisten ist, deshalb nicht hätte gefährdet sein können. Da gab es Beispiele aus verschiedenen Gruppen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich will Sie nicht suggestiv fragen, aber Ihre Antwort legt nahe, dass sich das vielleicht doch deckt mit dem, was die Sachverständigen uns gesagt haben. Die Sachverständigen haben sinngemäß gesagt, wenn ich das richtig erinnere, dass Personen gefährdet waren, die entweder in Sicherheitsbereichen tätig waren - das waren ja welche, die Sie gerade geschildert haben -, oder Journalisten. Andere, die eher wissenschaftlich oder in der Entwicklungsarbeit - - für die habe das weniger gegolten. Das war so, knapp gesagt, die Pauschale. Ihre Beispiele gingen jetzt - - Also, deswegen meine Frage: Kann das hinhalten, wenn Sie sagen: „Tätigkeitbezogen war das nicht“, oder haben Sie da eine andere Einschätzung?

Zeuge Marcus Grotian: Ja, würde sich mit meinen eigenen Erkenntnissen zumindest decken.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wissen Sie, wo in den Jahren 2020 und 21 Visumanträge gestellt werden konnten für eine Einreise nach Deutschland und ob und wie das funktioniert hat?

Zeuge Marcus Grotian: Der Zeitraum bitte noch mal?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: 2020, 2021.

Zeuge Marcus Grotian: 2020, 2021 war es nach meinem Kenntnisstand möglich in der Botschaft in Kabul und in - - Jetzt bin ich mir nicht sicher. Die Botschaft war eine ganze Zeit lang gesperrt und wurde dann neu eröffnet, aber die Arbeit hat sie nicht aufgenommen. Also, insgesamt war der Prozess seit einem Anschlag auf die Botschaft auf jeden Fall ins Stocken geraten. Ich meine, die

Unterlagen wurden zur Prüfung auch nach Deutschland geschickt, was eine ganze Zeit lang in Anspruch genommen hat, wenn ich mich recht entsinne. Und teilweise sind dort auch Dokumente abhandengekommen; so zumindest das Feedback der Afghanen, die dann nach monatelangem Warten aufgefordert wurden, die gleichen Unterlagen noch mal beizubringen. Das führte zur Frustration.

In der Abzugsphase hat die Bundeswehr selber den Ortskräften ermöglicht, die zum Schluss für die Bundeswehr tätig waren - ob für andere Ressorts, entzieht sich meiner Kenntnis; aber für die Bundeswehr selbst - - konnten Ortskräfte, die zum Schluss für uns gearbeitet haben, für die Bundeswehr gearbeitet haben, dort ihren Antrag vorbringen und wurden dabei auch unterstützt, zum Beispiel vom biometrischen Team der Bundeswehr, was noch vor Ort war, solange es noch vor Ort war. Das bezog sich aber auf die Personen, die vor der Innenministerkonferenzentscheidung vom 16.06. anspruchsberechtigt waren, also zum Schluss noch in einem direkten Beschäftigungsverhältnis waren.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich würde jetzt gerne zum Kern dessen kommen, was Sie vorgebracht haben in Ihrem Statement. Sie haben ja eine sehr drastische Äußerung zitiert, wo Sie gesagt haben, das Prinzip, pro afghanische Antragsteller zu entscheiden, habe sich in das Gegenteil verwandelt. Wie haben Sie das interpretiert? Oder andersrum gefragt: Woran lag das aus Ihrer Sicht? Oder haben Sie Erkenntnisse darüber, woran das gelegen hat, wenn das denn so war?

Zeuge Marcus Grotian: Interpretiert habe ich die Zahlen, die aus den Ministerien zum Ortskräfteverfahren aufgrund von Anfragen aus dem Bundestag veröffentlicht wurden, woran man sehen konnte, dass die Anzahl an Neufällen zurückging, wobei bei Neufällen immer das Problem ist, dass die Altfälle, als Beispiel die eine Ortskraft, die fünf Gefährdungsanzeigen gestellt hat, bevor er gefeuert wurde - - Das war dann halt ein Altfall. Der ist ja statistisch nur einmal erfasst worden, obwohl er halt fünf-, sechs-, siebenmal vielleicht einen Antrag gestellt hat. Daraus konnte man die Bearbeitungszeit recht gut ersehen. Also,



Nur zur dienstlichen Verwendung

in den Jahren 18, 19, 20 waren die Bearbeitungszeiten halt sehr lang und sehr ... (akustisch unverständlich). Und aufgrund dieser Tatsache haben wir dann halt unsere Rückschlüsse gezogen bezüglich der Aufnahmebereitschaft, zusätzlich zu den Aussagen von Menschen, die in dem Prozess eine Rolle gespielt haben und mir gegenüber darüber ihre eigenen Wahrnehmungen berichtet haben.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Nun ist das ja, was Sie vorgetragen haben, sehr deutlich in den Vorwürfen, die Sie formuliert haben. Deswegen würde mich interessieren: Haben Sie das als Verein sozusagen gegenüber der Bundesregierung öffentlich geäußert, oder haben Sie Stellen direkt darauf hingewiesen und, wenn ja, wann und wie, und welche Antworten haben Sie darauf bekommen?

Zeuge Marcus Grotian: Ja, ich habe in quasi allen meinen öffentlichen Äußerungen versucht, das unterzubringen. Und auch, als Beispiel, beim Tag der offenen Bundesregierung haben wir einen Vereinsstand. Wir dürfen uns im Verteidigungsministerium da aufstellen und der Öffentlichkeit präsentieren. Und ich hatte da, als Beispiel, die damalige Verteidigungsministerin darauf angesprochen, es auch ins Ministerium geschickt, wo das dann anders gesehen wurde. Aber ja, angesprochen habe ich es.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Gab es denn sozusagen Rückmeldungen? Und welcher Art waren die? Also, gab es die auch in direkten Gesprächen oder als Reaktion auf öffentliche Mitteilungen? Oder wie habe ich mir das vorzustellen?

Zeuge Marcus Grotian: Grundsätzlich habe ich öffentliche - - Also, grundsätzlich habe ich keine Rückmeldungen erhalten bezüglich dieser Aussagen. Das Einzige wäre halt ein Schreiben aus dem Verteidigungsministerium im Nachgang zu dem Gespräch mit Frau Kramp-Karrenbauer. Dort habe ich ein Schreiben bekommen, wo man die eigene Position des Verteidigungsministeriums halt bewertet hat und gesagt hat: Das funktioniert alles gut; jeder hat immer eine Chance, und wir verhalten uns da richtig.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das Schreiben liegt uns vor - ne? -, das Antwortschreiben, wenn ich das richtig weiß? Wenn das nicht der Fall sein sollte, wären Sie bereit, uns das zur Verfügung zu stellen?

Zeuge Marcus Grotian: Ich prüfe wohlwollend. Natürlich, wenn ich es finde, werde ich es zur Verfügung stellen. Sehr gerne.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: An dem Briefwechsel wären wir, glaube ich, sehr interessiert. - Und dann habe ich verstanden, dass Sie beim Tag der offenen Tür der Bundesregierung - das findet ja einmal im Jahr statt - dort als Gast waren und das Gespräch gesucht haben.

Zeuge Marcus Grotian: Wir sind als Verein - - Dadurch, dass wir dem Patenprogramm der Bundeswehr angelehnt ja gegründet wurden und es im Ministerium auch Unterstützung für unser Ansinnen durchaus gab und gibt, haben wir diese Einladung irgendwann mal bekommen und sind seitdem regelmäßig dort, um der Öffentlichkeit, quasi angelehnt an das staatliche Handeln des Ministeriums, zusammen mit Veteranenverbänden und anderen, die sich um dieses Engagement oder um unsere Bundeswehr gegründet haben - - dürfen wir unsere uns selbst gestellte Aufgabe vorstellen und erläutern. Und im Zuge dessen ist es üblich, dass ein Vertreter des Ministeriums am ersten Tag einmal morgens rumgeht und bei allen Ständen Guten Tag sagt, und dann hat man ein kurzes Gespräch mit den jeweiligen Verantwortlichen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wenn ich das richtig verstehe, dann haben Sie eine gewisse Unterstützung von der Bundeswehr bekommen, also in dem Sinne, dass die die Tätigkeiten des Vereins durchaus unterstützt haben. Aber Ihre Kritik bezieht sich eher sozusagen auf die Politik, was das Ortskräfteverfahren generell angeht, was die Bundesregierung beschlossen hat.

Zeuge Marcus Grotian: Ich habe ein grundsätzliches Ändern, was ressortübergreifend war, wahrgenommen in der Zeit von 15 bis 19, ob das anhand der Flüchtlingsbewegung in Europa war oder warum auch immer. Aus meiner Sicht ist



Nur zur dienstlichen Verwendung

aus „im Zweifel für den Afghanen“ „im Zweifel gegen den Afghanen“ geworden in einer Zeit, wo in Deutschland viele Flüchtlinge ankamen. Und aus unserer Wahrnehmung war das nicht eine Sache, die in *einem* Ministerium war. Es war sogar international so. Also, wir haben den gleichen Vorgang in anderen Ländern ebenfalls wahrgenommen, was ja dann dazu Rückschlüsse gibt, ob das dann vielleicht koordiniert passiert.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Welche Folgen hatte das aus Ihrer Sicht?

Zeuge Marcus Grotian: Wir hatten im Jahr 2018/19 demonstrierende Ortskräfte vor unserem Feldlager, die gesagt haben: „Ihr lasst uns zurück“, was ich persönlich für bedauerlich halte.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ist Ihnen konkret zugesagt über das Schicksal von Ortskräften, die nicht ausreisen konnten, etwas bekannt, und was können Sie uns darüber schildern?

Zeuge Marcus Grotian: Ich habe in der ganzen Zeit - - Wir sind ja nun ein kleiner Verein mit einer Handvoll Leuten, die in den Jahren 2021 und davor tätig waren, und wir haben immer versucht, uns um die zu kümmern, die sich bei uns melden. Wer sich bei uns nicht mehr meldet, da habe ich keine Kapazitäten gehabt, nachzufragen, warum sie sich nicht mehr melden und ob die noch am Leben sind. Insofern kann ich dazu keine belastbaren Aussagen machen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Und bei denen, die sich bei Ihnen gemeldet haben, gibt es da Dinge, die Sie uns schildern können, was das Schicksal derjenigen angeht, die da zurückgeblieben sind und hätten gerne ausreisen wollen?

Zeuge Marcus Grotian: Das ist im Zuge des Niedergangs Afghanistans zu einer immer größeren Belastung geworden. Bei den Afghanen, die im Jahr 2021 quasi als nicht antragsberechtigt angesehen wurden, am Anfang des Jahres - wie gesagt, das änderte sich am 16.06. -, gab es halt enorme Belastungen aufgrund der Situation: die näherkommenden Taliban, stetige Bedrohungsgefühle.

Es gab auch öfter Artikel oder Berichte über einzelne umgebrachte Ortskräfte für verschiedene Ministerien. In keinem dieser Fälle kann ich das bestätigen, aus welchen Gründen die umgebracht wurden, und insofern sind das für mich Einzelereignisse, die ich nicht herziehen kann, um eine grundsätzliche Aussage zu machen. Aber das Gefühl der Ortskräfte, dass sie bedroht werden, war zumindest punktuell offenbar so real, dass es auch Menschen umgebracht hat. Insofern kann ich den Gesamteindruck verstehen. Und, ich sage mal, wer im August die Menschen von den Flügeln von startenden C-17 hat fallen sehen, der weiß: Das haben die ja nicht gemacht, weil sie sich so sicher und wohlgeföhlt haben in Afghanistan, sondern die wollten das Land um jeden Preis verlassen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Zu der Evakuierungsmission komme ich gleich. Aber ich würde Sie fragen wollen: Bezieht sich das, was Sie sagen, auch auf Angehörige von Ortskräften, die in Deutschland waren, aber die Angehörigen zurücklassen mussten oder wo denen der Nachzug nicht möglich gewesen ist?

Zeuge Marcus Grotian: Der Familiennachzug ist grundsätzlich ein sehr großes Problem. Er ist aus meiner Wahrnehmung nur in homöopathischen Mengen möglich, sodass er in einer solchen Langsamkeit fortgesetzt wurde, dass Familien, die hier seit 2018/19 oder auch schon vorher angekommen waren, enorme Schwierigkeiten hatten, ihre rechtmäßig zum Familienkomplex gehörenden Familienmitglieder, die eigentlich hätten - - hier aufnehmen zu können. Das war bis zum Ende dann teilweise nicht mehr möglich, auch durch den Ausfall der Botschaft in Kabul durch den Anschlag dort. Dann: Ich glaube, die Botschaft in Neu-Delhi hatte für Familiennachzug, ich glaube, ein Dreivierteljahr oder ein Jahr lang komplett geschlossen und hat dann im Frühjahr 21, meine ich mich zu entsinnen, die ersten Termine für Mitte 22 oder so vergeben, also in einem Abstand, wo man nicht von einem direkten Zusammenhang sprechen kann.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wie haben die von Ihrem Verein betreuten Ortskräfte, die in



Nur zur dienstlichen Verwendung

Deutschland gewesen sind, reagiert, bzw. was haben die versucht zu unternehmen für ihre Angehörigen, und wie sind die damit umgegangen, wenn das so ist, wie Sie das gerade geschildert haben?

Zeuge Marcus Grotian: Mit großer Frustration aufgrund der Hilflosigkeit und Ausweglosigkeit. Im Wesentlichen hat man das auch uns als Verein vorgeworfen, dass wir uns nicht ausreichend dafür einsetzen, dass diese Probleme gelöst werden. Insofern bin ich da mit der Situation der Ortskräfte, die hier waren und damit umgehen mussten, sehr gut vertraut - leider.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Mögen Sie uns trotzdem noch mal sagen, in welcher Form Sie sich dann eingesetzt haben, speziell für diesen Punkt?

Zeuge Marcus Grotian: Wir haben versucht, in jedem Interview, was ich irgendwo unterbringen konnte, wo jemand sich für Ortskräfte interessiert hat - - Die Punkte Familiennachzug, die grundsätzliche Aufnahme von Ortskräften - also auch länger als zwei Jahre und über alle Ressorts hinweg - und die Frage der Subunternehmer waren die drei wesentlichen Botschaften, die unser Verein bei jeder Möglichkeit versucht hat zu platzieren. Auch heute sind Subunternehmer nicht antragsberechtigt. Das ist in anderen Ländern anders. Das finden wir sehr schade.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Haben Sie sich in dem Zusammenhang auch an Fraktionen des Deutschen Bundestages gewandt, und gab es da Reaktionen? Und zum Zweiten: Wie hat die Öffentlichkeit darauf reagiert aus Ihrer Erfahrung heraus?

Zeuge Marcus Grotian: Fangen wir mit der Öffentlichkeit an. In der Öffentlichkeit, habe ich den Eindruck, dass es ein breites anderes Verständnis von der Art und Weise, wie man sich mit den Ortskräften auseinandersetzen sollte, und zwar *pro* Ortskräfte. Das ist mir in quasi jedem politischen Spektrum begegnet, dass man sagt: Ja, aber die haben ja für uns gearbeitet.

Wir haben versucht, die Abgeordneten des Bundestages punktuell darüber zu informieren, indem wir einzelne Mitglieder, zu denen wir entweder aus Mitgliedersicht irgendwie Kontakte hatten, ansprechen. So haben wir zum Beispiel einen ehemaligen Vorsitzenden des Betriebsrats, nein, eines Gremiums der Telekom, der hat zu 26 Bundestagsabgeordneten direkten Kontakt gehabt; Der hat die Information also bei denen abgegeben. Und wir haben welche angeschrieben. Ich hatte auch Gespräche mit einigen Abgeordneten - woraus dann halt leider keine weitergehende Unterstützung wurde.

Grundsätzlich ist es ja so: Wenn man sich an die Opposition wendet und die Regierung kritisiert, dann hat man da ein bisschen besseres Gehör vielleicht. Das war in meinen Augen auch so. Bei den regierenden Parteien hatte ich da leider weniger Erfolg.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich würde Sie gern fragen nach der deutschen Evakuierungsmission im August 2021. Wie haben Sie die erlebt? Was haben Sie davon mitbekommen?

Zeuge Marcus Grotian: Die Evakuierungsoperation fand zu einer Zeit statt, da war ich schon am Ende meiner Kräfte, weil die Wochen, die darauf hinführten, und auch die Tage des Falls Afghanistans waren jetzt nicht die einfachsten. Wenn man dann so Hunderte Nachrichten am Tag kriegt, Hilferufe, verzweifelte, das war äußerst bedrückend.

Die Evakuierungsoperation wurde ja im Einsatzführungskommando gestartet, wo ich selber Soldat war. Ich hatte die ganze Zeit das Problem, dass ich also in einer Einheit bin, die operationell an dem Einsatz beteiligt ist, die auch an der Rettungsmission operationell beteiligt ist und war, und ich selber sogar zum Stab gehörte, der für solche Evakuierungsmissionen eingesetzt würde. Ich habe daraufhin - - Als entschieden wurde, diese Mission zu starten, stand ich vor der Frage, ob ich das auf der militärischen Seite tue oder ob ich versuche, die Ortskräfte irgendwie von Privatseite in den Flughafen zu bekommen, und habe mich dann entschieden, dass ich



Nur zur dienstlichen Verwendung

in dem Zeitraum Urlaub einreiche, und habe versucht, angelehnt an die Evakuierungsmission Ortskräfte zu retten und zu evakuieren - was jetzt leider nicht sonderlich erfolgreich war, aber den Versuch können Sie daraus sehen. - Das war im Groben die Evakuierungsoperation.

Wir haben in der Zeit versucht, Ortskräfte, die - - Wir hatten 1 400 Afghanen, die aus unserer Sicht mindestens in großen Teilen oder alle zum Ortskräfteverfahren hätten Zugang haben müssen, aber keine Visapapiere etc. hatten, in Safe-Häusern in Kabul gehabt, um ihnen, ich glaube, in einem IOM-Büro die Möglichkeit zu geben, diesen Visaprozess zu durchlaufen. Und als Kabul gefallen ist, haben wir die Safe-Häuser aufgelöst. Aber diese 1 400 Menschen war natürlich noch im Umfeld von Kabul. Nicht wenige davon haben dann auch versucht, selbstständig den Weg zum Flughafen zu machen. Wir hatten um den Flughafen herum exzellente Aufklärungsergebnisse mit Fotos von jedem Tor, glaube ich, wo irgendwie ein Tor aufging auf anderer Seite, Amerikaner ein paar Menschen reingelassen haben, und dann ging das Tor wieder zu.

Das habe ich alles versucht dem Einsatzführungskommando zur Verfügung zu stellen oder haben wir dem Einsatzführungskommando zur Verfügung gestellt, um zu unterstützen, dass Menschen da irgendwie reinkommen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Sie haben das, was Sie uns hier heute geschildert haben, ja in sehr deutlicher Form beispielsweise auch in der Bundespressekonferenz im August 2021 vorgetragen, mit deutlicher Kritik an der Bundesregierung. Wie war die Reaktion darauf? Und sind Sie auch in Ihrer Eigenschaft als Soldat von Ihren Vorgesetzten - - Gab es da Reaktionen?

Zeuge Marcus Grotian: Es gab darauf eigentlich - - Also nach der Bundespressekonferenz gab es keine Reaktionen, weder im Negativen noch im Positiven, insofern - - Es gab Einzelmeinungen, die ich dazu bekommen habe, von Kameraden und Kameradinnen, die ihre Meinung dazu geäußert haben. Im Wesentlichen hat sich der Dienstapparat dazu so nicht geäußert.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann würde ich Sie gerne abschließend fragen: Was hätte aus Ihrer Sicht anders gemacht werden müssen, um das zu vermeiden, was Sie kritisieren?

Zeuge Marcus Grotian: Wir brauchen ein Konzept, wo wir, während die Menschen für uns arbeiten, regelmäßig eine Gefährdungsbeurteilung machen, so wie ich das bei einem Büroarbeiter auch mache, da muss ich - - Oder wenn ich als Soldat ab und zu auf die Schießbahn gehe, dann werde ich aufgrund dessen ab und zu am Gehör untersucht, weil einfach der Arbeitgeber sagt: Wir müssen darauf achten, dass die Leute da gesund bleiben. - Und eine Gefährdungsanalyse bezüglich der Exponiertheit unserer Ortskräfte würde dazu führen, dass man vielleicht Menschen in eine Kategorie einstuft und sagt, schon während noch gar nichts Schlimmes passiert: Dieser Mensch hat sich so exponiert, weil er den Kontingentführer übersetzt, weil er sich hier und dort für uns so in der Öffentlichkeit präsentiert hat, dass, wenn es schiefeht, er dann eine Aufnahmezusage würde kriegen sollen.

Und dann könnte man vielleicht auch ein paar bürokratische Dinge vorher erledigen. Ein eingeschweißtes Visum in einem Botschaftstresor führt ja noch nicht dazu, dass Menschen das Land fluchtartig verlassen, aber dass, wenn es passiert, dann nicht angefangen wird: Ja, wir haben jetzt überhaupt keinen biometrischen Dienst mehr; wir haben die Drucker dafür nicht mehr. - Das Einsatzkontingent war schon am Abbauen nach dem 16.06. und konnte eine Vergrößerung der Zielgruppe überhaupt nicht mehr unterstützen. Und dann hat man das Problem: Wer macht dann die Visaanträge?

Das sind alles Probleme, die sich erst stellen, wenn man, nachdem man abgezogen ist, die Personengruppe dann noch ändert, und das darf halt nicht passieren. Es muss vorher ein gesellschaftlicher Konsens darüber sein, wer Ansprüche hat. Das muss den Menschen, finde ich, vor allem auch deutlich sein, denen, die für uns arbeiten. Denen sagt der Soldat, der mit dem Übersetzer auf Patrouille fährt, nämlich immer gerne: Ja, ja, wenn was ist, wir nehmen dich mit. - Aber der Soldat entscheidet das eben gar nicht, sondern



Nur zur dienstlichen Verwendung

das sind vielleicht politische und bürokratische Rahmenbedingungen, die ihm gar nicht klar sind und die allen vielleicht gar nicht klar sind.

Ich mache es an einem Beispiel klar. Als die Evakuierungsoperation im Einsatzführungskommando startete, bezog sie sich zuerst auf deutsche Staatsbürger, 69 Personen. Das ist von der Zielgruppe her etwas anders gewesen und anders gedacht gewesen, als es dann später evakuiert wurde, weil aber eine militärische Evakuierungsoperation für deutsche Staatsbürger ist. Punkt. In den Regularien gibt es nicht, dass man da Ortskräfte mitnimmt. Und dementsprechend ist das ja ein bürokratisches Problem, was man dann lösen muss, wenn gerade die Maschinen starten, und dann ist es zu spät; das muss vorher geklärt sein. Man muss vorher wissen: Wie viele Menschen wollen wir eigentlich retten? Dann ändert sich vielleicht auch nicht ständig die Zielgruppe, wo man dann sagt: Ja, okay, also die müssen wir jetzt auch noch, und hier haben wir noch Journalisten und - - Dann kann eine Evakuierungsoperation ja nur scheitern oder nicht ausreichen, wenn Sie erst drei Monate nach der Evakuierungsoperation wissen, wen Sie hätten mitnehmen wollen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das heißt, Sie sagen: Im Grunde genommen - das ist uns ja auch von Sachverständigen geschildert worden - besteht der Unterschied zwischen der amerikanischen Evakuierungsorganisation und der deutschen darin, dass es hier eine bürokratische Anwendung des Prinzips gab.

Zeuge Marcus Grotian: Ich kann nicht genug sagen über die amerikanischen Hindernisse und Hürden, die die da hatten; das können sicherlich die Beteiligten da besser bewerten. Das Einzige, wozu ich etwas sagen kann, ist: Ich weiß, dass es eine Veteranencommunity in Amerika gab, die eine eigene C-17 gesponsert haben und über 10 000 Menschen, attached an das amerikanische militärische Evakuierungsbemühen, konnten die Menschen da rausholen. Wir würden uns wünschen, wenn Zivilgesellschaft mit den Möglichkeiten, die wir da gehabt hatten - - Wir hätten mit gepanzerten Fahrzeugen, mit Bussen hätten wir

Menschen an den Talibancheckpoints vorbei irgendwohin zum Flughafen bringen können. Diese Angebote haben wir gemacht. Wir warten bis heute auf Antworten; das ist natürlich dann schade. Wir hätten da gerne auch aktiver dran teilgehabt, dass hinterher vielleicht mehr als die recht geringe Anzahl Ortskräfte, die hinterher in den Fliegern waren, da dringesessen hätten.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich hatte mich da auf Presseberichte bezogen, die es ja über die amerikanische Evakuierungsaktion gibt. - Okay.

Bevor ich das Wort weitergebe, will ich Ihnen noch sagen, dass, wenn Ihnen Vorhalte aus Akten gemacht werden, dann die Fragesteller auf Ihren Wunsch Ihnen das als Unterlage vorlegen, dass Sie es nachlesen können, und die Bitte an die Kollegen, wenn sie aus Aktenvorhalten zitieren, dass sie die MAT-Nummern nennen, so wie wir das hier gewöhnt sind. - Dann geht das Frage-recht jetzt an die Union, an den Kollegen Röwek-amp.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Grotian. - Vorab der Hinweis an die Kollegen: Ich würde gerne Vorhaltungen machen aus einem „Focus“-Artikel vom 21.01.2023 und würde den eben schon mal vorab verteilen lassen; fotokopiert haben wir ihn schon.

Herr Grotian, ich habe zur Tätigkeit Ihres Vereins noch zwei, drei kurze Fragen. Wie ist eigentlich Ihr Kontakt als Verein zu Ortskräften selbst in Afghanistan zustande gekommen? Also: Woher kannten die Sie, und wie haben die sich eigentlich an Sie gewendet? Gab es Personen vor Ort, also Paten vor Ort, oder wie muss ich mir die Arbeit des Vereins in Afghanistan selbst vorstellen?

Zeuge Marcus Grotian: Das ist eine vielfältige Frage; denn wie die einzelnen Ortskräfte gerade zu Anfang dazu gekommen sind - - Ich vermute, auch über Paten. Auf jeden Fall gab es die ersten Kontakte über unsere Social-Media-Präsenz oder meine, wo ich auf Facebook versucht habe - - Weil Afghanen eine hohe Benutzerakzeptanz von Facebook haben, habe ich das als Plattform ausgewählt. Und dort haben mich dann Menschen kontaktiert, die eben nicht Zielgruppe von dem



Nur zur dienstlichen Verwendung

eigentlichen Integrationsprozess waren, sondern die noch in Afghanistan waren.

Und aufgrund der immer häufiger vorkommenden, immer oder relativ gleichen Vorfälle: „Lange für euch gearbeitet, Gefährdung gestellt, gefeuert worden, und jetzt sagt man mir: Das war's, es gibt keine Aufnahmezusage“, daraufhin habe ich dann halt da mal genauer reingeguckt. Und über die ersten Kontakte, als Beispiel der Herr Sultani, der vor dem deutschen Camp in Masar-i-Scharif demonstriert hat, der die Demonstration angeleitet hat - - Das ist so einer, der sich da bei mir gemeldet hat. Und über den wurde dann das Netzwerk in Afghanistan immer größer, weil er dann gesagt hat: Es gibt da zumindest jemanden, der sich für uns einsetzt, der in Interviews oder wie auch immer versucht, sich dafür einzusetzen, dass wir auch mitgenommen werden dürfen und dass unsere Gefährdung überprüft wird.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Können Sie was zum Aufkommen dieser - Gefährdungsanzeige im formalen Sinne ist es ja nicht - - also Ihrer Informationen über gefährdete Ortskräfte - so will ich das mal nennen - von 2015, der Gründung Ihres Vereins, bis, sage ich mal, August 2021 sagen? Hat sich das auf einem Niveau verhalten, oder haben Sie schon in dieser Zeit gemerkt, dass die Fälle, die an Sie herangetragen werden, mehr werden?

Zeuge Marcus Grotian: In dem Jahr 2016/17 änderte sich die Häufigkeit der vorgetragenen Sachverhalte, dass Menschen zurückgelassen wurden. Davor hatte ich ja auch mit einer, sage ich mal, 40-prozentigen Aufnahmequote und einer mir persönlich bestätigten wohlwollenden Sicht dieses Programms - - hatte ich da keine Bauchschmerzen. Und dann wurde ich immer hellhöriger, je öfter ich irgendjemanden gehabt habe, der sich bei mir gemeldet hat, der gesagt hat: Hier, ich habe mich exponiert, ich habe dies, das, jenes; ich habe diese Gefährdung angezeigt, und daraufhin wurde ich zwar gefeuert, aber ich darf nicht nach Deutschland kommen.

Und das habe ich also in einem stetigen Ansteigen - - Wobei natürlich auch die Tatsache, dass

ich ab 2018 einen Ansprechpartner in Afghanistan hatte, der dann quasi ja auch Multiplikator war in Afghanistan - - Also, jeder wusste dann irgendwann: Da demonstrieren Menschen mit dem Tent of Justice vor dem deutschen Feldlager. Und wenn ich deutsche Ortskraft war oder Subunternehmer, dann haben die mit dem natürlich Kontakt aufgenommen. Und somit wurde der Personenkreis immer größer. Mein wesentlicher Kontakt war immer der Afghane, der die Demonstrationen geleitet hat, der eine Führungsrolle da eingenommen hat. Und dementsprechend gingen dann natürlich im Jahr 2021 die Anfragen Richtung der Decke.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Darf ich noch einmal bei der Frage der Entwicklung nachfassen, weil unser Untersuchungszeitraum beginnt ja mit Abschluss des Doha-Abkommens im Februar 2020? Würden Sie sagen, dass danach auch noch mal - also nicht nur jetzt durch ein besseres Netzwerk und mehr Kontakte, sondern auch durch die politische Situation in Afghanistan vor dem Hintergrund des bevorstehenden Abzugs der Truppen - ein Anstieg zu verzeichnen gewesen war?

Zeuge Marcus Grotian: Ja, ein stetiges Ansteigen bis Ende des Evakuierungseinsatzes.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Vielen Dank. - Dann würde ich gerne was zu den Zahlen des Ortskräfteverfahrens sagen, weil Sie eben auch noch mal selber darauf Bezug genommen haben und vorhin auch gesagt haben, dass nur ein geringer Prozentsatz - eben sagten Sie, 40 Prozent - der gefährdet angezeigten Ortskräfte tatsächlich auch Aufnahmezusagen erhalten hätten.

Uns liegt hier eine Statistik vor - das heißt „Resortgemeinsames Factsheet“; das ist MAT A BMI-3.05, Blatt 836 f., vom 5. August 2021 -, aus der sich ein aktueller Sachstand von Gefährdungsanzeigen ergibt: BMVg 1 797, BMZ 197, BMI 239, Auswärtiges Amt 70, insgesamt 2 303, davon 2 292 bearbeitet und 1 390 Aufnahmezusagen erteilt. Das liest sich nach einer etwas anderen Quote als der, die Sie eben beschrieben haben. Können Sie sich erklären, woher Ihre andere Einschätzung kommt?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Marcus Grotian: Meine Quote mit 40 Prozent bezieht sich ja auf 2014/15 beim Aufsetzen des Programms. Im Zuge der Zeit danach sind Anträge in deutlich niedrigerem Umfang entschieden worden, und ich betrachte da die Jahre. Wenn in einem Jahr hundert Menschen einen Antrag stellen und zwei aufgenommen werden, dann sind es 2 Prozent. Und dann nützt mir halt auch nicht, dass ich insgesamt eine höhere Quote habe, aber das Verfahren ja zum Ende hin trotzdem stockte.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ich will noch mal nachfragen, weil jetzt nicht die Jahre 2014 und frühere für mich entscheidend sind, sondern wir sind sozusagen ja mit der Frage „Umgang mit Ortskräften im Untersuchungszeitraum“ befasst. Würden Sie vor dem Hintergrund der Zahlen, die ich eben genannt habe, sagen, dass sich das Verhältnis der Gefährdungsanzeigen zu den Aufnahmezusagen danach dann gebessert hat?

Zeuge Marcus Grotian: Wenn in diesen Zahlen die Zahlen zum Ende des Abzuges, zum Ende des Einsatzes mit dabei sind, dann ist das ja verständlich. Als Beispiel: Im Jahr 2020 und 2019 gab es halt einfach nicht viele Neuanträge, weil entweder waren es Altanträge, die wiederholt gestellt wurden und daher nicht in der Statistik erscheinen - - Und im Jahr 2021 gab es ja im April - - Alle, die noch für uns gearbeitet haben, wurden dann ja überprüft und mit einer, ich würde mal behaupten, vielleicht 90- oder 95-prozentigen Quote übernommen und aufgenommen. Insofern entstehen da natürlich verzerrte Zahlen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Vielen Dank. - Ich würde Sie gern auf drei konkrete Sachverhalte ansprechen, die uns aus den Akten ersichtlich und in zwei Fällen nachgewiesen sind, in einem Fall vermutlich auch mit Ihrer Kenntnis irgendwie zusammenhängen. Und deswegen würde ich vorab vielleicht einfach fragen, ob Sie sich an solche Sachverhalte erinnern - nacheinander -, und dann vielleicht noch mal gegebenenfalls vorhalten, was wir in den Akten haben.

Wir haben in den Akten am 16.08.2021 den Umstand, dass das Büro einer Bundestagsabgeordneten eine E-Mail eines Journalisten der „FAS“ an

das Auswärtige Amt weiterleitete; das ist MAT C AA-1 EM-228, Blatt 1 bis 6. Dabei geht es darum, dass Taliban offenbar ein Safe House in Kabul durchsuchten und eine sechsköpfige Familie, die visaberechtigt sei - - an den Flughafen zur Ausreise gebracht werden sollen. Können Sie sich an diesen einzelnen Vorgang erinnern? Waren Sie damit befasst?

Zeuge Marcus Grotian: Noch mal: Die Taliban sollten die Menschen zur Ausreise bringen?

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Es geht um ein Safe House; das haben Sie eben auch gesagt. Und die Taliban wären wohl dabei, dieses Safe House zu durchsuchen. Und diese Familie hätte eine Ausreiserechtigung und soll zum Flughafen gebracht werden, also Bewohner dieses Safe Houses offensichtlich. Können Sie sich an diesen Vorgang erinnern?

Zeuge Marcus Grotian: Nein, hat offenbar nichts - - Auch wenn der Begriff „Safe House“ von uns auch benutzt wurde, haben die offenbar ein anderes Safe House gemeint als - - Unsere waren Safe-Häuser mit teilweise 80, 90 Personen drin. Und an so einen Sachverhalt kann ich mich nicht erinnern.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay. - Dann würde ich Ihnen gerne einen zweiten Sachverhalt vorhalten; das ist MAT C AA-1 EM-232, Blatt 1 bis 12, hier Blatt 11. Das ist eine an das Auswärtige Amt weitergeleitete Unterstützungsbitte eines Bundestagsabgeordneten der SPD für Ortskräfte, in dessen Heimat offenbar ein Regionalbeauftragter des Patenschaftsnetzwerks lebt, der für die Safe Houses in Kabul eine Rolle spielt, in denen Ortskräfte versteckt waren. An den Vorgang ist ein Mietvertrag für ein Safe House in Kabul angehängt. Danach tauchte das Patenschaftsnetzwerk als Mieterin auf und zahlte offensichtlich einen Betrag von 30 000 Dollar Miete pro Monat. Können Sie diesen Vorgang bestätigen?

Zeuge Marcus Grotian: Ja.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Bezog sich das nur auf *ein* Safe House? Und wie viele Menschen konnten da untergebracht werden?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Marcus Grotian: Das war *ein* Safe House mit ungefähr einer Kapazität von 100, wobei zum Schluss mit ein bisschen Stapeln auch 110, 120 Menschen - - Das war ein Gästehaus des ehemaligen Präsidenten Aschraf Ghani. Das war ein großes Anwesen und auch recht gut geschützt und daher ideal für die Unterbringung von gefährdeten Menschen, weil eine Personenvereinzelnungsanlage, eine hohe Mauer und die nötige Infrastruktur, um eine grundsätzliche Sicherheit dort einzubauen, waren da vorhanden.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Nun hatten Sie gesagt, dass Sie sich im Wesentlichen aus Spenden finanziert haben. 30 000 Dollar pro Monat ist nun ein ganz ordentlicher Betrag. Hat es für dieses Projekt, also für dieses Safe House, noch gesonderte Finanzierungszusagen Dritter gegeben?

Zeuge Marcus Grotian: Ja, es hat sich jemand bei uns gemeldet, der gesagt hat, er würde gerne 17 000 Euro in Flugtickets investieren. Da habe ich ihm gesagt: Ich kann keine Menschen aus Afghanistan herausfliegen, weil diese Flüge nicht stattfinden ohne Aufnahmezusagen, und für Aufnahmezusagen müssen die Menschen aus Masari-Scharif nach Kabul; denn das IOM-Büro in Masari-Scharif wurde nie eröffnet. Und daraufhin habe ich ihm gesagt, ich bräuchte eigentlich einen sicheren Ort in Kabul. Und dann hat er gesagt: Was kostet so was? - Dann habe ich versucht, rauszufinden, was so was kostet, habe ein Preisschild genannt. Das, hat er gesagt, bezahlt er für einen Monat. Und damit haben wir den ersten Monat quasi gesponsert gekriegt vom Zentrum für Politische Schönheit.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Dieses Safe House, vielleicht können Sie dazu, zu dem Konzept, noch mal was sagen. Das ist dann ja offensichtlich eine Unterbringungsmöglichkeit, die den Taliban unbekannt ist.

Zeuge Marcus Grotian: So ist es.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Welche Maßnahmen wurden denn ergriffen, dass es auch unbekannt blieb? Und ist das das Safe House, das

dann später von den Taliban offensichtlich ausgekundschaftet und dann entsprechend auch durchsucht wurde, wie wir wissen?

Zeuge Marcus Grotian: Nach meinem Kenntnisstand ist das zweite oder dritte Safe House, was wir aufgemacht haben, durchsucht worden, nicht das erste. Aber da möchte ich jetzt nicht - - Das kann ich nicht beschwören, aber es ergibt aus meiner Sicht - - habe ich das so wahrgenommen, dass es eins der anderen war.

Die Safe-Häuser waren dazu gedacht, den Menschen, die in Kabul an einem Visaprozess hätten teilhaben können, hätten sollen, die logistische Unterstützung zu geben, dass sie daran teilhaben können. Menschen, die familiäre Bande in Kabul hatten und irgendwo anders unterkommen konnten oder es sich leisten konnten, unterzukommen, haben wir versucht dort nicht aufzunehmen, sondern wir haben denen gesagt: Ihr müsst bei eurer Familie unterkommen. - Aber es gab halt Familien aus den Einsatzräumen der Bundeswehr, die in Kabul eben keine Vernetzung hatten und dementsprechend es sich auch nicht leisten konnten, sich in Kabul für einen Zeitraum von zwei, vier, sechs, acht Wochen alleine aufzuhalten. Und damit wären sie aus finanziellen, aus monetären Gründen von dem Visaprozess ausgeschlossen gewesen. Das fand ich nicht tragbar und habe dahin gehend versucht, diese Safe-Häuser dann durch Spenden aufzubauen. Nach dem ersten Safe House wurden dann die Spenden größer, der Leidensdruck in Afghanistan auch; die Berichterstattung wurde mehr. Dadurch haben wir die Gelder, die dann reinkamen, in weitere Safe-Häuser investiert. Alle hatten sie das Ziel, den Ort geheim zu halten, um den Ortskräften eine Unterkunft zu ermöglichen und die Visa-prozesse durchzuführen, zu denen sie Zugang hätten haben sollen.

Die Schutzvorkehrungen fingen damit an, dass die Leute nicht alle aus dem Haus raus sollten, sondern es sollte geschlossen eingekauft werden, es sollte geschlossen gekocht werden. An der Tür stand eine Wache mit einer Kalaschnikow, die verhindern sollte, dass unberechtigte Menschen da reinkommen. Einem gezielten Angriff der Taliban hätte dieses Haus nicht standgehalten.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Das war aber dann auch nicht mehr unser Anspruch, weil militärische Großoperationen in Kabul sind jetzt aus Spendensicht auch nicht so einfach. Wir fanden, damit hatten wir ein ausreichendes Sicherheitsniveau, um den Menschen dort vor Ort eine Bleibe zu geben und ihnen den Zugriff auf das Visaverfahren zu ermöglichen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Vielen Dank. - Können Sie was über das Schicksal dieser Ortskräfte sagen? Also, die haben Sie untergebracht. Haben Sie denen zusätzlich geholfen bei der Frage Ausreise, also Visabeschaffung, Vermittlung an deutsche staatliche Stellen zur Aufnahme in das Visaverfahren? Hatten Sie dafür Personen vor Ort, die die Menschen in diesen Häusern betreut haben?

Zeuge Marcus Grotian: Wir hatten einen lokalen - - also, einen Afghanen, der die Führung dort innehatte und der mein Ansprechpartner war, quasi mein Ground Force Commander, der dann auch versucht hat, den Menschen dort vorne in Kabul die Sicherheitsregeln da näherzubringen. Wir haben zu dem Zeitpunkt vergeblich versucht, mit IOM Verbindung aufzunehmen, um den Visaprozess zu beginnen. Das fand dann nicht statt.

Parallel dazu hatten wir ja auch noch das Problem, dass es eine Menge Visaträger gab, die sich immer noch in Afghanistan aufhielten, weil man ihnen wohl mal ein Dokument gegeben hatte, wo drinstand: Du hast jetzt ein Visum; du meldest dich bei IOM, und IOM sagt dir dann, wann du nach Deutschland kommen darfst. - Als uns dieses verhängnisvolle - - Also, wenn IOM dann noch nicht arbeitet, das Büro noch nicht installiert ist, dann sitzen da also Menschen, die das Land sofort hätten verlassen können, und warten darauf, dass ihnen einer sagt, wann sie nach Deutschland kommen dürfen.

Das haben wir dann irgendwann durchbrochen, indem wir unseren Kontakten in Afghanistan gesagt haben: Jeder mit einem Visum möge das Land verlassen. Das führte dann in Deutschland zwar dazu, dass die hier relativ unkoordiniert aufschlugen und dann vielleicht auch einen Tag lang oder zwei in Frankfurt am Main am Flug-

hafen obdachlos waren oder im Flughafen übernachtet haben. Das ist mir aber lieber gewesen, als dass wir die Personenanzahl in Afghanistan die ganze Zeit unnötig hochhalten, vor allem mit Menschen, die das Land hätten verlassen dürfen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Vielen Dank. - Könnten Sie das noch mal zeitlich ungefähr einordnen, also wann Sie diese Safe-Häuser betrieben haben?

Zeuge Marcus Grotian: 11. Juli haben wir das erste Safe House in Betrieb genommen, am 14. haben wir es medial versucht mit einer Pressekonferenz oder einem Pressestatement. Das war leider der Tag, wo in Deutschland im Ahrtal Menschen ertrunken sind; deshalb ist das leider medial nicht groß beachtet worden. Aber bis zum, ich meine, 17. August, wo wir die Safe-Häuser aufgelöst haben, haben wir die Safe-Häuser in wachsender Größe betrieben, zum Schluss fünf; das sechste war in Vorbereitung. Ob das fünfte noch bezogen wurde, kann ich nicht sagen. Ich meine, es waren 400 Menschen, die wir zum Schluss in den Safe-Häusern hatten, und über 1 000, die drumrum in Kabul lebten, mit denen wir in Kontakt standen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Vielen Dank. - Dann würde ich zum Schluss gerne versuchen, noch einen weiteren Einzelsachverhalt bei Ihnen in Erinnerung zu rufen. Am 20.08.2021 haben Sie sich beim Auswärtigen Amt gemeldet, und nach dem Bearbeitervermerk, den wir da haben, heißt es, Sie hätten einen Kontakt zu einem afghanischen Clan in Kabul und der böte an, bis zu 1 000 Personen direkt vor das Gate des Kabuler Flughafens zu bringen. Dies geschehe in Bussen für 18 bis 30 Personen. Als Preis würden 10 000 US-Dollar pro Bus sowie die Mitnahme von 107 Clanmitgliedern genannt. Weiter wurde festgehalten, dass der Einsatzstab für das Evakuierungskommando bei der Bundeswehr es als wichtig ansehe, zunächst auf das Angebot einzugehen; das ist MAT A AA-8.249, Blatt 56 bis 59. Können Sie sich an diesen Vorgang erinnern, und können Sie uns den aus Ihrer Sicht auch noch mal kurz schildern, bitte?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Marcus Grotian: Ja. Wir hatten im ersten Moment gepanzerte Fahrzeuge, auf die wir Zugriff gehabt hätten, um Menschen an den Flughafen, an Tore unserer Wahl zu bringen, weil die Taliban, die lokalen vor Ort, waren beeinflussbar genug, dass wir gewusst haben, dass wir mit unseren Kontakten vor Ort, diesem Clan oder dieser Familie, von der Sie sprechen, an denen vorbeigekommen wären. Und dann hätte man die Menschen erst in gepanzerten Fahrzeugen vorbeibringen können. - Das war die ersten paar Tage.

Das änderte sich dann, als die Taliban anfangen, gepanzerte Fahrzeuge gezielt zu untersuchen. Dann haben wir Busse in großer Anzahl - - Denn die Familie, von der Sie da reden, ist nicht nur die Vermieterin des Safe Houses oder der Safe-Häuser, in denen wir gelebt haben oder unsere Ortskräfte gelebt haben, sondern auch ein großer Busunternehmer in Nordafghanistan. Und zufälligerweise dachte ich mir: Mensch, leere Busse, viele Menschen, die von A nach B - - Das hätte ich mir so - naiv, wie ich war - vorgestellt, dass wir da irgendwie eine Evakuierungsanstrengung mit auf die Beine stellen.

Ich weiß, dass es da mit den Preisen und dem Preisschild - - Ich verhandele so was zum ersten Mal, oder in diesem Jahr damals habe ich das das erste Mal verhandelt. Insofern kann ich nicht sagen, ob das abwegig war oder nicht. Das waren die Preise, die man mir genannt hat. Ich habe versucht, Menschen zu retten, insofern - - Wir hätten auch Preise da selber noch aus Spenden mitbezahlen können; aber dazu kam es dann nicht, weil ich auf diese Angebote leider keine Antwort gekriegt habe.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Jetzt wechselt das Fragerecht zu den Grünen, und der Kollege Wagener fragt.

Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Und zunächst mal: Vielen Dank, Herr Grotian, dass Sie hier als Zeuge zur Verfügung stehen und uns umfangreiche und auch bedeutende Ausführungen machen und uns die Dinge schildern, die Sie selber getan haben, die der Verein getan hat, und die Beobachtungen, die Sie gemacht haben.

Ich habe mir in der Vorbereitung auf die heutige Befragung Ihren Auftritt bei der Bundespresskonferenz angesehen. Sie haben da ja auch sehr beeindruckende Dinge ausgesagt mit sehr starken Worten und auch heute mit sehr starken Worten geschildert. Wenn ich das mal aufgreife, dann haben Sie das Eingangsstatement in der Bundespresskonferenz in Minute 1:15 mit dem Satz begonnen - den Videolink zur Bundespresskonferenz können wir rumschicken, bzw. hat das Ausschusssekretariat ihn auch schon geschickt; wir haben jetzt keine komplette Transkription der Bundespresskonferenz, des einstündigen Vortrags, da -:

Wir sind als Verein, der versucht, Ortskräften zu helfen, und als Menschen überwältigt und verbittert in einem Maße, dass wir es nicht in Worte fassen können ...

Sie haben dann später in Minute 2:30 ausgeführt:

Wir sind überwältigt von Fassungslosigkeit, weil Regierungsparteien und Politiker die Warnungen missachtet, die Hinweise und Lösungsmöglichkeiten ignoriert, die Verantwortlichkeiten abgeschoben haben und bis heute die eigenen Verfahren und Handlungen loben ...

Sie haben damals der Bundesregierung, ähnlich wie Sie es auch hier eben getan haben, unterlassene Hilfeleistung vorgeworfen - und damit auch nicht nur die laufenden Evakuierungsmaßnahmen, sondern auch die Zeit davor gemeint - und ausgesagt - ich zitiere -, „dass wir die Menschen dort zurücklassen“; das ist in Minute 15:55 gewesen.

Das Statement endete mit dem Satz:

Wir sind von der eigenen Regierung moralisch verletzt, und das ist beschämend.

Und da haben Sie heute ja angeknüpft, wenn Sie gesagt haben, dass Menschenrechte aus strategischen Gründen zurückgestellt wurden und das zumindest moralisch verwerflich ist. Also, Sie



Nur zur dienstlichen Verwendung

haben deutlich gemacht, dass Ihres Erachtens die notwendige Unterstützung für die Ortskräfte nicht nur zu spät kam, sondern auch deutlich zu wenig war.

Und jetzt als Einstieg dazu erst mal die Frage: Ist das eine Einschätzung, die nur Sie persönlich hatten, oder wissen Sie auch von anderen Angehörigen der Bundeswehr, die diese Einstellung so geteilt haben und die das als Schlussfolgerung auch aus ihren eigenen Erfahrungen gezogen haben, sodass Sie möglicherweise auch den Unmut vieler Bundeswehrangehöriger zum Ausdruck gebracht haben?

Zeuge Marcus Grotian: In meinen Gesprächen, die ich im Kameraden-, Veteranenkreis bei der Bundeswehr und mit meinen privaten Kontakten geführt habe, musste ich den Eindruck gewinnen, dass ich damit nicht alleine stehe.

Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben ja ausgeführt, dass Hinweise ignoriert wurden und Verfahren dann auch zu spät gestartet wurden. Wann hätte nach Ihrer Meinung spätestens mit Evakuierungsmaßnahmen begonnen werden müssen?

Zeuge Marcus Grotian: Die Evakuierungsvorbereitungen hätten laufen können, ohne dass der Eindruck entsteht - den ich aus strategischer Sicht als Soldat auch verstehen kann -, dass man das Land nicht noch weiter destabilisieren möchte, indem man alles, was nicht niet- und nagelfest ist, da wegfliegt. Das verstehe ich auf strategischer Ebene völlig. Allein dass man dann nicht dennoch mehr dafür getan hat, die Menschen, die aufnahmeberechtigt sein sollten und davon erst dann viel später profitieren konnten - - dass man da nichts weiter vorbereitet hat.

Ich möchte aber hinzufügen, dass die Bundeswehr sehr wohl in ihrem Engagement bis zum Abzug aus Masar-i-Scharif sich um die Ortskräfte, die bürokratisch vorgesehen waren, aus unserer Wahrnehmung sehr gut gekümmert hat. Der Generalinspekteur selber hat die Visa in den Einsatz geflogen. Aber mein Problem war: Damals war ein Visaverfahren in sechs Wochen erledigt, wenn der Generalinspekteur das Visum

persönlich in den Einsatz fliegt. Und ich konnte absehen, dass, wenn nicht ein Visum bei den neuen Personengruppen, die vom 16.06. betroffen waren, wenigstens begonnen wird, ohne Generalinspekteur, der die Sachen reinfliegt, es noch länger dauert, und das war das Problem. Die verschiedenen Schritte, die nötig gewesen wären und zeitnah hätten gestartet werden müssen, wurden dann aufgrund bürokratischer Gründe blockiert. Eine Auftragsvergabe an eine internationale Organisation mit einer Leistungsbeschreibung etc., Nachverhandlungen scheint nicht die nötige Spritzigkeit und Geschwindigkeit zu entwickeln, um im Zuge eines kriegerischen Umfeldes die nötige Geschwindigkeit auf die Straße zu bringen.

Aber ich nehme noch ein anderes Beispiel. Ich habe am, ich glaube, 21. Juli - - Zweite Hälfte Juli, also deutlich nach dem 16.06., gab es in Ministerien noch keine Weisung, wie mit den anderen zusätzlich aufzunehmenden Ortskräften umgegangen wird, bzw. sie war zumindest nicht erlassen oder wie auch immer. Also, wenn handelnde oder entscheidende Menschen mir sagen, sie können noch nichts machen, denn es gibt noch keine Weisung, dann ist das halt ein frustrierendes Erlebnis, weil die vier Wochen sind dann auch wieder verstrichen. Und wie wir gesehen haben, war die Zeit ja endlich.

Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wäre es für die praktische Organisation der Ausreise aus Ihrer Sicht machbar gewesen, den Bundeswehrtroopskräften anzubieten, auch im Rahmen des Bundeswehrabzugs mit nach Deutschland zu fliegen?

Zeuge Marcus Grotian: Ich sage mal so: Das hätte auf jeden Fall ein schöneres Bild abgegeben und auch sicherlich den Erwartungshaltungen einiger Ortskräfte entsprochen, um das mal so - - Ja, das wäre sicherlich eine Möglichkeit gewesen. Ob man dann hinterher Chartermaschinen oder Militärmaschinen dafür nimmt, wäre den Ortskräften hinterher im Zweifel wahrscheinlich nicht wichtig gewesen. Dass man was gemacht hätte, wäre halt das Schöne gewesen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Sie haben ja gerade angesprochen, als Sie das Angebot bekommen haben, dass jemand Flüge bezahlen wollte, dass Sie dann ausgesagt hätten: Die Menschen müssten halt erst mal nach Kabul kommen. - Und in einem Gespräch mit einem anderen ehemaligen Soldaten, der in Afghanistan im Einsatz war, wurde mir berichtet, dass allein die Reise von Masar-i-Scharif nach Kabul für viele Ortskräfte kaum zu bewältigen war, eine Riesenherausforderung darstellte, wenn zum Beispiel die Familie nur über ein Moped verfügte und damit halt eine mehrköpfige Familie irgendwie den Weg machen musste, und die Reise über Land bis nach Kabul auch wegen Taliban-Checkpoints ausgesprochen gefährlich war.

Erstens. Teilen Sie die Analyse des Bundeswehrkollegen, dass das schwierig und gefährlich war? Haben Sie mit Ihrem Verein die Reise von Ortskräften nach Kabul unterstützt? Und wie würden Sie es einschätzen: Bis wann hätte Ihrer Meinung nach der Flughafen in Masar-i-Scharif auch für die Ausreise von Ortskräften genutzt werden können, also zum Beispiel mittels Charterflügen von da?

Zeuge Marcus Grotian: Also: Ich habe einmal in einer Bundespressekonferenz einen Sprecher gehört, der gesagt hat: Die Straße ist ja nicht ständig von Taliban besetzt. - Das ist für mich keine ausreichende Berücksichtigung der Rechte und der Sicherheit unserer Angestellten, wenn wir ihnen sagen: Ihr könnt da ja hinfahren, und manchmal ist die Straße ja auch frei. - Das fand ich sehr schwierig. Deshalb habe ich auch, weil ich das ähnlich sehe wie der Kamerad, den Sie da zitiert haben oder mit dem Sie gesprochen haben - - Ich fand es nicht ausreichend und sicher genug und habe deshalb - -

Als wir dann ein erstes Safe House hatten und ich sagen konnte: „Da müsst ihr hin“, haben wir dann angefangen, Spenden dazu zu nutzen, um Flugtickets zu bezahlen. Wir haben das nicht publik gemacht im Rahmen der Ortskräftecommunity, damit nicht - - weil wir einfach die Mittel gar nicht gehabt haben. Wir konnten nur

denen Flugtickets bezahlen, die es sich nicht leisten konnten. Und auch hier war es für mich abwegig, dass wir Menschen zurücklassen, weil die sich die Rettung nicht leisten können; das wollte ich verhindern. Aber in jeder Phase musste ich, weil ich ja auf Spenden angewiesen war, die Menschen auch dazu bringen, ihre eigenen finanziellen Ressourcen einzusetzen, um bei ihrer Rettung mitzumachen. Dadurch konnte ich mehr Menschen bewegen und in Sicherheit bringen.

Der Flughafen hätte aus unserer Sicht noch im Jahr 2022 für Evakuierungsoperationen genutzt werden können. Wir haben dementsprechende Vorschläge gemacht. Wir haben Angebote unterbreitet, die leider auch nicht berücksichtigt wurden. Aber man hätte davor - - Danach, nach der Evakuierungsoperation, gab es noch Zeitfenster und Möglichkeiten. Mit den Betreibern von ehemaligen militärischen Einrichtungen, in denen wir uns auch befunden haben, die immer noch da vor Ort waren, hätte man noch Dinge machen können, aus unserer Sicht. Die Gesamtlage erschließt sich mir natürlich nur zu einem Teil, weil ich keinen Einblick in die Verschlussachen und in den genauen Ablauf in vielen Bereichen habe. Aber wir haben diese Angebote ja gemacht mit der Hoffnung, dass sie mal einer abrufen und wir damit Menschen retten können.

Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bevor wir auf einzelne konkrete Fragen zum Ortskräfteverfahren wahrscheinlich in der nächsten Runde eingehen müssen, hier in dieser Runde jedenfalls noch mal die Frage: Sie haben der Bundesregierung ja vorgeworfen, in Afghanistan „Menschen bewusst und wissentlich zurückgelassen“ zu haben - also, das war in der Bundespressekonferenz, Minute 53:46 -, und hier im Eingangsstatement eben gesagt, dass die Bundesregierung aus Ihrer Sicht zumindest moralisch verwerflich, aber wohl auch rechtswidrig, und zwar sowohl nach hiesigen Maßstäben als auch nach afghanischen Maßstäben, gehandelt habe. Können Sie diese beiden Vorwürfe näher konkretisieren oder noch mal ausführen, was Sie damit meinen, mit diesen Aussagen?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Marcus Grotian: Rechtmäßigkeit war für mich - - hatte ich das immer irgendwie verstanden, dass das mit den Menschenrechten allgemeingültig sei. Aber die Durchsetzung ist offenbar komplex und schwierig. Ich hatte in einer der Aussagen, die ich aus den Medien entnommen habe, die hier vor Ihrem Untersuchungsausschuss stattgefunden hat - - gab es eine Aussage, dass jemand in der Botschaft sich geäußert hat, dass man aus strategischen Gründen - sinn gemäß - darauf verzichtet hat, die Ortskräfte zu evakuieren, weil es das Land weiter destabilisiert hat. Für mich - ich habe das auch in der Bundespressekonferenz gesagt - ist es letztendlich - - Das Ergebnis ist dasselbe, ob ich es nicht gewusst habe oder nicht gewollt habe; beides ist nicht gut.

Wie gesagt, ich verstehe die Denkweise. Ein militärischer Führer wird auch mit Menschen dies so in seine Planungen einbauen, denke ich, dass er mit dem Wertesystem, womit er arbeitet, das dann umsetzt. Ich sage halt, dass das für Zivilangestellte nicht möglich ist. Ich kann einen Zivilangestellten nicht zurücklassen aus strategischen Gründen, weil das einem höheren Ziel folgt; das bezweifle ich, weil es einfach in meinem Verständnis nur von Soldaten gefordert werden kann. Das kann von mir gefordert werden, dass ich die Stellung halte bis zum letzten Schuss. Dafür habe ich unterschrieben, dafür habe ich mein Berufsverständnis aufgebaut, und ich habe mir die Werkzeuge mental und körperlich und am Gerät ausgebildet, damit wir das als Soldaten können. Ein Zivilist hat das mitnichten. Es waren junge Menschen, die zufälligerweise die Sprache sprachen, die wir brauchten, und die sich dann auf uns verlassen haben in dem Moment, wo es dann gefährlich wurde. Und deshalb ist das für mich - - Wenn das rechtlich in Ordnung war, finde ich es schwierig, äußerst schwierig, und moralisch halte ich das für nicht tragbar.

Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich danke Ihnen. - Ich will vielleicht noch mal den Hinweis geben, Herr Zeuge, wenn Sie eine Pause wünschen, dass Sie sich melden; dann machen wir das auch. - Das Fragerecht geht weiter an die AfD.

Stefan Keuter (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Guten Tag, Herr Grotian! Schön, dass Sie uns heute hier zur Verfügung stehen. Ich möchte an die Fragen eben von dem Herrn Röwekamp anknüpfen. Wir hatten hier über einen afghanischen Clan gesprochen, der Ihnen angeboten hatte, für 416 Dollar pro Person bis zu 1 000 Personen sicher zum Gate, zum Flughafen zu bringen, und neben der Geldforderung auch die Mitnahme von 107 Familienangehörigen des Clans nach Deutschland forderte. Sind diese Personen nach Deutschland verbracht worden?

Zeuge Marcus Grotian: Nein.

Stefan Keuter (AfD): Mit welcher Begründung wollte der Clan diese 107 Personen nach Deutschland bringen?

Zeuge Marcus Grotian: Sie hatten sich durch die Unterstützung der Ortskräfte exponiert. Die fünf Safe-Häuser waren zum Teil die Privathäuser dieser Familie. Es gab Durchsuchungen und temporäre Festsetzungen durch die Taliban und intensive Befragungen - mindestens eines der Familienmitglieder -, und daraufhin fühlte sich die Familie bedroht und wollte im Zuge dessen weiter dabei helfen, Ortskräfte zu unterstützen, aber hatte versucht, sich dann auch selber damit in Sicherheit zu bringen. Übrigens waren in der Personenanzahl auch deutsche Staatsbürger, die wir da hatten in unserem Schlepptau. Wir hatten Kontakt zu einigen Deutschen auch.

Stefan Keuter (AfD): Wie hieß dieser Clan?

Zeuge Marcus Grotian: Malek Sada (phonet.).

Stefan Keuter (AfD): Okay. - Einen anderen Punkt möchte ich gerne mit Ihnen noch besprechen, und zwar das Thema Safe Houses, das ja eben auch schon mal angesprochen worden ist. In der Aktenlage taucht der Name „Zalmai“ auf, der als sogenannter Teamleiter diese Safe Houses betreut hat. Der sagt Ihnen was, dieser Zalmai?

Zeuge Marcus Grotian: Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Stefan Keuter (AfD): Okay. Über diesen Komplex möchte ich in der nächsten Fragerunde mit Ihnen sprechen; das nur vorher einmal abgeklopft.

Kommt Ihnen dieser Preis von 30 000 US-Dollar pro Safe House relativ hoch oder angemessen vor? Ich schicke vorweg - ich habe mal recherchiert -: Eine Wohnung in guter Lage, Vierzimmerwohnung, in Kabul hat damals etwa 20 000 Afghani gekostet, das sind umgerechnet etwa 222 US-Dollar. Da finde ich dann im Vergleich - wenn da so 100, 120 Personen Unterschlupf finden - 30 000 US-Dollar überproportional viel. Welche Leistungen waren darin enthalten, und was ist Ihr Eindruck davon?

Zeuge Marcus Grotian: Mein Eindruck hat sich danach ebenfalls in die Richtung entwickelt. Deswegen sind folgende Safe-Häuser auch günstiger geworden. Ich hatte in dem ersten Moment nicht viel Zeit, mich auf ImmoScout umzusehen, und habe dann etwas genommen, was mir angeboten wurde, aber habe tatsächlich den gleichen Eindruck entwickelt und habe dann - - Zukünftige Safe-Häuser wurden dann günstiger.

Stefan Keuter (AfD): Noch mal für die Aktenlage: Der Mietvertrag, das ist MAT C AA-1 E-232, Blatt 11. - Ich habe dann eine andere Fundstelle noch gefunden. Das ist dann MAT C AA-1 EM-234, Blatt 4. Hier geht es um sogenannte Tätigkeitsbescheinigungen, die Sie diesen Betreibern von Safe Houses ausgestellt haben sollen. Ich zitiere daraus. Da steht drin: Für „seinen Einsatz und seine Großzügigkeit“. - Es ging darum, Aufenthaltsgenehmigungen gemäß § 22 Absatz 2 Aufenthaltsgesetz zu erhalten. Diese Bescheinigungen haben Sie ausgestellt. Richtig?

Zeuge Marcus Grotian: Ja.

Stefan Keuter (AfD): An alle Betreiber von den Safe Houses, oder war das ein Einzelfall?

Zeuge Marcus Grotian: Meines Wissens nach zwei, die es nach Deutschland geschafft haben. Ja.

Stefan Keuter (AfD): Nach meinem Verständnis suggeriert ja dieser Begriff „seine Großzügigkeit“, „großzügig“, ein altruistisches Verhalten, ohne eine Gegenleistung. Dass diese Personen ja nun überproportional viel vorher schon mit dem Betreiben der Safe Houses, 30 000 US-Dollar, bekommen haben, ist für mich eine Gegenleistung, die in dieser Bescheinigung keine Berücksichtigung findet. Sehen Sie das genauso?

Zeuge Marcus Grotian: Das sehe ich anders; denn die folgenden Safe-Häuser waren die Privathäuser der Familien, die dann dafür ausgezogen sind, und dementsprechend konnte ich ein Fürdiese-Personen-Einsetzen weiterhin in diesem Wortlaut rechtfertigen und habe das dementsprechend aufgesetzt.

Stefan Keuter (AfD): Sie hatten vorhin erwähnt, dass eine Miete von dem sogenannten Zentrum für Politische Schönheit übernommen worden sei. Das habe ich in der Fundstelle MAT A AA-8.417, Blatt 207 auch gefunden. Das ist auch beim Auswärtigen Amt in einer E-Mail durch „omg“, also „Oh mein Gott“, kommentiert worden. Das Zentrum für Politische Schönheit hat diesen Betrag wohl als verauslagt bezeichnet mit dem Selbstverständnis, dass sie ja eigentlich nur für die Bundesregierung, deren Verpflichtung das wohl moralisch sei, für diesen Betrag aufzukommen hätten. Wissen Sie, ob das Zentrum für Politische Schönheit versucht hatte, diesen Betrag erstattet zu bekommen, und, wenn ja, wissen Sie, ob diese Erstattung durch die Bundesregierung oder eine Stiftung oder ähnliche Stelle - - erstattet worden ist?

Zeuge Marcus Grotian: Nach meinem Kenntnisstand wollte man das in Rechnung stellen und hat es auch getan. Es wurde nicht bezahlt; aber das ist Hörensagen, weil ich mit dieser Organisation ansonsten nicht weiter verhandelt bin.

Stefan Keuter (AfD): Okay, diese Information reicht mir. - Eine letzte Frage in dieser Runde. Zu diesen Clans noch mal zurück: Wenn man es tatsächlich schafft, Personen bis an das Gate zu bringen oder auch Safe-Häuser zu betreiben, da muss man doch aus meinem Verständnis gewisse



Nur zur dienstlichen Verwendung

Abgesprachen mit Taliban haben bzw. hier gemeinsame Geschäfte betreiben, weil sonst wäre das von meinem Verständnis aus technisch überhaupt nicht umsetzbar. Wissen Sie etwas über diese Verquickung zwischen Clan und Taliban, Absprachen, Geschäftsbeziehungen etc.?

Zeuge Marcus Grotian: Nein.

Stefan Keuter (AfD): Gut, dann war es das für die erste Fragerunde. - Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann wechselt das Fragerecht zu den Liberalen, zu dem Kollegen Gründer.

Nils Gründer (FDP): Vielen Dank, dass Sie heute hier sind und sich die Zeit nehmen, unsere Fragen zu beantworten. - Ich würde mal anfangen und gerne noch mal allgemeiner zum Patenschaftsnetzwerk fragen. Sie haben vorhin ausgeführt, dass Sie eine ganze Anzahl von Anfragen zur Unterstützung hatten. Können Sie das vielleicht für uns ein bisschen konkreter fassen und mal so eine Zahl in den Raum stellen, dass wir einfach mal ein Gefühl dafür bekommen, um wie viele Anfragen sich das so handelt?

Zeuge Marcus Grotian: Im Rahmen Juli/August waren es ungefähr einige Hundert mindestens die Woche. Es steigerte sich dann zu einigen Hundert am Tag bis hin zu Tausenden Mitte August.

Nils Gründer (FDP): Und auch da die Frage: Wie viele Ehrenamtliche und Mitarbeitende haben Sie in Ihrem Verein? Und wahrscheinlich ist es dann aufgrund der schieren Anzahl ja nicht gelungen, alle dann zu beantworten.

Zeuge Marcus Grotian: Richtig, es war rein ehrenamtlich und ist mitnichten möglich gewesen, der Kommunikationsflut weiter Herr zu werden.

Nils Gründer (FDP): Wie viele Ehrenamtliche waren denn zu diesem Zeitpunkt so circa tätig?

Zeuge Marcus Grotian: Im Kernteam habe ich im Juli/August eine für mich kleine Operationszentrale aufgebaut mit, ich meine, zu Hochzeiten

acht, aber im Beginn zu viert, wo wir dann versucht haben, uns noch Verstärkung zu holen für einige Bereiche. Man sieht das daran, dass es öfter mal andere Gesichter gab. Bei Presse- und Medieninterviews haben wir ja insgesamt alle, die in der Operationszentrale waren, zu irgendeinem Zeitpunkt mal Interviews gegeben, weil es einfach nicht mehr möglich war, das alleine irgendwie zu machen.

Nils Gründer (FDP): Alles klar. - Ich würde gerne auf den Herrn Sultani zu sprechen kommen. Den haben Sie ja vorhin als Erstkontakt, glaube ich, in Afghanistan benannt. Richtig?

Zeuge Marcus Grotian: Ja.

Nils Gründer (FDP): Und dieser Kontakt kam ja über Facebook zustande, und das war der Herr, der die Demonstrationen vor Masar-i-Scharif geleitet hat?

Zeuge Marcus Grotian: Ja.

Nils Gründer (FDP): Gab es dann irgendwann weitere Kontakte, oder lief alles immer nur über diesen einen Herrn?

Zeuge Marcus Grotian: Ich habe im Wesentlichen ihn als meinen Ansprechpartner vor Ort gehabt, der sich durch - - Ich habe ihm angeregt, dass man in Deutschland - - wenn man mit bürokratischen Entscheidungen unglücklich ist, dann kann man demonstrieren. Er hat Briefe an den Camp Commander geschrieben, er hat demonstriert, friedlich. Da habe ich immer Wert drauf gelegt, in meinen Beratungen zumindest - aber entschieden hat er es ja -, dass man da keinerlei - - ja, dass man sich an die Regeln hält, die wir so bürokratisch und demokratisch für richtig halten, wie ich finde. Und das hat er versucht da umzusetzen, und hat mit Demonstrationen versucht auf die Lage von ihm und seinen Kameraden und Mitstreitern hinzuweisen.

Nils Gründer (FDP): Ich würde gern auf die Safe Houses in der ersten Runde zu sprechen kommen, und zwar: Was war das denn für eine Art von Häusern? Waren das ausschließlich immer nur diese privaten Häuser, die Sie angesprochen



Nur zur dienstlichen Verwendung

haben, oder waren das ebenfalls zum Beispiel umgewidmete ehemalige Militäreinrichtungen? Und nach welchen Kriterien haben Sie denn diese Safe Houses ausgewählt?

Zeuge Marcus Grotian: Nach meinem Kenntnisstand waren es keine ehemaligen Militäreinrichtungen. Das Einzige, wo ich jetzt weiß, was man da vorher mit gemacht hat, war das Gästehaus vom ehemaligen Präsidenten. Die anderen Häuser waren nach meinem Kenntnisstand Privathäuser, die aber auch immer jeweils größeren Kontext hatten und dementsprechend auch Platz für einige Menschen. Und im Zuge dessen - - Ich hatte in der Zeit auch nur einen Kontakt über die Familie Malek Sada (phonet.), die uns Safe-Häuser besorgt hat. Ich hätte jetzt auch, ehrlich gesagt, nicht gewusst, wie und wo ich da ansonsten Safe-Häuser herkräufte. Wir haben im Einzelfall auch Hotelunterkünfte für einige noch bezahlt, aber das war - - Unser Schwerpunkt war: Wir wollten einzelne Orte schaffen, die dann auch einfacher vielleicht dem öffentlichen Auge zu entziehen oder zu sichern sind. Das Preis-Leistungs-Verhältnis wurde zumindest später dann deutlich besser, mit der Möglichkeit, dort auch mehrere Menschen unterzubringen.

Nils Gründer (FDP): Das heißt, die Akquise dieser Immobilien ging dann ausschließlich über die Familie?

Zeuge Marcus Grotian: Ja.

Nils Gründer (FDP): Wissen Sie, wie die Familie die aufgetrieben hat? Können Sie dazu was sagen?

Zeuge Marcus Grotian: Die Familie hat die aus meinem Verständnis im Familienbesitz; aber das ist eine Vermutung.

Nils Gründer (FDP): Alles klar. - Und diese Gebäude - - Das heißt, Sie hatten dann dort vor Ort immer eine Person, die das dann verwaltet hat. Können Sie dazu irgendwie was ausführen? Wie haben Sie die Person ausgewählt, und wie kam das dann zustande?

Zeuge Marcus Grotian: Ich hatte als Erstes Ahmad Sultani, den ich als jemanden kannte, der in der afghanischen Community als jemand offenbar ja akzeptiert wurde, der die Demonstrationen da geführt hat mit teilweise über 100 Menschen vor unseren Feldlagern - - dass er die Koordination übernimmt. Das war auch nötig; denn sich aus Deutschland um Toilettenpapier und Essen zu kümmern, ist mitnichten möglich. Das hat er dann gemacht. Er hat bis zum - - Ich glaube, als wir das zweite Safe-Haus eingerichtet haben, hat er das geleitet. Er wurde dann von den Niederländern, für die er für ein paar Wochen auch gedolmetscht hat, zu meiner Frustration, eigentlich zu meiner Freude - - aber Frustration, dass er für uns zehn Jahre gearbeitet hat und für die Niederländer - nicht mal einen Arbeitsvertrag - ein paar Wochen, die ihn dann mit einem Visum versehen - und - ich glaube, Anfang August oder Ende Juli; Ende Juli muss es gewesen sein, meine ich - nach Amsterdam geflogen haben. Und daraufhin habe ich dann an einen ihm Vertrauten übergeben, bzw. er hat das übergeben. Und das war dann für kurze Zeit noch mein Ansprechpartner, bis das Ganze dann aufgelöst wurde.

Nils Gründer (FDP): Alles klar. Vielen Dank. - Die Menschen mussten ja auch irgendwie versorgt werden. Sie haben da vorhin, glaube ich, schon mal ein, zwei Nebensätze zu gesagt. Wie kann man sich das vorstellen?

Zeuge Marcus Grotian: Man denkt sich ja, man mietet ein Haus, und Essen und Trinken kaufen die sich alle selber. Das ist mitnichten so. Im afghanischen Kontext ist der Gastgeber für die Verpflegung zuständig; interkulturelle Kompetenz, hätte man wissen können, hat mich trotzdem überrascht oder uns. Wir haben dann die Verpflegung ebenfalls gestellt, weil es im afghanischen Kontext einfach ein völliger Gesichtsvorstellung wäre, wenn ich jemanden beherberge und nicht auch für Essen und Trinken Sorge. Und dementsprechend haben wir auch für die Verpflegung - - was jetzt im Übrigen ja auch bei Menschen, die sich einen Aufenthalt in Kabul sonst nicht leisten konnten - - fand ich es logisch und sinnvoll, dann auch die Verpflegung zu - - weil, wenn sie kein Geld haben, dann haben sie auch nichts, um was zu essen zu kaufen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nils Gründer (FDP): Ja. - Sie haben vorhin ausgeführt, dass Sie 400 Menschen in diesen Safe-Häusern hatten. War das insgesamt oder pro Safe-Haus?

Zeuge Marcus Grotian: Insgesamt.

Nils Gründer (FDP): Alles klar. - Das sind ja dann dennoch ziemlich hohe Kosten. Haben Sie das dann ebenfalls über Spenden organisiert, oder wie lief das ab?

Zeuge Marcus Grotian: Ja, wir haben, immer wenn genug Geld da war, dass wir eine Monatsmiete für ein weiteres Safe-Haus inklusive Verpflegung verfügbar hatten, ein weiteres Safe-Haus versucht anzumieten. Das ging dann, je näher es zum August kam, auch immer schneller, weil a) die Objekte nicht mehr so teuer waren und b) die Spenden dafür immer mehr wurden, und deshalb konnten wir versuchen, dann immer mehr Menschen nach Kabul zu bringen. Einige waren ja noch in Kunduz oder in anderen Bereichen, und auch da die Unterstützung mit Flugtickets, dass sie dahin kommen können.

Nils Gründer (FDP): Und wer hat für den Schutz dieser Safe Houses und der Menschen dort dann gesorgt?

Zeuge Marcus Grotian: Dafür wurden zwei Menschen angestellt. Das hat man vor Ort lokal geklärt, wo die herkamen, und das entzieht sich meiner Kenntnis.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Herr Kollege.

Nils Gründer (FDP): Entschuldigung. Dann nächste Runde.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Alles gut. Ja. - Das Fragerecht endet in dieser Runde mit der SPD-Fraktion. Das Wort geht an die Kollegin Yüksel.

Gülistan Yüksel (SPD): Vielen Dank auch von meiner Seite. - Ich habe noch ein paar konkrete Fragen. Sie hatten ja eben erwähnt, dass Sie 2015 Ihren Verein gegründet haben. Da würde ich gerne wissen: Waren die staatlichen Angebote für ehemalige Hilfskräfte nicht ausreichend, oder

konnten Sie eine Art Hilfe leisten, die die staatlichen Stellen so gar nicht leisten können? Können Sie da noch mal konkret drauf eingehen, bitte?

Zeuge Marcus Grotian: Ja. In 2015 ist die Gründung des Vereins quasi gestartet durch einen Zeitungsartikel einer Ortskraft, die irgendwo in Deutschland saß und gesagt hat: Keiner spricht mit mir; ich hätte gedacht, hier sagt wenigstens mal einer Hallo; aber ich habe hier weder eine Unterkunft, sitze im Flüchtlingsheim. - Und das fand ich dann irgendwie - - Das war für mich von der Wahrnehmung her nicht so, wie ich mir das gewünscht habe, dass wir Menschen, denen wir einen Aufenthaltstitel geben, weil sie lange für uns gearbeitet haben, dann in ein Flüchtlingsheim stecken und sagen: Das läuft schon irgendwie. - Dementsprechend habe ich gesagt: Da müsste man, und wenn es nur - -

Also Idealfall: Die Amerikaner machen es so, dass sie versuchen, jede Ortskraft, die irgendwie nach Amerika kommt, persönlich am Flughafen willkommen zu heißen. Das finde ich eine tolle Sache. Hat ein bisschen was, also einfach die Aussage: Danke, dass du für uns gearbeitet hast. Wenn was ist, kannst du dich bei mir melden. - Und das hat unser Verein versucht zu liefern.

Wir hatten in den ersten Jahren das Pech, dass wir immer nur bei den Problemfällen dann einspringen konnten, wo Menschen obdachlos geworden sind, wo Menschen in große Probleme kamen, weil sie vergessen haben, ihren Ausweis zu verlängern etc. Und da waren die Kinder immer schon in den Brunnen gefallen, und man versucht dann halt, noch einen Eimer hinterherzuwerfen. Meine Idee wäre gewesen, dass wir ein Ansprechpartner sind, und das haben wir dann versucht auch so aufzubauen und zu etablieren, dass diese Probleme gar nicht erst auftreten, sondern wir mit unserem bürokratischen Verständnis in Deutschland - die wir nun als Deutsche besser wissen - da direkt helfen; und nicht erst versuchen, zu helfen, wenn das Problem entstanden ist.

Gülistan Yüksel (SPD): Können Sie vielleicht kurz erläutern, welche Unterstützung die Ortskräfte hier in Deutschland brauchen, damit sie



Nur zur dienstlichen Verwendung

sich, wie man das immer so schön sagt, hier in Deutschland integrieren können?

Zeuge Marcus Grotian: Ja. Mein Ziel war es - - Gemäß dem Programm gibt es drei Säulen, die nötig sind und wo die afghanische Ortskraft quasi auch aktiv mitmachen muss, um deutscher Staatsbürger zu werden - nach, ich glaube, acht Jahren ist das in dem Programm frühestens möglich -: Das ist einmal, die Sprache vernünftig sprechen, ein Job und eine eigene Wohnung. Und alles drei waren für mich Kernelemente, wo ich die Ortskräfte wenigstens unterstützen wollte, dass sie eine Chance haben, das wahrzunehmen.

Und ich kann Ihnen sagen: In den ersten Jahren wollten die meisten Afghanen eigentlich auch lieber wieder, dass das in Afghanistan sicher ist und sie wieder zurückgehen; aber wenn man so ein Programm so aufsetzt, fand ich, wäre es sinnvoll, sie dann bei der Integration zu unterstützen.

Ein Beispiel einer unserer Ortskräfte: Was gewinnen wir denn dadurch, wenn wir einen Aufenthaltstitel immer um zwölf Monate verlängern? Integrationstechnisch ist das eine Katastrophe. Damit schließen wir ihn quasi von Ausbildung aus, und das ist einfach unverständlich. Und so haben wir versucht, anstatt, keine Ahnung, die Hunderte Regeln und Gesetze und Regularien, die im Integrationsbereich auf verschiedenen Ebenen greifen oder greifen müssten, sollten oder könnten - - haben wir gesagt: Wir machen die Individualbetreuung und versuchen, den Menschen dabei zu helfen, so elegant und so gut wie möglich bei der Integration hier voranzuschreiten, falls das in Afghanistan schief geht und es kein sicheres Land wird, sondern die Leute hier bleiben müssen.

Gülistan Yüksel (SPD): So ein Ehrenamt ist ja nun mal sehr viel Arbeit. Das wissen wir alle; Sie haben das auch erwähnt. Ich hatte auf Ihrer Homepage noch mal geguckt, dass Sie das - Sie haben es ja auch erwähnt - aus privaten Mitteln und durch Spenden machen. Meine Frage wäre: Haben Sie irgendwann mal versucht, auch staatliche Mittel für Ihre Arbeit zu akquirieren, oder einen Antrag gestellt, und wie ist das gewesen?

Zeuge Marcus Grotian: Ja, wir haben einige Versuche gestartet, Mittel zu akquirieren, aber „cold approach“ ist immer nicht so einfach, und unsere Anträge in verschiedenen Ministerien wurden leider abgewiesen. Ich hatte auch das Problem, dass ich alle beteiligten Ministerien quasi angefragt habe, aber das Familienministerium nicht; und gerade im Integrationsbereich hätte man da wahrscheinlich in dem Zeitraum vielleicht Erfolg gehabt. Aber weil ich die an einem Auslandsengagement beteiligten Ministerien angeschrieben habe - minus Familienministerium, weil es ist jetzt nicht das erste, was mir eingefallen ist -, gab es dann durchaus Verbände, die sich um uns herum gegründet haben und die dort Förderungen gekriegt haben - wir nicht. Aber das gönne ich jedem. Wir waren einfach zur falschen Zeit am falschen Ort bei den Fragen damals und haben keine Förderung in dem Zeitraum bekommen bis 2022.

Gülistan Yüksel (SPD): Welche Ministerien waren das, die Sie angeschrieben hatten?

Zeuge Marcus Grotian: Das Auswärtige Amt, das Innenministerium, das Verteidigungsministerium und das BMZ. Wir waren ja als Patenschaftsnetzwerk für alle Ortskräfte, also auch für die Ortskräfte aller dieser Ministerien zuständig, aber es hat halt da keinen Unterstützungswillen gegeben. Wir haben auch ein, zwei Projektanträge gestellt, aber die wurden abgelehnt. Insofern - -

Gülistan Yüksel (SPD): Eine Frage noch: Haben Sie noch innerhalb der Bundesregierung Kontakt zu einigen Stellen, die Sie vorher hatten und die Sie jetzt im Nachhinein noch mal intensiviert haben, oder sind im Nachhinein noch andere dazugekommen? Gibt es da einen Austausch?

Zeuge Marcus Grotian: In Bezug auf Ortskräfte?

Gülistan Yüksel (SPD): Nein, bezogen auf Ihre Arbeit, damit Sie Unterstützung bekommen.

Zeuge Marcus Grotian: Arbeit, dass ich Unterstützung bekomme. - Es gibt seit letztem Jahr eine Förderung der Bundesregierung für unseren Verein im Rahmen der Integration. Die ist von der Regierung so entschieden worden. Insofern hatte



Nur zur dienstlichen Verwendung

ich Kontakt zu Mitgliedern der Regierungsparteien, allerdings auch zu Oppositionsparteien. Insofern - -

Gülistan Yüksel (SPD): Jetzt würde ich gerne noch mal fragen: Sie sind ja jetzt seit 2015 dabei. Das sind jetzt mittlerweile acht Jahre nach der Gründung. Wie würden Sie Ihre heute bewerten? Ist die Zusammenarbeit besser geworden? Ist sie nicht besser geworden? Es gibt ja auch noch das Patenschaftsprogramm der Bundeswehr. Haben Sie untereinander einen Austausch? Und dann würde ich gerne noch wissen, wie der Kontakt Ihrer Paten, Ihrer Unterstützer zu den Ortskräften ist. Ist der Austausch noch weiterhin gegeben? Sind sie im Austausch? Und die letzte Frage: Wie viele Mitglieder und Paten haben Sie?

Zeuge Marcus Grotian: Fangen wir hinten an: über 300 Mitglieder. „Paten“ ist ein Begriff, den wir von der Bundeswehr, von dem Bundeswehrprogramm haben. Da kann ich jetzt nicht sagen, wie viele Paten die Bundeswehr gerade hat. Wir haben da immer versucht, uns anzulehnen und den Paten, die eine Patenschaft übernehmen, dann auch zur Seite zu stehen, und vermitteln auch selber Patenschaften. Insofern kann ich nicht genau beziffern, wie viele Patenschaften es jetzt gibt, zumal die ja auch nach ein, zwei, drei Jahren meistens im Rahmen des fortschreitenden Integrationsprozesses irgendwann aufgelöst werden, weil es die Notwendigkeit nicht mehr gibt. Das ist uns gerade mit den Ortskräften, die 2014/2015 hergekommen sind mit Masse passiert, dass Patenschaften dann nur noch zu Freundschaften werden und man dann im losen Kontakt ist, wenn was ist.

Ansonsten - - Was war der andere Teil der Frage?

Gülistan Yüksel (SPD): Jetzt zu den Mitgliedern haben Sie gesagt; Patenschaften und wie die Zusammenarbeit mit dem Patenschaftsprogramm der Bundeswehr ist.

Zeuge Marcus Grotian: Ja, es gab da mal ein, zwei Gespräche. Es ist nicht weiter vertieft. Wir sind ja auch nicht für - - Unsere Zielgruppe ist größer und dementsprechend: Der Austausch ist da überschaubar.

Gülistan Yüksel (SPD): Gut, dann würde ich an meinen Kollegen Herrn Nürnberger übergeben. - Danke schön.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank und auch von meiner Seite herzlich willkommen. - Wir haben ja bereits mehrmals angesprochen das Thema Ortskräfteverfahren und die Änderungen, die es dort im Laufe der Zeit gegeben hat. Haben Sie sich bemüht - als Organisation oder Sie als Privatperson -, tatsächlich auch im BMI auf das Ortskräfteverfahren Einfluss zu nehmen? Sie haben ja erzählt, dass Sie Hinweise gegeben haben, wo die Kritikpunkte Ihrerseits liegen. Beschreiben Sie doch Ihre Kontakte zum BMI und welche Reaktionen es dort gegeben hat.

Zeuge Marcus Grotian: Ich habe das nicht im BMI versucht, sondern ich habe es beim Bundeskanzleramt versucht, bzw. ich habe die Kanzlerin angeschrieben und habe versucht, dort darauf hinzuweisen, dass es Probleme gibt, weil aus meiner Sicht keines der einzelnen Ministerien in der Lage gewesen wäre, den gordischen Knoten zu durchschlagen, sondern das hätte man nur aus anderer Sicht machen können, glaube ich. Und dementsprechend sind meine Kontakte ins Innenministerium.

Ich habe 2016/2017, nach der Gründung, oder vielleicht auch 2015/2016 - - in dem Zeitrahmen hatte ich mal ein Gespräch im Innenministerium. Da hatte man mich gefragt, ob wir nicht das Patenprogramm der Polizei übernehmen könnten, weil das auch jetzt relativ eingeschlafen war und ist. Und daraufhin haben wir gesagt: Natürlich, wir würden uns aber natürlich freuen, wenn wir jetzt ihr Programm übernehmen. Dann hatte ich noch die Idee, dann hätte man auch das Bundeswehrprogramm übernehmen können, und dann hätte man vielleicht auch staatliche Gelder irgendwie dafür, eine Förderung oder so was - - Das war so die wilde Idee, die ich dahinter noch hatte. Das erübrigte sich dann aber. Das Innenministerium hatte kein Interesse mehr daran nach dem ersten Gespräch, und daraufhin habe ich mit dem Innenministerium erst wieder, ich glaube, letztes Jahr oder so Kontakt gehabt im Zuge des Ortskräfteverfahrens, ansonsten nicht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank. - Sie haben gerade Ihre E-Mails an die Bundeskanzlerin erwähnt. Ich darf eine aus unseren Akten erwähnen, MAT A BKAm-3.46 VS-NfD, Blatt 248 bis 251. Sie haben in diesen drei Mails - das ist jetzt die mittlere der drei Mails - auch davon berichtet, dass die Ortskräfte - und Sie haben das vorhin in Ihren Aussagen bereits beschrieben - zwar aus Afghanistan herausgeholt werden konnten, aber dann aufgrund der Einreisebestimmungen erst mal für Tage an den Flughäfen gestrandet sind. Können Sie darauf noch eingehen, ob es da eine Reaktion vonseiten des Bundeskanzleramtes oder gar der Bundeskanzlerin gegeben hat?

Zeuge Marcus Grotian: Das kann ich sehr wohl, aber es waren, meine ich, nach meinem Kenntnisstand fünf E-Mails, die ich insgesamt geschrieben habe.

Aber der Vorgang war wie folgt: Ich glaube, an einem Freitag habe ich die E-Mail weggeschickt, und ich hatte am Montag einen Ansprechpartner im BAMF. Ob das Zufall war oder wie es dazu kam, weiß ich nicht. Auf jeden Fall ist eine sehr engagierte Dame aus dem BAMF auf uns zu gekommen, die dann Tag und Nacht auch für uns ansprechbar war, und wir dann das Problem, was wir hatten, nämlich dass IOM die Informationen nicht weitergab, geben konnte, weil sie ja noch gar nicht beauftragt waren oder aktiv waren oder was auch immer, an die Bundesministerien oder das BAMF oder die kommunalen Behörden oder wo auch immer es hätte ankommen müssen - - Das funktionierte ja nicht. Das heißt, es erschienen Ortskräfte, wo die Gemeinde, die sie aufnehmen sollte, davon gar nichts wusste. Und deshalb: Wenn man dann nur Dari spricht, noch nie Zug gefahren ist, sitzt man am Flughafen und wartet, dass irgendwas passiert.

Und dementsprechend haben wir gesagt: Da müssen wir irgendwas machen. Und wir haben dann die Informationen von den Ortskräften: Wenn die losgefahren sind, haben die sich bei uns gemeldet, wir haben es dann an das BAMF weitergeleitet, das BAMF hat die Kommune informiert, und dann wurden die entweder abgeholt oder sollten abgeholt werden oder wurden in Empfang genommen oder wie auch immer. Oder man hat

uns gesagt, wo die hinmüssen. Dann haben wir dafür gesorgt, dass die abgeholt werden, oder die Mobilität zu dem Bundesland sichergestellt.

Das war aus meiner Sicht - - Ich habe es mir erhofft, als Staatsbürger habe ich es mir erhofft, dass das ein Ausfluss aus diesem Schreiben war.

Das wäre allerdings sonst so die einzige Reaktion, die ich davon gesehen hätte. Geantwortet hat man mir darauf nie. Und, wie gesagt, das erste Mal habe ich von den E-Mails wieder was gesehen in Vorbereitung irgendwie auf diesen Untersuchungsausschuss, wo irgendwelche Worte daraus zitiert werden oder so. - Oder nein, man hatte mich aus den Ministerien um Freigabe gebeten, dass Worte oder Sätze aus diesen Mails, dass die Ministerien oder das BAMF die benutzen darf. Das war das erste Mal, dass ich gesehen habe, dass diese E-Mails und diese Briefe tatsächlich irgendwo angekommen waren und irgendjemand damit Dinge aus Gründen getan hat.

Jörg Nürnberger (SPD): Das heißt, eine Reaktion der Bundeskanzlerin wäre eine reine Mutmaßung, und auch die Reaktion des BAMF ist im Prinzip eine Mutmaßung, weil Sie nicht wirklich eine zwangsläufige Verbindung zwischen dem Handeln und Ihren E-Mails herstellen können?

Zeuge Marcus Grotian: Ja. Ich würde es mir wünschen, aber ich kann es nicht bestätigen und nur vermuten.

Jörg Nürnberger (SPD): Es schließt sich die Frage an, weil Sie es gerade erwähnt haben: Gab es irgendwelche Einflussnahmen von Bundesbehörden im Hinblick auf Ihre heutige Aussage hier, weil Sie sagten, Sie wurden kontaktiert?

Zeuge Marcus Grotian: Nein, nein. Die Behörden wurden offenbar vom Untersuchungsausschuss um irgendwelche Dokumente gebeten oder so. Und im Zuge dessen wurde ich zweimal um Freigabe von Sachen, die ich geschrieben hatte an diese Behörden, gebeten, meine ich. Und, ja, das war der einzige Kontakt, der diesbezüglich - - außer natürlich, dass das Verteidigungsministerium mir als Soldat die Unterstützung zukommen



Nur zur dienstlichen Verwendung

lässt, wie man das als Soldat sich wünschen kann.

Jörg Nürnberger (SPD): Auch eine gute Nachricht. - Sie haben als einen der großen Kritikpunkte erwähnt, dass es in zunehmendem Maße von den deutschen Behörden eingeführt wurde, dass Ortskräfte nicht mehr direkt beschäftigt worden sind, sondern als sogenannte Subunternehmer. Sahen Sie dahinter eine Methode, oder bewerten Sie das als eine Methode, die man ganz bewusst benutzt hat, um die Ortskräfte nicht mehr direkt zu beschäftigen, um sie diesem Ortskräfteverfahren zu entziehen, oder hatte das andere Gründe Ihrer Meinung nach?

Zeuge Marcus Grotian: Das Drohgebilde entstand aus dem Umgang der Amerikaner mit ihren Ortskräften, die das sehr viel ausgelagert haben, und wir hatten es in Teilen dann ebenfalls im Afghanistan-Einsatz gesehen und haben daraus diese Befürchtung gehabt. Ich kann das weder bestätigen noch entkräften. Es wäre interessant, zu wissen, wie das Engagement Deutschlands mit Ortskräften in Mali oder Irak - - oder wo auch immer jetzt umgeht und wie viele von den ursprünglich mal direkt Angestellten jetzt nicht mehr direkt angestellt sind. Das wäre eine interessante Frage, die ich leider noch nicht beantworten kann.

Jörg Nürnberger (SPD): Und die auch außerhalb unseres Untersuchungsauftrages liegt. - Ich möchte zu einem ganz konkreten Fall kommen. Wir haben hier vor einigen Wochen einen Zeugen gehört, die Ortskraft Jabari, der auch ehemals für die Bundeswehr tätig war. Und der richtete, nachdem die Ausreise nach Deutschland nicht erfolgreich war, weil er auf dem Flughafen zurückgewiesen wurde, einen Hilferuf an Sie bzw. Ihr Patenschaftsnetzwerk. Können Sie mit eigenen Worten beschreiben, wie dieser Kontakt zustande gekommen ist und was in der Folge von Ihrer Seite unternommen wurde, um die Ausreise von Herrn Jabari durchzuführen?

Zeuge Marcus Grotian: Ja, das Arbeitsverhältnis von dem jungen Mann ist ein kompliziertes, weil es am Ende quasi in einem Subunternehmerrahmen ablief, wo quasi das ehemalige Medien-

center der Bundeswehr - oder nicht das der Bundeswehr, aber ein von der Bundeswehr aufgebautes - quasi an einen afghanischen Unternehmer outgesourct wurde; grob vereinfacht. Das war mir nicht nur im Rahmen der Evakuierung - - sondern schon vorher hatte ich Kontakt zu den Männern und Frauen des Bayan-e-Shamal-Mediencenters, die auch in einer Facebook-Gruppe daraufhin öffentlich gemacht haben, schon im April, Mai, ja, im April. Im April, als es darum ging, das Engagement wird irgendwann enden, hat man merklich gespürt, dass die Reserviertheit des Arbeitgebers Bundeswehr bei den Männern und Frauen im Bayan-e-Shamal-Mediencenter dazu führte, dass die unruhig wurden und man die Befürchtung bekommen hat, dass man zurückgelassen wird.

Wann ich genau mit Herrn Jabari Kontakt hatte, kann ich Ihnen gar nicht genau sagen. Ich hatte bestimmt fünf oder sechs Kontakte aus dem Bayan-e-Shamal-Center. Ich hatte auch ehemalige und aktive Soldaten, die in diesem Center gearbeitet haben und die meine Sicht quasi da irgendwie so vervollständigt haben, dass ich gesagt habe: Es ist schwierig, dass man da sagt: Das sind reine Subunternehmer.

Ich habe daraufhin, ich meine, mindestens im Brief an den Generalinspekteur, aber ich meine, auch in einem Brief an die Kanzlerin darum gebeten, dieses zu ändern. Das eine war als gutes Argument, warum Menschen, die als Subunternehmer tätig sind, offenbar sich doch so exponieren können, dass es moralisch vielleicht geboten ist, ihnen zu helfen. Das war eigentlich - -

Beim Schreiben an die Kanzlerin, wenn ich mich richtig entsinne, wollte ich Subunternehmer in das Ortskräfteverfahren aufnehmen, und da ich weiß, dass der Generalinspekteur bei einer anderen Personengruppe eine Einzelfallentscheidung getroffen hat, als es um Mitglieder einer Betreuungseinrichtung der, ich weiß nicht, evangelischen oder katholischen Kirche ging - - Die hat man aufgenommen in das Ortskräfteverfahren. Also wusste ich, es gibt eine Entscheidungsbefugnis oder irgendwer kann es entscheiden, man muss ja nur hoch genug fragen. Also habe ich den Generalinspekteur angefragt, ich meine, Anfang



Nur zur dienstlichen Verwendung

August, habe aber kurz vor dem Fall Afghanistans vom stellvertretenden Generalinspektur eine ablehnende Antwort erhalten und durfte sieben Tage später in der Bundespressekonferenz aber hören, dass das Bayan-e-Shamal-Mediencenter jetzt aufnahmeberechtigt ist, dass es Ortskräfte seien.

Das Problem war der Informationsfluss zu dem Flughafen und wer wie wann den Männern und Frauen, die in chaotischer Lage versucht haben, da am Flughafen Menschen zu evakuieren, das gesagt hat. Offenbar führte es weiterhin dazu, dass die Männer und Frauen des Mediencenters abgelehnt wurden da vorne. Daraus mag ich keinen Vorwurf an das Kontingent machen in Gänze, sondern das ist dann halt einfach - - Während der Evakuierungsoperation die Personengruppe zu ändern, wie ich gesagt hatte, ist schwierig.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann wäre jetzt das Kontingent - -

Jörg Nürnberger (SPD): Dann würde ich die nächsten Fragen gern in die zweite Runde verlegen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann machen wir jetzt, Herr Zeuge, zehn Minuten Pause und fahren in zehn Minuten fort.

Zeuge Marcus Grotian: Jawohl.

(Unterbrechung von
14.15 bis 14.31 Uhr)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: So, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben jetzt eine großzügige Auslegung von zehn Minuten praktiziert, und ausweislich der Geschäfte von Dussmann da draußen war der Hunger auch groß, und das ist dann ja auch in Ordnung. Wenn Sie sich gestärkt haben, fahren wir wieder fort. - Und es geht los in der zweiten Runde mit den Kolleginnen und Kollegen von der SPD, und das Wort hat der Kollege Nürnberger.

Jörg Nürnberger (SPD): Herr Grotian, wir können gleich anschließen an die Befragung von vorhin.

Die letzte Frage war ja zu Herrn Jabari und dessen Ausreise. Und Sie haben geschildert, dass es am Flughafen nach Ihren Erkenntnissen - oder zumindest, was Ihnen berichtet wurde - chaotische Zustände gegeben hat. Können Sie sich erinnern, ob Ihnen gegenüber Herr Jabari erwähnt hat, auf Grundlage welcher Unterlagen er dort zur Ausreise Richtung Deutschland angetreten ist? Gab es ein Papier, gab es eine Urkunde, wo er das nachweisen konnte? Hat er Ihnen das jemals erzählt, gezeigt? Wissen Sie etwas davon?

Zeuge Marcus Grotian: Ich kann mich daran nicht erinnern, nein.

Jörg Nürnberger (SPD): Gut. - Wie kam dann die Ausreise von Herrn Jabari zustande, nachdem er am Flughafen, soweit wir wissen, zweimal zurückgewiesen wurde?

Zeuge Marcus Grotian: Also, in dem Kontext der Evakuierungsbemühungen sind mir vielfältige Kontakte mit Ortskräften - und die BMC-Mitarbeiter galten ja dann irgendwann auch als Ortskräfte - - hat das nichtsdestotrotz zu einer vielfältigen Zurückweisung geführt. Also, ich kann es jetzt für den Fall Jabari nicht explizit erläutern, weil ich da keine Erinnerung habe. Es war in der Phase regelmäßig so, dass Menschen sich bis nach vorne haben drängen können, kämpfen können, was auch immer, und wurden da abgewiesen. Das hat man mir sehr häufig berichtet, und das war bei Ortskräften mit Aufnahmezusagen oder - wie auch immer - unterschiedlichsten Papieren. In einem Fall hatte jemand ein Visum, wo ich gesagt habe: Wie geht das denn?

Aber das kann ich alles nicht nachvollziehen, und es ist auch nicht möglich gewesen, Einzelfälle zu überprüfen; aber das Feedback war halt häufig. Die Tagesabläufe waren so: Morgens um vier aufstehen, hingehen zum Flughafen, versuchen dranzukommen, und am Abend ist man irgendwann frustriert nach Hause gegangen, weil die Menge immer größer wurde und man abgewiesen war. - Das ist so meine Wahrnehmung aus der Zeit.

Jörg Nürnberger (SPD): Haben Sie einen Beitrag dazu geleistet, dass auch alternative Fluchtrouten



Nur zur dienstlichen Verwendung

am Ende durchgeführt wurden, zum Beispiel auf dem Landweg aus Afghanistan heraus?

Zeuge Marcus Grotian: Ab dem Tag, wo der Flughafen gesperrt war für 24 Stunden und die Evakuierungsmission anlief, habe ich allen Ortskräften empfohlen, das Land auf Landwegen zu verlassen, gerade für dann immer noch in Masari-Scharif befindliche Menschen, die es kurz nach Usbekistan hatten. Bevor die nach Kabul gehen und sich dort in die Reihe stellen, habe ich gesagt, sie sollten lieber nach Usbekistan. Das haben einige auch geschafft. Leider ist im zeitlichen Zusammenhang mit dem Fall Kabuls die Botschaft in Usbekistan erst geschlossen worden und hatte dann irgendwie eine Woche später mal wieder aufgemacht und hatte dann aber Terminvergabe irgendwie in geraumer Zeit. Es gab auf jeden Fall Probleme. Menschen, teilweise mit Visum, haben es ins Nachbarland geschafft, mit Kurzzeitvisa für das Nachbarland, für Usbekistan. Und da hat das dann gehakt und nicht funktioniert, die Weiterverarbeitung, und wurde dann in Masari-Scharif wieder aufgenommen. Dann gab es wieder welche, die dann doch nach Kabul wollten.

Den Versuch, über Landwege zu evakuieren, haben wir initiiert. Wenn Sie allerdings jemanden wie in dem Fall haben, dessen - am Bild gesehen - einziger Sauerstoff durch einen Strohhalm kommt und dem Sie dann sagen: Lass den Strohhalm Kabul los und versuche es woanders - - Das haben viele erst, als die letzte Maschine der Evakuierungsoperation abgehoben ist, realisiert und verstanden und andere Wege in Betracht gezogen. Und auch wir haben dann erst strukturell begonnen, über Nachbarländer zu evakuieren.

Jörg Nürnberger (SPD): Wenn Sie in dem Zusammenhang „wir“ verwenden, bezieht sich das auf Ihre Organisation?

Zeuge Marcus Grotian: Ja.

Jörg Nürnberger (SPD): Und können Sie uns schildern, wie Sie diese Ausreisen dann organisiert haben? Haben Sie Fahrzeuge zur Verfügung gestellt, ortskundige Menschen, die die Menschen dann an die Grenze gebracht haben oder

über die Grenze hinüber? Ich würde mir gern ein Bild davon verschaffen, wie diese Ausreisen dann organisiert worden sind und welche Unterstützung Sie gewährt haben.

Zeuge Marcus Grotian: Ja. Wir haben durch unsere ehemaligen Ortskräfte, die seit 2014, 2015 in Deutschland sind, Kontakte in alle Regionen, wo Einsatzkontingente waren, und konnten dadurch ein Netzwerk etablieren und aufbauen, wo wir Menschen über Landmarsch von A nach B über den Grenzübergang in ein Nachbarland bringen mit den nötigen Papieren, Visa etc., um dann dort bei der Botschaft wahrgenommen zu werden. Auch im Iran war es am Anfang schwierig, wurde dann aber im Laufe der Evakuierungsbemühungen besser. Insofern haben wir da Wege und Möglichkeiten aufgebaut über den Iran, was für uns deshalb auch strategisch sinnvoll war, da es andere Unterstützer gab, die sehr über Pakistan operiert haben, und ich immer die Befürchtung hatte, wenn das mal nicht mehr funktioniert, dann hat man gar kein Standbein mehr. Und auf zwei Beinen zu stehen, ist immer besser. Deshalb war ich ganz erbaut, dass wir einen Weg außerhalb der diplomatisch vielleicht einfacheren Wege oder was - - Aber, ich sage mal, das hat funktioniert über das andere Nachbarland.

Jörg Nürnberger (SPD): Haben Sie dazu auch materielle Unterstützung geleistet? Also, haben Sie zum Beispiel diese Bustransfers bezahlt oder die Busse gemietet?

Zeuge Marcus Grotian: Wir haben einen Reiseunternehmer vor Ort beauftragt, der die Reisen zur deutschen Botschaft im Nachbarland durchführt und die Menschen dazu aufnimmt, verbringt und die nötigen Papiere beibringt und uns somit die Möglichkeit gibt, mit Spenden Menschen außer Landes zu bringen und zu einer Botschaft, wo sie dann den Visaprozess durchlaufen können, so denn unsere Vermutung. Ich meine, nichts anderes habe ich ja. Wir haben eine Aufnahmezusage; das ist noch kein rechtlich sicheres Dokument. Sondern wir bringen die zu einer Botschaft, und daraus wird dann ja erst ein Visum für Deutschland und eine Weiterreise. Insofern tritt hier der Verein ja in Vorkasse. Und nur,



Nur zur dienstlichen Verwendung

wenn wir auch recht haben, dass es sich tatsächlich um Menschen mit einer Aufnahmezusage handelt, führt das ja auch dann dazu, dass die da weiterverarbeitet werden.

Jörg Nürnberger (SPD): Diese Situation war natürlich nicht immer ganz einfach. - Wir haben in den Dokumenten eine E-Mail von Ihnen gefunden, und zwar an das Krisenreaktionszentrum des AA vom 31. August 2021. Wenn ich das richtig sehe, ist das MAT C AA-1 EM-215 VS-NfD, Blatt 1 bis 11. Und in dieser E-Mail geht es darum, dass Sie am 31. August schreiben, dass ein Bus mit Ortskräften, die für ein deutsches Ministerium - das ist nicht näher spezifiziert - gearbeitet haben, auf dem Weg zur afghanisch-usbekischen Grenze - das haben Sie ja vorhin bereits schon einmal erwähnt - sei. Aus der Botschaft in Taschkent wird deutlich gemacht, dass der Grenzübergang geschlossen sei. - Können Sie sich erinnern, was mit diesen Menschen in dem Bus dann passiert ist? Mussten die umkehren? Gab es noch weitere Kommunikation mit dem AA?

Zeuge Marcus Grotian: Danke, dass Sie mich daran erinnern.

Jörg Nürnberger (SPD): Ich kann Ihnen das Dokument gern vorlegen.

Zeuge Marcus Grotian: Habe ich tatsächlich quasi vergessen gehabt; aber ja, an diesen Sachverhalt kann ich mich dunkel erinnern. Es gab eine andere Wahrnehmung von Menschen, die am usbekischen Grenzübergang vicinity of, also in der Nähe, waren und den beobachtet haben, als die offiziellen Aussagen. Also: „Der Grenzübergang ist geschlossen“, spiegelte sich nicht in der Beobachtung von Menschen, die vor Ort waren, wider, sondern da passierten Menschen diese Grenze. Und dementsprechend war einer unserer Versuche, Menschen quasi so dicht ranzubringen, in der Hoffnung, dass von der anderen Seite dann halt jemand diplomatisch oder wie auch immer sagt: Hier, die Menschen, die dadrin sind, die gehören zu uns. - Dazu hätten wir natürlich auch Listen etc. beibringen können. Und ich hätte auch verstanden, hätte man gesagt: Also ihr habt hier 400 Leute in euren Safe-Häusern gehabt, in diesem Bus sind 70 Leute oder 30, aber

nur folgende 20 sind aus unserer Sicht aufnahmeberechtigt. - Damit hätte ich ja leben können, dann hätten wir wenigstens überhaupt jemanden bewegen können. Aber mein Problem war: Der Kontakt war ja immer ein einseitiger. Ich habe zwar da E-Mails hingeschickt, aber ich habe keine Rückantwort gekriegt. Und so ist dann eine Option nach der anderen uns irgendwie anhand der Zeit und der Rahmenbedingungen abhandengekommen. Das ist zumindest mein Eindruck.

Wenn es jetzt tatsächlich mal eine Antwort gab aus dem Krisenstab - - Ich weiß, es hat mich irgendwann mal der jetzige Leiter dort angerufen und hat gesagt: Ich bin jetzt Ihre Kontaktperson. - Insofern änderte sich das im Laufe der Zeit irgendwann; aber die ersten Wochen waren geprägt von: keine Antwort. - Und danach änderte sich auch nur, dass ich eine andere E-Mail-Adresse hatte, wo ich hinschicken konnte; also antworttechnisch war jetzt auch nichts.

Jörg Nürnberger (SPD): Ist der Eindruck richtig, dass es zu diesem Zeitpunkt rund um die Evakuierungsflüge sehr schwierig war, ein vernünftiges Lagebild über die Lage in Afghanistan - von Ihrer Warte aus, von Deutschland aus - zu erhalten? Und glauben Sie, dass es auch für die deutschen Behörden vor Ort tatsächlich nicht immer einfach war, wirklich den Überblick zu behalten, wie die Situation im Lande war? Hat sich das in der Kommunikation Ihnen gegenüber so dargestellt? Oder andersrum gefragt: Hatten Sie den Eindruck, dass bei den deutschen Behörden in Afghanistan nicht immer ein klares Bild über die Lage besteht?

Zeuge Marcus Grotian: Ja, dazu hätte mit mir ja kommuniziert werden müssen, um mir da ein tieferes Bild machen zu können. Dazu fehlen mir die Informationen. Ich habe meine Informationen im Wesentlichen aus Bundespressekonferenzen gezogen und habe regelmäßig nach der Bundespressekonferenz auf unserer Facebook-Seite die aus meiner Sicht andere Lebensrealität und die anderen Informationen, die mir so vorlagen, versucht zu posten, um zumindest darauf hinzuweisen, dass die öffentliche Sicht oder die Regierungssicht in einigen Dingen vielleicht Lücken hat oder Dinge übersieht oder einfach vielleicht



Nur zur dienstlichen Verwendung

auch falsch bewertet. Ich weiß es nicht. Aber ein tieferes Bild, auch im Rahmen der Evakuierungsoperation - - Mir hat mal jemand gesagt aus dem Evakuierungsstab, dass unsere Aufklärungsinformationen teilweise besser waren, als es da vorlag, weil ich hatte natürlich Menschen, die den ganzen Tag nichts anderes zu tun hatten, als um diesen Flughafen zu laufen. Da ist klar: Wenn jemand mit einem iPhone rumrennt oder einem Handy rumläuft heutzutage, dann habe ich relativ schnell ein gutes Lagebild über die verschiedenen Gates. Aber das hat uns dann letztendlich - - Ich hoffe, es hat irgendjemandem geholfen. Wir haben diese Informationen weitergegeben; aber auch da habe ich dann keine Antwort gekriegt.

Jörg Nürnberger (SPD): Kleiner Sprung zurück: Nachdem Sie diese verschiedenen Aktionen gestartet haben, haben Sie vorhin erwähnt, dass Sie tatsächlich am Ende auch Ihre Safe Houses in Kabul aufgelöst haben. War das verbunden mit Druck von außen, oder war das Ihre eigene Entscheidung? Was hat Sie dazu geführt, diese Entscheidung dann zu treffen?

Zeuge Marcus Grotian: Ja, das war der Tag, an dem Menschen von Flugzeugen fielen; ich meine, es war der 17. August. Auf jeden Fall war es der Tag, wo die Taliban überraschend und schnell ins Zentrum von Kabul vorgestoßen sind und das Machtgefüge da endgültig gefallen ist. Und im Zuge dessen - ich weiß jetzt nicht, ob es am gleichen Tag oder am nächsten war - haben wir Informationen gehabt aus mehreren Quellen, dass Taliban anfangen, gezielt von Haus zu Haus zu gehen und nach Menschen zu suchen. Und ich wollte nicht herausfinden, nach welchen Menschen die suchen. Ich fand, eine Ansammlung von vielen Sicherheitsmitarbeitern, die für uns gearbeitet haben, war ein so großes Risiko, dass ich den Menschen gesagt habe, sie müssen die Safe-Häuser verlassen. Ich glaube, um 11 Uhr habe ich die Entscheidung nach Afghanistan kommuniziert, und um 12.30 Uhr oder 13 Uhr war eins der Safe-Häuser, was leer war, aber wo noch Ortskräfte in der Nähe waren, weil sie ja gerade das Haus verlassen hatten - - konnten beobachten, wie die Taliban da reingegangen sind

und, ich meine, den Vermieter mitgenommen haben. Es wurde Vandalismus betrieben.

Insofern war das das Lagebild, was ich hatte. Und die Entscheidung ist alleine aus meinen Informationen, die ich aus dem Fernsehen hatte, und meinem logischen Verständnis - - Die Landebahnen waren zu dem Zeitpunkt aus meiner Sicht für die nächsten 24 Stunden nicht zu benutzen; das war jetzt eine optimistische Einschätzung. Sie traf dann zu, also die Landebahnen konnten wieder genutzt werden; aber das war in dem Moment nicht absehbar. Und insofern war für mich die Lage da relativ aussichtslos, und wir wollten da nur versuchen, kein Atomziel, wie man bei der Bundeswehr sagen würde, zu bilden, um unsere Angestellten da irgendwie noch zu schützen.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank. - Vielleicht gegen Ende der Befragung von meiner Seite aus die Frage: Wenn Sie das jetzt im Rückblick alles resümieren und sich das Ortskräfteverfahren noch mal vor Augen führen: Welche grundlegenden Änderungen würden Sie für die zukünftigen, möglicherweise notwendigen Rückholungsaktion von Ortskräften als Forderungen aufstellen, damit Ihrer Meinung nach das Ortskräfteverfahren der Bedeutung und der Arbeitsleistung dieser Menschen, die sie für die Bundesrepublik Deutschland und damit für alle Bewohner/-innen hier in Deutschland geleistet haben, gerecht wird?

Zeuge Marcus Grotian: Das Ortskräftekonzept, was ich fordere, wäre ein Schritt dahin, wo für aktiv beschäftigte Angestellte die Gefährdungsanalyse in regelmäßigen Abständen, und wenn es gefährlich wird, vielleicht auch öfter, gemacht wird, um dann daraus schon die bürokratischen Schritte einzuleiten, die nötig wären, wenn man evakuieren muss. Da es eben keine deutschen Staatsangehörigen sind, ist es eben nicht so einfach, zu sagen: Wir schicken mal eine Bundeswehrmaschine, und da steigen dann alle ein. - Nein, da steigen dann alle Deutschen ein; das ist ganz unstrittig. Aber der Rest ist dann halt schwierig, und das Schwierige dann zu klären - welches Ministerium, wer wann wie wo? -, das ist in dem Moment ja einfach nicht mehr mög-



Nur zur dienstlichen Verwendung

lich, weil in dem Moment, wenn die Evakuierungsoperation startet, haben alle genug anderes zu tun, und dann ist ja auch diplomatisch der Super-GAU etc.

Insofern, davor schon sicherzugehen, dass die Menschen, die sich exponieren - wo wir das jetzt schon wissen - - und nicht erst, wenn der Ein-sternegeneral in den Medien sagen muss: Hören Sie mal, das geht mir hier alles - - das darf doch nicht wahr sein. Mein Übersetzer hat mich damals tapfer unterstützt und sich exponiert, und er ist ausgeschlossen. Wir müssen hier was machen. -

Diese Wege sind einfach dann zu langsam. Selbst wenn man sofort eine bürokratische Entscheidung treffen würde: Wie wir wissen, dauert es auch noch ein paar Wochen, bis Weisungen geschrieben sind. Das ist alles nichts für den Krisenfall. Das ist nicht dafür geeignet, dann Menschen tatsächlich mitnehmen zu können.

Jörg Nürnberger (SPD): Gehört es dann auch dazu, den Personenkreis, den ich a) als Berechtigte einschätze, dann auch vorher genau zu definieren und auch die einzelnen Personen im Prinzip auf Listen festzuhalten, damit ich diese Informationen nicht erst noch mühsam zusammentragen muss?

Zeuge Marcus Grotian: Als Staatsbürger würde ich mir das so wünschen, ja.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Dann wechselt das Fragerecht jetzt zu dem Kollegen Röwekamp.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Vielen Dank. - Herr Grotian, ich wollte noch mal zurückkommen auf Ihre Antwort auf die Frage des Kollegen Nürnberger nach der fehlenden Beantwortung von fünf E-Mails im Sommer 2021 an das Bundeskanzleramt. Uns liegt hier ein interner E-Mail-Verkehr - das ist MAT A BKAm-3.30, Blatt 617 - vor, aus dem sich ergibt, dass vier der fünf von Ihnen versandten Mails zur Beantwortung zuständigkeitshalber weitergeleitet wurden an das BMI und das Auswärtige Amt. Meine Frage ist

jetzt: Haben Sie von dort Antworten bekommen in der Folgezeit?

Zeuge Marcus Grotian: Nein.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay. - Dann habe ich noch eine Frage zu einem weiteren Termin, den Sie geführt haben; das sind unsere Unterlagen: MAT A BKAm-3.37, Blatt 298. Da haben Sie sich getroffen mit der damaligen Grünen-Spitzenkandidatin für die Abgeordnetenhauswahl in Berlin; zumindest gibt es darüber eine Pressemitteilung, die uns bekannt ist. Können Sie uns sagen, wie es zu diesem Treffen gekommen ist und was Inhalt der Gespräche gewesen ist?

Zeuge Marcus Grotian: Ja, ich habe in der Zeit einige Anfragen gehabt und war zufälligerweise in Berlin und habe diesen Termin, das Gespräch, wahrnehmen wollen. Ich war dann etwas überrascht, dass es da hinterher - - Also, man saß an einem Tisch, ich habe erzählt, was wir so machen, wo das Problem aus meiner Sicht ist, und dann hieß es: Im Nachbarraum ist da noch die Presse. - Gut, ich war in den Tagen - wenn ich mir erlauben darf - durchaus geschult in den paar Sätzen, die ich so kommunizieren wollte, weil ich die öfter machen musste, leider. Insofern stand ich dann da auch und habe meine Botschaft übermittelt.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Haben Sie von der Frau Jarasch im Nachhinein irgendein Feedback noch bekommen, dass sie sich in besonderer Weise um das Anliegen gekümmert hat? Also, hat sie sich eingesetzt, oder hat sie Ihnen irgendwas davon erzählt, was sie weiter unternommen hätte?

Zeuge Marcus Grotian: Nein, ich habe da keine weiteren Kontakte gehabt.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay. - Nach unseren Unterlagen hatten Sie allerdings einen Kontakt mit einem Staatssekretär des BMVg; das ist unsere MAT A BKAm-3.37, Blatt 297. Zumindest nach unseren Unterlagen soll es ein Gespräch mit Staatssekretär Hoofe gegeben haben, ein Telefonat. Das soll stattgefunden haben am



Nur zur dienstlichen Verwendung

Tag vor dem 18. August, also am 17. August. Können Sie uns zu dem Inhalt dieses Telefonats etwas sagen? Also, wie ist das zustande gekommen, und was wurde da besprochen?

Zeuge Marcus Grotian: Das kam für mich auch etwas überraschend. Der Adjutant hat im Verein angerufen und gesagt: Der Staatssekretär Hoofe möchte mit Herrn Grotian sprechen. - Für den eigenen Staatssekretär ist man natürlich jederzeit da. Dementsprechend habe ich gesagt: sehr gerne. - Das Gespräch fing an damit, dass er angefangen hat, zu erzählen, was auf Ministerebene gerade passiert und dass man aus einer Krisensitzung kam und alles schwierig ist. Ja. Dann habe ich von meinen persönlichen Eindrücken geschildert, nämlich dass wir mit gepanzerten Fahrzeugen die 400 bis 1 000, 1 400 Menschen, Ortskräfte, ein paar Deutsche, an den Taliban vorbei wohl an den Flughafen bringen könnten. Das fand er sehr interessant, war etwas verdutzt: Aha, ja, äh. - Und dann endete das Gespräch auch relativ schnell, und das war der einzige Kontakt, den ich da hatte. Aber interessante Frage. Warum er mich angerufen hat, hat er mir nicht gesagt; insofern kann ich das nicht sagen, würde mich aber auch interessieren.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Nach dem Inhalt unseres Vermerks kann ich zumindest sagen, dass Anlass eben diese Meldung war über das Treffen mit der Frau Jarasch am Tag zuvor und Sie auch da was zu Safe-Häusern gesagt haben. Da war wohl der Bedarf, noch mal mit Ihnen über die Frage „Evakuierung von Safe-Häusern und Umgang“ zu sprechen. So ergibt sich das aus unseren Akten. Können Sie sich daran erinnern, dass das auch Thema des Telefonats war?

Zeuge Marcus Grotian: Das mag durchaus sein, aber ist dann in meiner Wahrnehmung - - Das war zu dem Zeitpunkt leider keine Option mehr, die wir weiterverfolgt haben. Ich hatte ihm ja dann die neuen Optionen aufgezeigt. Das kann durchaus sein, dass darum auch das Gespräch ging, aber, wie gesagt, dann nur kurz, weil das für uns ja gerade zu Ende ging.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay. - Nun komme ich endlich auf den Bericht im „Focus“

zu sprechen, das Interview mit Ihnen, das wir vorhin verteilt haben. Ich möchte mit Ihnen noch ein bisschen über Ihre Wahrnehmung des Ortskräfteverfahrens sprechen. Sie lassen sich zitieren in diesem Interview:

Wir sehen immer noch bürokratische Tricks und Hindernisse, die diese Zahl limitieren.

Also, da geht es um Aufnahmezusagen. Mögen Sie diesen Vorwurf vielleicht noch ein bisschen konkretisieren, also: Was ist der Kern Ihres Vorwurfs?

Zeuge Marcus Grotian: Ja, sehr gerne. - Es wird allgemeinhin angenommen, dass man, wenn man zum Beispiel im Verteidigungsministerium oder für das Verteidigungsministerium gearbeitet hat, seit 2013 ein Aufnahmerecht hat. Das ist mitnichten so. Es ist so: Wenn man in der Vergangenheit eine Gefährdungsanzeige gestellt hat, irgendwann mal, dann kann man, seit 2013 beschäftigt, Berücksichtigung finden, und jemand, der das in der Vergangenheit nicht getan hat, weil er zum Beispiel outgesourct wurde, dann nicht mehr Bundeswehr war etc., der also in der Vergangenheit nicht gefährdet war, kann deshalb jetzt nicht berücksichtigt werden. Und das erschließt sich mir nicht. Und davon sind einige Ortskräfte betroffen, sicherlich nicht in Riesenmengen; aber es sind davon Ortskräfte betroffen, die einfach keine Gefährdungsanzeige direkt nach der Beschäftigung gestellt haben, weil sie damals nicht bedroht waren. Und jetzt sagen sie, sie sind bedroht. Und deshalb können die nicht bearbeitet werden.

Also, es findet keine inhaltliche Auseinandersetzung mit diesem Antrag statt. Diese Gefährdungsanzeige wird nach meinem Kenntnisstand überhaupt nicht bearbeitet, weil sie ja auf keinem bürokratischen Boden fußt. Ohne eine bürokratische Regelung gibt es ja dann auch keinen Bedarf, sich damit auseinanderzusetzen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Nur damit ich das verstehe: Also, Ihr Vorwurf ist, dass es nachträgliche Gefährdungsanzeigen von Ortskräften



Nur zur dienstlichen Verwendung

gibt, die nicht zu einer Berücksichtigung im Ortskräfteverfahren führen, weil sie verfristet sind.

Zeuge Marcus Grotian: Genau, ja. Wenn sie 2017 beschäftigt waren und 2020 eine Gefährdungsanzeige gestellt haben, können sie nicht mehr im Ortskräfteverfahren berücksichtigt werden. Genauso, wenn sie Ende - - Wir haben einen Fall, der hat am 23.12.2012 aufgehört zu arbeiten, und sein Kumpel hat noch eine Woche länger gearbeitet oder zwei. Der hat eine Aufnahmezusage gekriegt, der andere wird halt einfach nicht erfasst, weil er aus bürokratischen Gründen außerhalb liegt.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Haben Sie diesen oder andere Fälle zum Gegenstand genommen, bei Behörden nachzufassen?

Zeuge Marcus Grotian: Ja.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Und was ist die Antwort?

Zeuge Marcus Grotian: Ohne bürokratische Regelung kann auch niemand im Verteidigungsministerium irgendwas entscheiden. Dementsprechend ist meine Kommunikationsstrategie ja gewesen, zu politischen Entscheidungsträgern Kontakt aufzunehmen und da zu kommunizieren, wie es auch beim Ortskräfte-Kongress noch passiert ist, wo wir darauf hinweisen, dass diese Regelungen im Ortskräfteverfahren weiterhin die gleichen sind und weiterhin die gleichen Menschen ausschließen und unzureichend sind aus unserer Sicht. Subunternehmer darüber hinaus natürlich auch noch.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Nur wegen der Vollständigkeit unserer Unterlagen - dieser Vorgang ist mir zumindest nicht bekannt, also aus den Akten - meine Frage: Von wann stammt dieser Vorgang? Also wann ist der bei Ihnen aufgeschlagen?

Zeuge Marcus Grotian: Welcher Vorgang?

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Dieser Vorgang, wo Sie sagen: 23.12., zwei Wochen später - -

Zeuge Marcus Grotian: Wir sind in Kontakt mit einigen, die vor 2013 für uns die Arbeit beendet haben und darüber hinaus nicht eine Aufnahmezusage erhalten können. Insofern: Zu verschiedenen Zeiten ist das an uns herangetragen worden.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Sie können es nicht genau einschätzen, so verstehe ich das, wann es gewesen ist; also ob das noch bis August 2021 bei Ihnen aufgeschlagen ist oder erst danach, können Sie - -

Zeuge Marcus Grotian: Davor und danach.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay. - Und können Sie sagen, mit welchen staatlichen Stellen Sie diese Sachverhalte erörtert haben?

Zeuge Marcus Grotian: Mit welchen staatlichen Stellen? - Mit der Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses, mit der Verteidigungsministerin. Wie gesagt, das gehört zur Standardkommunikationsstrategie, die drei Sachen: Familiennachzug, die allgemeinen Regeln, die Ortskräfte ausschließen, also echte Ortskräfte, die nur im falschen Zeitraum oder im falschen Moment keine Gefährdungsanzeige gestellt haben, diese dann für immer nicht mehr stellen können - das erschließt sich mir halt nicht -, und das mit den Zeiten sowie Subunternehmer. Die drei sind quasi jedes Mal, wenn ich mich mit jemandem unterhalten habe auf politischer Ebene - - war das die Fraktionsvorsitzende der Grünen, die Menschenrechtsbeauftragte - - Ja.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Mir geht es nicht darum, mit wem Sie es sozusagen politisch erörtert haben, sondern ob Sie diese Einzelfälle, die Sie kennen, zum Gegenstand genommen haben, denen auch bei Behörden nachzugehen.

Zeuge Marcus Grotian: Ja. Im Verteidigungsministerium auf jeden Fall, bzw. im Einsatzführungskommando habe ich das thematisiert. Aber das sind halt Regeln, die da ja nicht gemacht werden; also nützt es mir ja nichts, mit dem zu reden, der sie umsetzt, sondern ich muss ja dann zu denen gehen, die die Regeln machen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay. - Gut, eine zweite Passage aus diesem Interview beschäftigt sich mit der Gefährdung von Ortskräften. Dazu würde ich auch gerne noch mal nachfassen. Sie schreiben hier, oder Sie lassen sich zitieren mit dem Satz:

Dazu gehören nicht die Ortskräfte, nach denen gesucht wird oder die bedroht wurden. Die seit 17 Monaten regelmäßig ihr Versteck wechseln, immer in der Angst, entdeckt zu werden.

Kann ich daraus schließen, dass Ihnen Einzelfälle bekannt sind ehemaliger Ortskräfte, die in ihrem Land unverändert wegen ihrer Tätigkeit als Ortskraft verfolgt und bedroht werden?

Zeuge Marcus Grotian: Die zumindest sich einem Finden entziehen, indem sie in Verstecken leben und sich nicht in der afghanischen Gesellschaft integrieren können, weil sie sich bedroht fühlen. Mit denen haben wir noch Kontakt, ja.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Die fühlen sich bedroht. Aber gibt es konkrete Übergriffe? Haben die Ihnen gegenüber das geschildert?

Zeuge Marcus Grotian: Übergriffe - auch wieder aus zweiter Hand - auf Familien und Familienangehörige, weil die Personen nicht habhaft sind, wurden uns geschildert und versucht zu beweisen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Sie werden weiter zitiert mit dem Satz:

Mehr und mehr wird aber die Scharia praktiziert, die auch die Ortskräfte mit der Todesstrafe bedroht.

Können Sie uns dazu vielleicht auch einen konkreten Fall schildern, der Ihnen bekannt geworden ist?

Zeuge Marcus Grotian: Darauf basiert das Gesamtbedrohungsgefühl der Ortskräfte, dass sie von den Taliban als eine Fraktion wahrgenom-

men werden, die sich gemäß der Scharia der Todesstrafe auszusetzen hat. Und je mehr die Hardliner regieren und die Scharia da als Werte- und Rechtssystem eingesetzt wird, umso bedrohlicher ist das für unsere ehemaligen Angestellten.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Es geht noch weiter mit dem Zitat:

Es finden immer wieder Hausdurchsuchungen statt, Menschen werden mitgenommen, die vielleicht nicht wiederkommen. Wir hören von Repressalien gegen Familienmitglieder, wenn Ortskräfte nicht gefunden werden.

Sind Ihnen dazu konkrete Einzelfälle bekannt, und könnten Sie davon vielleicht einen schildern?

Zeuge Marcus Grotian: Ich selber bin nicht derjenige, der den Kontakt nach Afghanistan hält derzeit; deshalb kann ich das persönlich nicht. Ich habe allerdings in meinen Gesprächen mit der gesamten Zivilgesellschaft diesen Eindruck deshalb geäußert, weil mir verschiedene Verbänden, die alle langjährige Afghanistan-Erfahrungen haben und Menschen vor Ort unterstützen - nicht Ortskräfte -, das auch bestätigt haben, sodass es für mich keine Einzelwahrnehmung von ein paar Ortskräften mehr war, sondern ein Gesamtbild, was sich auch mit den Aussagen vieler bestätigt, und deshalb habe ich mich so zitieren lassen. Ich persönlich habe in wenigen Fällen davon gehört; aber da habe ich in meinem Verein durchaus Menschen, die viel besser dazu Stellung nehmen könnten. Aber die vorliegenden Informationen haben gereicht, dass ich mich so äußere.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Vielen Dank. - Dann beschäftigen Sie sich dankenswerterweise mit einer Erkenntnis des Untersuchungsausschusses, nämlich zu der Frage: Kapazitäten für Visavergabe. - Das ist auch in diesem „Focus“-Interview. Und Sie haben sich auch zu der Frage „Visavergabe“ schon früher mal geäußert, also zum Beispiel in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 09.08.2021. Da haben Sie angesprochen, dass zum damaligen Zeitpunkt, also im August 2021, 2 000 Menschen auf ein Visum



Nur zur dienstlichen Verwendung

warten würden. Können Sie zum Thema „Visa-vergabe“ uns vielleicht noch mal Ihren Eindruck schildern aus diesem Zeitraum, wie problematisch, kompliziert und erreichbar das Erteilen eines Visums für die Ausreise ehemaliger Ortskräfte war?

Zeuge Marcus Grotian: Ja. Der Rückbau des Kontingents in Masar-i-Scharif machte dem Einsatzkontingent eine Unterstützung von Ortskräften, die dann in der erweiterten Gruppe der Ortskräfte auch Zugang zu einem Visum hätten bekommen können oder sollen, nicht mehr möglich. Deshalb wurden ja die bürokratischen Mittel installiert. Es sollten zwei IOM-Büros, eins in Masar-i-Scharif, eins in Kabul, installiert werden, um dort vorstellig zu werden, um dort die Schritte, die zum Erstellen eines Visums nötig sind - - Und ohne, dass man irgendwo vorstellig ist und biometrische Daten abgibt, war in meinem Verständnis damals es nicht möglich. Deshalb haben wir alle darauf gedrängt und gehofft, dass diese Büros entstehen.

Es zeigte sich dann, dass im Laufe der Zeit die Sicherheitslage in Masar-i-Scharif zwar so sicher war, dass wir gesagt haben: „Wir lassen unsere Leute zurück“, aber IOM gesagt hat: Aber wir machen da kein Büro mehr auf. - Das führte dann dazu, dass wir innerhalb Afghanistans nach Kabul evakuiert haben in der Hoffnung, dass dort das Büro anfängt zu arbeiten. Wir haben Ortskräfte, die an dem fraglichen Gebäude vorbeigegangen sind, uns Fotos geschickt haben, dass da gemalt wurde und dass es Ausschreibungen gab, was auch immer.

Ich habe nachträglich in Aussagen in der Bundespressekonferenz vernommen, dass es 14 Visaverfahren gegeben hat, die angeblich in dem Büro in Kabul angefangen wurden. Mich würde sehr wundern, wenn das mehr war als eine Terminvergabe für irgendwann, 18., 19. August; denn das Büro hat nach meiner Kenntnis nie geöffnet. Und dementsprechend hat auch nie eine Vorbereitung eines Visumverfahrens angefangen, außer vielleicht einer Terminvergabe; aber da möge ich mich auch irren. Wenn die 14 Visa tatsächlich entstanden wären, würde mich das trotzdem anhand der Zeit sehr wundern, und sie wären völlig

unzureichend anhand der Menge der Menschen, die da gewartet haben.

Und es war übrigens auch relativ schnell klar, dass ein Büro mit der Quadratmeteranzahl, wie es in Kabul geplant war, und der Anzahl an Menschen - - Selbst wenn die 24/7 gemacht hätten, hätte man bis Dezember gebraucht, um die wartenden Ortskräfte alle auch nur einmal zu sehen, „Hallo“ zu sagen und vielleicht einen Fingerabdruck zu nehmen. Wir fanden damals schon, dass das Zeitfenster dafür sich zu schnell schließt. Aber gut, das war unsere Wahrnehmung.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Mich interessiert jetzt noch mal sozusagen bis Sommer 2021, also nachdem in Masar-i-Scharif keine Bearbeitung von Visa mehr stattfinden konnte. Nach dem Anschlag auf die Botschaft in Kabul wurde das Visumverfahren ja ausgegliedert in die deutschen Botschaften in Neu-Delhi und Islamabad: Haben Sie Kenntnis davon, wie dieses Visumverfahren lief? War das erreichbar für die Ortskräfte?

Zeuge Marcus Grotian: Also, Neu-Delhi war aus meiner Erinnerung in dem fraglichen Zeitraum geschlossen und öffnete Monate später; insofern gab es auf jeden Fall keine handhabbaren Wege, um an diesen Visaverfahren teilzunehmen. Das war meine Wahrnehmung von der ganzen Geschichte.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Jetzt wären wir eigentlich am Ende.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ach so, okay.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann wechselt das Fragerecht zu den Grünen. Kollege Wagener.

Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Ich mache weiter mit konkreten Einzelheiten zum Ortskräfteverfahren und wie sie funktioniert haben. Vorhin haben Sie schon mal angesprochen das Bawar Media Center und die Vorgänge darum und die Nachricht, die Sie an den Generalinspekteur geschrieben haben, und dann die abschlägige Antwort, die Sie vom



Nur zur dienstlichen Verwendung

stellvertretenden Generalinspekteur dazu bekommen haben. Sie selber haben ausgeführt, dass Sie die Hintergründe dieser negativen Antwort nicht kennen, auch wenn es dann am Ende anders ausgegangen ist. Ich kann Ihnen da weiterhelfen mit den Hintergründen der negativen Antwort; denn das findet sich tatsächlich in einem Dokument des Verteidigungsministeriums. Das ist MAT A BMVg-4.267, Blatt 39, und da zitiere ich aus der Vorlage des Referats SE II 1 zu dieser Anfrage von Ihnen:

Grundsätzlich wäre eine Berücksichtigung der Mitarbeiter des BMC im OKV als Ausnahmeregelung möglich. Im Rahmen der Gleichbehandlung aller Vertragsnehmer, welche wiederholt eine Berücksichtigung ihres Personals im OKV beantragt haben, wurde ~~intern~~ seitens SE II 1 entschieden, auch die Mitarbeiter des BMC nicht in das OKV aufzunehmen.

Also, das ist sozusagen der ministeriumsinterne Hintergrund. Wie ist Ihre Einschätzung - auch wenn das möglicherweise eine rhetorische Frage ist; aber es wäre trotzdem nett, wenn Sie es noch mal aus Ihrer Sicht schildern könnten -: Konnten Sie damals die Entscheidung nachvollziehen, dass die BMC-Mitarbeiter keinen Zugang zum OKV bekommen sollen und grundsätzlich eine Unterscheidung zwischen direkt Beschäftigten und Subunternehmern oder Werkvertragsnehmern gemacht wurde?

Zeuge Marcus Grotian: Anhand der Tatsache, dass ich das ja einmal der Bundeskanzlerin und einmal dem Generalinspekteur geschrieben habe, können Sie sehen, dass ich damit nicht sonderlich zufrieden war und ja auch darum gebeten hatte, das Verfahren dementsprechend zu ändern: einmal Subunternehmer zu berücksichtigen und das andere Mal wenigstens eine Ausnahmeregelung bezüglich der Ortskräfte in dem Mediacenter, weil aufgrund der mir vorliegenden Kenntnisse gab es dort - und das hat ja dann offenbar auch irgendwann dazu geführt, dass man das neu bewertet hat - durchaus Hinweise, dass die Männer und Frauen in dem Mediacenter ja

eben nicht so völlig vor sich hin Journalisten-sachen gemacht haben, sondern vielleicht doch irgendwie so ein bisschen in unserem Sinne, und ja - - Aber das sind dann natürlich Mutmaßungen.

Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön. - Können Sie einmal schildern, was für Aufgaben Subunternehmer oder Werkvertragsnehmer für die Bundeswehr ausgeführt haben - jetzt jenseits des BMC; das hatten wir ja schon als Beispiel -, was für Tätigkeiten das waren?

Zeuge Marcus Grotian: Im Rahmen der Polizeiarbeit gibt es offenbar Bildungs- oder Weiterbildungsmaßnahmen, die von vielen - - oder oft auf Subunternehmer ausgelagert sind, und im Wesentlichen dann die Bausachen, die bei der Bundeswehr - - wenn man eine Kirche baut oder ein Gebäude baut, was hinterher als Kirche genutzt wird oder als Raum der Stille und, sagen wir mal, in einem christlichen Rahmen genutzt wird. Das sind zum Beispiel welche; aber das lässt sich natürlich jetzt gerade schwer sagen, wie es aktuell gehandhabt wird, weil mir in Mali nicht klar ist, was zum Beispiel da die Ortskräfte - - was ausgelagert wurde. Aber man kann sich das ja weiterspinnen: Sicherheitskräfte, also wer unsere Lager bewacht, ob man die direkt anstellt, oder man stellt ein Sicherheitsunternehmen ein; das ist ja einfach gemacht. Also den Zwischenschritt umzu- - oder das outzusourcen auf Subunternehmer, wäre ja einfach möglich in vielen Bereichen, sei es Küche, Reinigung und was auch immer.

Bei Journalismus hat man es da halt gesehen, wie ich fand halt, in einer Position, die schwierig ist. Ich weiß aus dem amerikanischen Kontext, dass die Übersetzer zum Beispiel - - Nachdem man sich so lange rumärgern musste mit Soldaten, die offenbar ein Verhältnis, Vertrauensverhältnis, zu ihren Übersetzern aufbauen, soll das amerikanische Militär jetzt Firmen beauftragen, die dafür sorgen, dass die Übersetzer nur eine Woche da sind, und dann tauschen die durch. Alles Sachen, alles Vorstellungen, die ich nicht abwegig halte, dass man sie umsetzt aus den bürokratischen Rahmenbedingungen, die man hat, und



Nur zur dienstlichen Verwendung

das möchte ich gerne - - zumindest, dass man dadrauf achtet.

Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt aber - also ich verstehe jetzt richtig? -: Grundsätzlich sind es viele Tätigkeiten, die sowohl als Direktbeschäftigte ausgeführt werden können und auch ausgeführt werden bzw. - ich muss ja in der Vergangenheit formulieren, geht ja um den Untersuchungszeitraum - damals ausgeführt wurden, als auch teilweise über Werkverträge? Also man kann es gar nicht so genau immer anhand der Tätigkeit unterscheiden, das eine wird nur so gemacht, das andere nur so?

Zeuge Marcus Grotian: Ja.

Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat sich aus Ihrer Sicht eine Änderung der Gefährdungslage ergeben für die Personen, abhängig davon, in welcher Art von Vertragsverhältnis Sie zur Bundesrepublik Deutschland standen?

Zeuge Marcus Grotian: Das erscheint mir lebensfern und unrealistisch.

Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mir auch, aber ich wollte Ihre Einschätzung hören.

(Heiterkeit)

Sie haben eben das Thema Kirchenbau angesprochen. Da beziehen Sie sich ja wahrscheinlich auf den Kirchenbauer im Camp Marmal. Können Sie das näher schildern, worum es dabei ging.

Zeuge Marcus Grotian: Sie werden lachen, es gibt mittlerweile mindestens zwei, mit denen ich schon im Kontakt war, oder mit dessen Fällen ich mich auseinandersetzen musste. Insofern: Es geht darum, dass Gebäude gebaut werden, die hinterher im kirchlichen oder christlichen Kontext genutzt werden wohl, und das dann eine besondere Schwere irgendwie in der Scharia als Strafe nach sich zieht. Das sind die Rahmenbedingungen, die wir in mindestens zwei Standorten schon hatten, wo mir jetzt bei beiden aber nicht gewahr ist, wie die Situation der Subunternehmer direkt vor Ort

ist. Es ist in dem Fall halt schwierig, dem Subunternehmer zu sagen, er soll sich an seinen Chef wenden, weil er ist selber der Chef. Er ist der Chef der Firma, der sagt: Ich werde jetzt hier bedroht. - Dann endet ja dann auch quasi die Hierarchieebene.

Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Dann gehe ich zum nächsten Thema im Ortskräfteverfahren. Sie haben vorhin geschildert, in Ihrem einleitenden Statement, dass die Begleitung von Familienangehörigen zum Teil auch nur in - - Ich weiß gar nicht, ob Sie „homöopathische Dosen“ gesagt haben. Jedenfalls war das Wort „homöopathisch“ dadrin. Ich habe es mir deswegen gemerkt, weil wir hier schon einmal im Untersuchungsausschuss darüber gesprochen haben, dass die Bundesregierung das Parlament in homöopathischen Dosen über die Entwicklung der Sicherheitslage informieren wollte, und deswegen habe ich mir das eingepägt, dass Sie diesen Begriff gerade verwendet haben.

Können Sie uns vielleicht erläutern, wer mit den gefährdeten Personen ausreisen durfte, und vielleicht dann gleich dabei eine Einschätzung oder einmal die Erläuterung, wie eben dieser Begriff „Kernfamilie“ seitens der Ministerien definiert wurde, und ob das nach Ihren Erfahrungen den Gepflogenheiten und der Sichtweise in Afghanistan entspricht, wie man Familie definieren würde.

Zeuge Marcus Grotian: Also erst mal: Ausreisen darf, wenn man beim Gefährdungsantragstellen direkt sagt, die Familie soll mit ausreisen. Dann darf die *eine* Ehefrau - die Hauptehefrau oder wie auch immer, eine Ehefrau - - und die minderjährigen Kinder finden dort Berücksichtigung. Übrigens auch Ehemann, wenn es eine weibliche Ortskraft war, davon mal ab. Das war deshalb ein Problem, weil die Menschen, die 2014/15 Aufnahmezusagen gekriegt haben, manchmal gesagt haben: Ich reise erst mal vor und hole euch dann nach. - Das war ein Fehler, den sie danach lange und bitter bereut haben, weil der Familiennachzug in den erwähnten homöopathischen Mengen eben nicht sie in irgendeiner Form berücksichtigt



Nur zur dienstlichen Verwendung

oder bevorzugt, sondern sie sich einfach anreihen, und alle da irgendwie sehr lange drauf warten müssen.

Dann ist grundsätzlich der Kontext der Familie in Afghanistan natürlich ein anderer. Das sind quasi Definitionen, die wir hier ja nutzen. Die Kernfamilie: Ich habe das so verstanden, dass das - vor dem Europäischen Gerichtshof wurde das mal - - das absolute Mindestmaß, um die muss man sich kümmern, sein sollte. Ich fand das immer irgendwie komisch, dass man das als unseren Standard nimmt. In anderen Ländern macht man das anders, aber vor allem auch in Europa. Also der Europarat hat sich entschieden, die Ortskräfte, die für die Bundes- - die europäische Polizeimission gearbeitet haben - - dort auch die Großeltern, Schwestern und andere, und auch volljährige Kinder im Übrigen, mit zu berücksichtigen, automatisch, während bei uns volljährige Kinder halt automatisch erst mal nicht dazugehören.

Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Da würde ich auch später noch mal drauf zurückkommen auf die Frage, wie im internationalen Vergleich damit umgegangen wurde.

Ich muss natürlich eine kurze Präzisierung gerade anbringen zu meiner Einleitung, zu den „homöopathischen Dosen“: Diese Mitteilung war nicht aus - - vom Kreis, also bei der Unterrichtung des Parlaments von einem Mitglied der Bundesregierung, sondern ausschließlich aus einem internen Kommunikationsablauf in einem Verwaltungsapparat eines Bundesministeriums, von einem Mitarbeiter, so geäußert. So war, glaube ich, der Vorgang damals. Nur damit das bei Ihnen nicht falsch hängen bleibt, wie die homöopathischen Dosen eingeführt wurden hier.

Ich komme zur Frage der Transparenz des Ortskräfteverfahrens. Würden Sie jetzt aus Ihrer Sichtweise die Schritte des Ortskräfteverfahrens als transparent, auch für die betroffenen Ortskräfte, bezeichnen, also dass sie auch selber wussten, was sie genau tun müssen? Wenn sie nicht transparent waren: Warum waren sie nicht

transparent? Wissen Sie, ob Ortskräfte, deren Anträge abschlägig entschieden wurden, eine Möglichkeit hatten, sowohl rechtlich als auch praktisch, Rechtsmittel dagegen einzulegen?

Zeuge Marcus Grotian: Also, die Transparenz war zumindest in Zeiten, wo man einen Ansprechpartner vor Ort hat - - Mit einem Einsatzkontingent ist das natürlich relativ transparent, und man weiß, man muss sich an seinen ehemaligen Arbeitgeber wenden. Die Transparenz lässt dann natürlich nach, wenn der Arbeitgeber nicht mehr da ist und man dann darauf wartet, wohin man sich wenden soll. Das war ja dann das Ergebnis im Sommer 21, wo die Leute eben nicht wussten, wie es funktioniert, selbst Visaträger im Land verblieben sind, weil sie auf Informationen gewartet haben, weil sie den Ansprechpartner nicht hatten. Das war eine Verkettung von vielen Punkten, die dort im Bereich der Transparenz sehr mangelhaft waren und die wir dann halt auch als Engagement, als privates, ja auch versucht haben irgendwie zu überbrücken, um mehr Transparenz herzustellen, während wir gleichzeitig versucht haben, die politischen Entscheidungen zu beeinflussen.

Das Zweite war?

Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Rechtsmittel.

Zeuge Marcus Grotian: Rechtsmittel, ja. Rechtsmittel sind in einem Verfahren wie diesem hier nach meinem Kenntnisstand nicht anhängig oder möglich, weil es ja eine freiwillige Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland ist. Und wenn die die nicht ausspricht, dann gibt es da auch keine Möglichkeiten gegen. Das ist zumindest mein Sachstand.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann wechselt jetzt das Fragerecht zur AfD.

Stefan Keuter (AfD): Vielen Dank. - Herr Grotian, wir machen weiter. Wir hatten ja vorhin schon mal den Namen Zalmay erwähnt, und ich würde Ihnen gerne aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes einen stillen Vorhalt machen, Ihnen einmal ein Bild zeigen, und dann möglicherweise



Nur zur dienstlichen Verwendung

bestätigt bekommen, dass wir über dieselbe Person arbeiten. Für das Protokoll: Es handelt sich hier um einen ntv-Artikel, der unter MAT A BMVg-5.22, Blatt 23 zu finden ist.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Entschuldigung. - Das müsste in der Form erfolgen, dass man das von oben nicht sehen kann, bitte.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
nimmt kurz Einblick)

Vielleicht gehen Sie sonst nach hinten, wenn Sie sich das angucken, damit das - -

Zeuge Marcus Grotian: Ich habe es angeschaut und umgedreht.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Also, dann vielleicht, bevor Sie antworten: Generell bitte, wenn stille Vorhalte gemacht werden: Die sind nur dann still, wenn man das nicht einsehen kann von irgendeiner Seite. - Herr Kollege.

Stefan Keuter (AfD): Ist das dieser Zalmai A., mit dem Sie zusammengearbeitet haben?

Zeuge Marcus Grotian: Ja.

Stefan Keuter (AfD): Zu dieser Person habe ich in diesem ntv-Artikel dann - der ist frei im Internet zugänglich - dieses besagte Bild gefunden und auch einige weitere Informationen aus anderen Aktenlagen. Er hat beispielsweise - unter MAT A BMVg-5.128, Blatt 94 - behauptet, für das KSK „Augen und Ohren“ gewesen zu sein, und hatte dann später als Teamleiter in den sogenannten Safe Houses gearbeitet - MAT A AA-8.80, Blatt 158. Mich würde es interessieren, wie Sie diese Person beschreiben, wie Sie ihn kennengelernt haben und wie Sie seiner Person und seiner Familie geholfen haben, nach Deutschland zu kommen.

Zeuge Marcus Grotian: Sehr gerne.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Herr Kollege, Entschuldigung, Sie können gleich antworten. -

Wenn Sie das bitte umdrehen können, man kann das von dort oben sehen. - Bitte schön.

Zeuge Marcus Grotian: Sehr gerne. - Der Herr Zalmai hat sich nach meiner Erinnerung schon vor Juli/August 21 an mich gewandt mit einer Geschichte, die so abwegig und hanebüchen und an den Haaren herbeigezogen war, dass ich ihm gesagt habe, ich kann ihm nicht helfen und dass ich es auch nicht als wahrscheinlich betrachte, dass er eine Ortskraft ist, und ich mich deswegen nicht mehr mit ihm darüber auseinandersetze, weil er mir Geschichten erzählt hat von einer Beschäftigung unter der Hand und ohne Verträge etc., die ich alle für, ja, nicht nachweisbar und deshalb - - Für meinen Verein war da der Punkt, wo ich gesagt habe - oder ich das auch entschieden habe -: „Gut, jemand, der nicht irgendwie zeigen kann, dass er für Deutschland gearbeitet hat, da ist jetzt mein Interesse überschaubar“ - - und habe dementsprechend mich auf die Ortskräfte konzentriert, so wie es in der Vereinsatzung steht.

Es gab dann aber im Laufe der Zeit - zwei-, dreimal hatte ich mit dem jungen Mann Kontakt - - Im Rahmen der Safe-Häuser war er auf jeden Fall irgendwie mit drum herum oder mit dabei. Er war in Kontakt mit Menschen, die Ortskräfte sind, und hatte dann auch Kontakt zu Ahmad Sultani, der auch - glaube ich, mich zu erinnern - immer bestätigt hat, er wäre eine Ortskraft. Anyway, hat für mich erst mal keine weitere Relevanz gehabt, bis zu dem Moment, wo der Ahmad Sultani eine Aufnahmezusage im Juli 21 von den Niederländern bekommen hat und damit mein Ground Force Commander, mein Ansprechpartner aus Deutschland, quasi das Land verlassen sollte. Ich glaube, parallel dazu oder davor gab es einen Bericht im „Spiegel“. Irgendwoher gab es auf jeden Fall journalistische Arbeit, die all die wilden Geschichten, die ich für unrealistisch gehalten habe, weil er sie nicht beweisen konnte - - die das irgendwie belegt haben.

Daraus war nicht nur große Überraschung - - Aber dann war für mich der Punkt erreicht, wo die Indizien, die ich hatte, dass er tatsächlich als Ortskraft für Kontingentsoldaten tätig war, egal aus welcher militärischen Branche - - Habe ich



Nur zur dienstlichen Verwendung

gesagt: Gut, dann ist er erst mal als Ortskraft bei uns ja richtig.

Er war darüber hinaus mit einem sehr guten Deutsch ein sehr guter Vermittler, nachdem der Herr Sultani das Land verlassen hat. Und Herr Sultani hat ihn ausgewählt unter den vorhandenen Ortskräften und hat gesagt: Der kriegt das hin; das ist mein Ansprechpartner, das ist mein Stellvertreter bzw. mein Nachfolger.

Damit war ich dann so weit fein und habe gesagt: Prima, dann habe ich hier jemanden, da muss ich nicht Englisch sprechen, sondern kann Deutsch reden. - Ich habe daraufhin, ich glaube, andert-halb Wochen mit ihm noch die Safe-Häuser-Organisation - - wobei, neu aufgemachte Safe-Häuser habe ich mir jedes Mal immer einen weiteren Ansprechpartner, sodass jeder nur für ein Safe-Haus Ansprechpartner war - - Und er war also der Ansprechpartner für eine Zeit lang für ein, zwei Safe-Häuser, vielleicht drei. Aber es wurde dann - - Eigentlich wollten wir das dann transferieren, die Verantwortung.

Er hat sich im Zuge der Evakuierungs- - des Starts der Evakuierung hat er noch die Führung da innegehabt. Eines Morgens hat er nicht mehr geantwortet, und ich habe dann von einem Journalisten erfahren, dass er auf einem Flugzeug auf dem Weg nach Deutschland sei. Ich fand das persönlich, wie einige der Ortskräfte auch, schade, dass er nicht einen Nachfolger oder eine Übergabe oder wie auch immer gemacht hat.

Insofern, das Nächste, was ich dann gehört habe, war deutlich nach Ende der Evakuierungsoperation. Ich habe mal gehört, dass er am Flughafen in Deutschland in Gewahrsam genommen worden sein soll. Und ich habe weit nach dem Ende des Ganzen, drei, vier, fünf Monate - - hat er sich einmal kurz bei mir gemeldet, und ich hatte dann aber auch keinen verstärkten Kommunikationsbedarf mehr da. - Das ist so weit, wie ich die Geschichte um Herrn Zalmai gewahr bin.

Stefan Keuter (AfD): Das war wohl ein schwerer Junge. Wenn ich mir die MAT A BMVg-5.22, Blatt 27 ff. anschau, ist davon die Sprache, dass

er wohl nach Deutschland eingereist ist, hier unter mehreren Identitäten, drei verschiedenen Identitäten, auffällig war und aufgefallen ist, rechtskräftig verurteilt wegen schwerer räuberischer Erpressung, bewaffnetem Diebstahl, Nötigung, Beleidigung, Verstoß gegen das Betäubungsmittelgesetz, Fahren ohne Fahrerlaubnis und dann wohl auch abgeschoben worden ist.

Zu diesen Räuberpistolen, von denen Sie eben sprachen: Auch die habe ich in der Aktenlage gefunden; MAT A BMVg-4.255, Blatt 194. Er war wohl auf der ISAF-Sperrliste, und er soll wohl eine Zeit lang offiziell von der Bundeswehr beschäftigt worden sein, dann wohl gekündigt worden sein und dann angeblich unter der Hand weiterbeschäftigt worden sein. Es ist von Zahlungen zwischen 200 US-Dollar im Monat bis 4 500 die Rede, wo sich selbst Verfasser von E-Mails in der Aktenlage darüber gewundert haben, wie es zu so hohen Zahlungen kommt. Wie gesagt, ISAF-Sperrliste.

Deshalb meine abschließende Frage in dieser Runde an Sie: Hatten Sie das Gefühl, dass Ihr Verein missbraucht worden ist von Personen, die eigentlich keine Aufenthaltsberechtigung in Deutschland hätten, und haben Sie irgendwelche Schutzmaßnahmen damals getroffen, solche Fälle nicht zu unterstützen, wieder nach Deutschland zu kommen?

Zeuge Marcus Grotian: Grundsätzlich war die Informationslage so, dass ich anhand vieler Aussagen von ihm persönlich, die sich mit Personen, die ich im Militär kenne, decken - - dass eine so große Dichte an Informationen vorlag, dass ich ausschließen konnte, dass er nicht [sic!] wirklich mal für uns gearbeitet hat.

Ich habe mich damals nicht wirklich gefragt, was er in Afghanistan macht, weil ich kümmere mich in der Zeit nur um Afghanen, die in Afghanistan waren. Insofern war das jetzt für mich nicht besonders verwunderlich. Es gab aber Gespräche, wo es darum ging, wo auf ministerieller Ebene mir offenbart - - Nein, nicht auf ministerieller - - Im Verteidigungsministerium gab es Gespräche über diesen Fall, wo es darum ging, dass es da of-



Nur zur dienstlichen Verwendung

fenbar einen Ausreise- - oder dass er mal abgeschoben wurde - ich weiß nicht, ich meine mich zu erinnern, als Jugendlicher; ich habe keine Ahnung - und dass das ein Problem sei und man daran aber arbeiten würde. Aber mehr habe ich darüber nicht erfahren.

Für mich war dann das Ergebnis, dass er offenbar von Einsatzkräften identifiziert wurde - - Oder: Irgendwie muss er ja durch diese - - Ich komme ja nicht einfach so in so ein Flugzeug. Es muss ja jemand da vorne gewesen sein, der gesagt hat: Den nehmen wir mit. - Das war die schwere Last, die wir den Soldaten und Soldatinnen aufgebürdet haben - - und hinterher natürlich auch feststellen, dass das vielleicht in dem ganzen Chaos dann hinterher zu kritischen oder kritikwürdigen Entscheidungen gekommen ist. Wenn ein Einsatzsoldat da unten steht und sagt: „Den nehme ich jetzt mit“, dann hat er da eine Entscheidung getroffen, oder dann treffen die Männer und Frauen da Entscheidungen. Das hat die Bevölkerung ihnen dann auferlegt.

Ich selber wusste nichts davon, dass er sich in Sicherheit bringt, und ich hatte eigentlich die Sicherheit - - Oder: Nach den ersten Gesprächen, wo es um den Herrn Zalmai ging, war mir eigentlich klar, er wird zurückbleiben. Und warum er dann im Flugzeug sitzt - - hat für mich dann zwar Sinn gemacht. Und auch dass er dann hinterher ins Gefängnis, also erst mal in eine Untersuchungshaft - wurde mir berichtet -, kommt, hatte aus meiner Sicht zumindest die Sicherheitsbedenken, die da entstehen, bei so einem Vorgang, zumindest - - Er ist nicht hier aufgeschlagen und losgelaufen, sondern das hat man sich angeguckt, staatlicherseits, und irgendjemand hat ihn mitgenommen, und ob diese Entscheidung vorher getroffen wurde, den Vermerk zu ändern oder nicht, weiß ich nicht. Für mich war er auf einmal einfach weg und dann in Deutschland und hat sich Monate später wieder gemeldet. Er wollte dann irgendwelche Interviews geben. Ich habe ihm dazu keine Plattform gegeben, und damit war für mich dieser Fall, ja, erledigt.

Stefan Keuter (AfD): Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Danke schön. - Das Fragerecht geht zur FDP.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Vielen Dank. - Herr Grotian, ich möchte gern da noch mal ansetzen, wo mein Kollege vorher aufgehört hat, bei den Safe Houses. Vielleicht könnten Sie noch mal darauf eingehen. Sie haben ja gesagt, Sie hätten 400 Menschen dort aufgenommen. Waren das Menschen, die schon Aufnahmezusagen zu Deutschland hatten? Vielleicht könnten Sie da einfach noch mal skizzieren, wer das sozusagen war.

Zeuge Marcus Grotian: Das waren nur zum geringen Teil Menschen, die schon Aufnahmezusagen hatten, sondern das waren Menschen, die in dem Zeitraum von 2013 bis 2021 in irgendeiner Phase gearbeitet hatten und bisher nicht vom Ortskräfteverfahren berücksichtigt wurden, die also Hoffnung hatten, dass die Regeländerung am 16.06. ihnen dazu verhelfen würde, in Sicherheit zu kommen, und dann quasi auf eine Aufnahmezusage und ein Visum gehofft haben. Im Zuge dessen haben wir die 400 Menschen - - Oder: Die Menschen, die wir versucht haben zu unterstützen, hatten alle in irgendeiner Form diese Hoffnung oder konnten das uns so glaubhaft machen, dass sie dann und dann für ein Ministerium gearbeitet haben, wo wir gesagt haben: Du bist Ortskraft und aus meiner Sicht sogar eine, die eine Aufnahmezusage kriegen sollte. - Wobei wir auch Menschen da hatten, die ohne diese Hoffnung losgezogen sind, weil sie in einem Ministerium tätig waren, wo nicht der Zeitraum erweitert wurde. Ich meine, im BMZ ist das so. Im BMZ ist jemand, der 2019 für das BMZ gearbeitet hat und dann aufgehört hat halt nach zwei Jahren - - Funktioniert halt auch immer noch nicht, aber ja. Insofern, das war der Personenkreis.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Wie viele von diesen 400 Menschen ist es - - Bei wie vielen von denen ist es Ihnen gelungen, die dann nach Deutschland zu bekommen?

Zeuge Marcus Grotian: Ich kriege das immer nur bei irgendwelchen Treffen oder so was kurz mit, wenn mir jemand sagt: Ich war übrigens im Safe



Nur zur dienstlichen Verwendung

House. - Dann freue ich mich sehr. Ich habe keine Ahnung, ehrlich gesagt, wie viele. Wir haben doch mittlerweile eine beträchtliche Anzahl davon in Deutschland, so würde ich behaupten. Das liegt auch daran, dass im Dezember 21 dann noch mal eine deutliche Anzahl an Aufnahmezusagen, also auch für diese Personengruppe, sie erreicht hat, und damit dann halt auch die Grundsteine gelegt wurden, dass man das Land überhaupt verlassen kann. Insofern kann ich das nicht sagen. Ich weiß nur anekdotisch, dass mir immer wieder Menschen begegnen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Danke. - Inwieweit hatten Sie in der Zeit das Gefühl, staatliche Aufgaben zu übernehmen, also Aufgaben, die eigentlich originär der deutsche Staat hätte machen sollen, und, wenn ja, können Sie dafür konkrete, vielleicht auch unterschiedliche Beispiele nennen?

Zeuge Marcus Grotian: Na ja, wir haben eine Quasi-Evakuierungsoperation. Von Safe-Häusern, inklusive Verbringung zu Flughäfen, inklusive gecharterten Maschinen bis zum Landen in Leipzig und Übergabe an die Bundespolizei hatten wir alles vorbereitet. Insofern, das ist jetzt schon so ein bisschen ähnlich wie das, was ich beim Militär hätte machen sollen. Insofern ja, die Diskrepanz entsteht ja dadurch, dass es eine Personengruppe gab, wo der Staat sagt: Für die sind wir so nicht zuständig. - Das ist ja meine Kritik. Dass wir das dann trotzdem machen - - kann man ja sagen: Das ist dann ja Ihr persönliches Problem. - Aber es ist halt für eine Personengruppe, wo wir sagen, die müssten eigentlich dazugehören, und dann müsste es auch staatliche Mittel und staatliche Überlegungen geben und Ressourcen. Das war jetzt in dem Fall nicht so. Und dann finde ich es immer unschön, wenn man nur sagt: „Das ist alles doof“, sondern dann versuchen wir halt, auch ein bisschen Teil der Lösung zu sein, und das war dann der Ausfluss davon.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Sie haben ganz am Anfang gesagt, es hätte strategische Gründe, Ihrer Ansicht nach, gegeben, dass gewisse Gruppen einfach zurückgelassen wurden. Was waren das aus Ihrer Sicht für strategische Gründe?

Zeuge Marcus Grotian: Ich meine, hier vor dem Untersuchungsausschuss wurde gesagt, dass die Lage in Afghanistan sehr fragil war und eine Evakuierungsoperation oder eine Evakuierung von Ortskräften, die Befürchtungen - - den Run zur Tür hätte geöffnet, und man das deshalb, aus strategischen Gründen, nicht betrachtet hat. Das war, meine ich, ich glaube, der stellvertretende Sicherheitsbeauftragte oder - - In einem Interview habe ich das so wahrgenommen von jemandem, der auf die Frage „Was wurde getan, um die Ortskräfte zu evakuieren?“ - - dass das im Wesentlichen jetzt kein To-do war, weil man das aus strategischen Gründen halt nicht in Betracht gezogen hat.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Danke. - In der Debatte um den Schutz der Ortskräfte gab es eine Kleine Anfrage von meinem FDP-Kollegen Wieland Schinnenburg in der letzten Legislaturperiode - das ist MAT A BMI-5.111 VS-NfD, Blatt 145 - vom 28.06.2021. Die Antwort war:

Die Bundesregierung ist der Auffassung, dass sie der Fürsorgepflicht gegenüber ihren aktuellen bzw. ehemaligen afghanischen Beschäftigten mit den derzeit gültigen Bestimmungen auch nach Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses gerecht wird. Eine Nachsorgepflicht gegenüber Ortskräften gibt es weder im Arbeits-, noch im Aufenthalts- noch im Völkerrecht.

Das war im Juni 2021. War Ihnen diese Position der Bundesregierung damals bekannt?

Zeuge Marcus Grotian: Ja.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): War diese Position der damaligen Entwicklung in Afghanistan angemessen?

Zeuge Marcus Grotian: Nein.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Was hätte die Bundesregierung aus Ihrer Sicht stattdessen machen sollen?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Marcus Grotian: Also, ich habe den Eindruck, dass die Arbeitsverträge in einer rechtlichen Grauzone geschlossen werden, wo auf der einen Seite ein deutscher Staat, vertreten von vielen Anwälten und Regularien und durchaus juristischem Know-how, mit einer Einzelperson in einem Land einen Vertrag abschließt, der diese Person grob über den Tisch zieht, weil er die Rechte, die dadrin formuliert sind quasi - - eigentlich sind die meistens gar nicht vorhanden, und wenn, dann müsste er sie innerhalb von drei Monaten vor dem Arbeitsgericht in Bonn nachweisen und darlegen. Im Übrigen ist der Vertrag nur in Deutsch gültig. Die meisten unserer Ortskräfte sprechen kein Deutsch.

Das sind alles Rahmenbedingungen, wo ich sage: Da fällt es mir schwer, ein Gleichgewichtsverhältnis, also dass der auch nur irgendwie eine Chance hat, seine Rechte wahrzunehmen, zu erkennen, zumal, wenn er danach denn irgendwie sagt: „Ich habe hier ein Problem mit dem Arbeitsvertrag“, kann jederzeit gekündigt werden.

Also, der Ahmad Sultani, der hatte, als er 2018 gefeuert wurde, einen Arbeitsvertrag von ISAF. ISAF ist da schon lange beendet gewesen. Es war ein Vier-Wochen-Vertrag, der immer - - wo drinstand: Wenn wir dich nicht kündigen, dann verlängert er sich um weitere vier Wochen. - Jetzt erzählen Sie mir, wie er auch nur ansatzweise eine juristische Auseinandersetzung gegenüber seinem eigenen Arbeitgeber auch nur anstreben könnte, ohne seine eigene Verlängerung des Arbeitstitels etc. zu riskieren. Das sind alles für mich Rahmenbedingungen - zumal dann der Ansprechpartner in Bonn sitzt; also, ich müsste ja in Bonn Klage erheben aus einem afghanischen Einsatzland -, die für mich ausschließen, dass diese Menschen ihre Rechte wahrnehmen können. Dadurch entsteht eine Situation, die ich so - - deshalb kritisiere. Die haben keine Chance.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Wir hatten im Dezember einen Zeugen vom BMZ, der zur Frage nach der Beschäftigung von Subunternehmern mit Blick auf Ortskräfteevakuierung Folgendes gesagt hat - ich zitiere aus dem vorläufigen Protokoll der 16. Sitzung, Seite 67 -:

Ich glaube, das ist eine technische Diskussion, die wir hier führen, die wir als Hilfsmittel genommen haben, um den Kreis der Antragsberechtigten einzugrenzen.

Also im Sinne, dass man anhand von formalen Kriterien den Kreis der Antragsberechtigten eingrenzt. - Teilen Sie diese Bewertung, und wie beurteilen Sie das Thema Subunternehmer mit Blick auf das Recht, als Ortskraft zu gelten und somit auch evakuiert zu werden?

Zeuge Marcus Grotian: Ich habe ja schon erwähnt, dass es im internationalen Vergleich da andere Maßstäbe bei Koalitionspartnern und internationalen oder supranationalen Organisationen gibt. Insofern erschließt sich mir nicht, warum wir das da anders machen. Aber ich finde auch immer, das ist schwierig, dann die Wertevorstellungen anderer vor sich herzutragen. Aber ist es denn nach unseren eigenen Wertevorstellungen in Ordnung, wie es denn so läuft? Das ist ja die Frage. Wenn das Ziel nur war, Menschen irgendwie davon fernzuhalten, dann ist das vielleicht nicht die ausreichende Begründung, sondern - - Wenn eine Gefährdung gar nicht geltend gemacht werden kann, weil man ihnen bürokratische Tricks - da wurde ich ja schon zitiert - - weil man die anwendet, um überhaupt zu verhindern, dass man eine Gefährdung anguckt, das finde ich nicht in Ordnung. Ich finde es in Ordnung, wenn die alle ihre Gefährdung geltend machen können, man es überprüft und dann zu einem anderen Ergebnis kommt. Damit kann ich leben. Wenn jemand sagt: Sie haben hier eine Gefährdung angegeben, die sehen wir aber gar nicht, weil das stimmt gar - - Aber, dass nicht mal jemand reingucken kann, weil aus bürokratischen Tricks - - das ist für mich schwierig.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Die Fragezeit ist am Ende, und ich erlaube mir den Hinweis, dass die Frage, die letzte Frage, schon mal exakt so gestellt worden ist in einer Fragerunde davor, dass wir vermeiden sollten, Fragen noch mal genau zu wiederholen.

Jetzt freuen wir uns, dass die Kollegin Büniger wieder da ist. Sie hat das Fragerecht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Clara Bünger (DIE LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Vielen Dank, Herr Grotian, dass Sie heute da sind. Ich möchte zu einem konkreten Ereignis kommen, im Rahmen der Evakuierung bzw. nach dem 15. August. Ich glaube, es war der 26. oder 27. August. Da gab es ja ein Flugzeug der Kabul Luftbrücke, welches auf dem Flughafen Kabul landen konnte. Ich meine, da hätten 170 Personen mitfliegen können. Schlussendlich sind ja nur 30 bis 40 Personen mitgenommen worden. Ist Ihnen der Sachverhalt bekannt, und hatten Sie Kontakt - also während des Aufenthaltes des Flugzeuges auf dem Flughafen - mit den Vertretern der Organisationen gehabt?

Zeuge Marcus Grotian: Ich hatte in und um diesen Evakuierungsversuch auch Kontakt zu Kabul Luftbrücke; aber ich hatte auch ein Mitglied des Vereins in dem Flugzeug, das versucht hat, dort Menschen reinzubringen. Also ja, wir hatten Kontakt.

Clara Bünger (DIE LINKE): Verstehe ich Sie da richtig, dass Sie auch versucht haben, Ihre Ortskräfte irgendwie, sage ich mal - - dass die mitgenommen werden von dem Flugzeug?

Zeuge Marcus Grotian: Natürlich.

Clara Bünger (DIE LINKE): Woran hat Ihrer Meinung nach es gelegen, dass Ihre Ortskräfte schlussendlich nicht mit dem Flugzeug evakuiert werden konnten? Vielleicht können Sie das so ein bisschen erläutern.

Zeuge Marcus Grotian: Ich habe da von der durchführenden Organisation und meinem eigenen Kontakt dort, also meinem eigenen Mitglied, der da mitgeflogen ist, eine Vielzahl an Informationen, die ich nicht verifizieren kann. Es scheint da auf jeden Fall - - a) die Rahmenbedingungen, dass die Amerikaner den äußeren Ring gestellt haben, aber auch b) intern durchaus äußerst schwierig gewesen zu sein. Ich kann das aus der Ferne nicht bewerten und habe kein klares Lagebild anhand der Vielzahl an Informationen, die es da gegeben hat.

Clara Bünger (DIE LINKE): Können Sie vielleicht ganz kurz erwähnen, was Ihr Mitarbeiter Ihnen

gegenüber da erwähnt hat, die Probleme, die da aufgetreten sind?

Zeuge Marcus Grotian: Mein Mitarbeiter oder Mitstreiter, sagen wir mal lieber, erwähnte, dass es dort nicht die nötige Unterstützung gebe - meine ich, mich zu erinnern -, die es gebraucht hätte. Das Zeitfenster war wohl sehr klein oder überschaubar, und dann musste der Flieger wieder weg. Ich glaube, dann sind, ich glaube, ungarische Ortskräfte - - Es ist auf jeden Fall eine Gruppe Afghanen in dem Flugzeug dann gelandet, die zumindest nichts mit Deutschland zu tun hatten, was dann natürlich schade ist. Aber das sind dann alles Mutmaßungen.

Clara Bünger (DIE LINKE): Aber ich meine, Sie sagen, das Zeitfenster war zu klein. Ich glaube, das Flugzeug war schon für eine längere Zeit auf dem Flughafen, und es ist wahrscheinlich eher üblich, dass Flugzeuge sich nicht so lange an Flughäfen aufhalten.

Meine Frage da an Sie gerichtet: Hätten Sie sich in der Situation nicht auch ein bisschen mehr Pragmatismus gewünscht? Weil wir haben von Deutschland leere Flugzeuge gesehen, und die Flugzeuge, die in die USA geflogen sind, die waren randvoll.

Zeuge Marcus Grotian: Das können Sie mir glauben, dass ich mir in einigen Momenten mehr Pragmatismus gewünscht hätte. Allerdings, das Bild, was Sie meinen, mit sieben Menschen in einem fast leeren Flugzeug ist ja dann auch später geändert worden. Die Maschinen der Bundeswehr waren dann ebenfalls sehr ausgefüllt. Insofern, da hat man ja dann auch reagiert; aber ob das direkt am Anfang und auch im Zuge dieser Maschinenabfertigung so passiert ist - - Also ich war der Meinung, die Tatsache - - Sie konnten die Motoren nicht ausmachen, und sie konnten auch nicht nach Tanken dort stehen, und deshalb hatten sie ein begrenztes Zeitfenster und mussten irgendwann wieder starten. Sonst hätten sie den Zielflughafen nicht mehr erreicht. Insofern war das doch ein zeitlicher Druck, der da herrschte und der sich dann offenbar nicht auflösen ließ; aber da sind Sie dann bei den Durchführenden der Organisation. Die haben sich dann danach



Nur zur dienstlichen Verwendung

recht öffentlich und recht unzufrieden über die Zusammenarbeit geäußert, meine ich, mich zu erinnern.

Clara Bünger (DIE LINKE): Ich bin wahrscheinlich fertig mit meiner Fragezeit. Sonst hätte ich noch was.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Stimmt. - Und die kleine Bitte hätte ich noch: Da der Zeuge sich ja sehr klar äußert, muss man die Frage nicht ganz so suggestiv stellen. Die Antwort sozusagen spricht auch für sich.

Gut. Dann beenden wir diese Runde. Ich habe verstanden, dass in der nächsten Runde nicht mehr alle Fraktionen Fragebedarf haben, sodass wir eine kürzere Runde haben werden. Das Fragerecht würde zuerst an die SPD gehen. - Die SPD hat keine Fragen. Die Union hat signalisiert, dass sie auch keine Fragen hat. - Dann folgt jetzt die Fraktion die Grünen.

Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich komme wieder zurück zum Ortskräfteverfahren, wo wir eben unterbrochen wurden, weil die Zeit einfach abgelaufen war. Es geht um die Flüge vor der Evakuierungsmission, raus aus Afghanistan. Können Sie uns erläutern, ob vor der Evakuierungsmission die Reisekosten für gefährdete Ortskräfte für die Ausreise nach Deutschland von der Bundesregierung übernommen wurden?

Zeuge Marcus Grotian: Ich meine, mich zu erinnern - jetzt muss ich mal gut überlegen -: Grundsätzlich nein, und ob es im Einzelfall möglich war, kann ich gerade nicht sagen. Mir ist auf jeden Fall kein Fall gewahr, wo jemand den Flug hätte bezahlt gekriegt. Das mag nicht heißen, dass es eine Härtefallregelung vielleicht doch gab. Die Tatsache, dass ich sie selber erwähne, lässt mich vermuten, es gab so etwas. Letztendlich haben wir die Flugtickets dort, wo wir mit den Menschen in Kontakt waren und wir dann keine anderen Wege und Finanzen hatten, dann bezahlt. Aber wir haben versucht - - Ich meine, nicht. Ich kann es nicht sagen. Nein, kann ich nicht abschließend sagen gerade.

Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Das ist ja auch gut, wenn man nicht exakt weiß, wie der Vorgang ist, -

Zeuge Marcus Grotian: Ja.

Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - das so offen zu lassen.

Zeuge Marcus Grotian: Das ist richtig.

Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn wir allgemein - - Also, wenn wir über das Ortskräfteverfahren sprechen, ist es ja wichtig, einmal allgemein darauf zu schauen, was Ortskräfte eigentlich genau gemacht haben. Können Sie uns beschreiben, warum die Arbeit der Ortskräfte für die Bundeswehr oder für den Bundeswehreininsatz so bedeutend war, welche Aufgaben sie gemacht haben und welche Relevanz das eben hatte?

Zeuge Marcus Grotian: Ja, sehr gerne. - Ich zitiere da immer gerne den Generalinspekteur. Der hat mal gesagt, ohne den Einsatz der Ortskräfte wäre der Einsatz so nicht machbar und umsetzbar und die Ziele nicht erreichbar, weil wir durch die Ortskräfte nicht nur die Kapazitäten haben, mehr zu bewirken, weil die Streitkräfte sich dann um das kümmern, wofür sie entsandt sind und nicht um Putzen, Kochen und Sichselbst-Bewachen, sondern auch weil sie die Sprache übersetzen und die gesellschaftliche und die sprachliche Hürde überbrücken, um in der Region, wo wir eingesetzt werden, tätig zu werden. Deshalb braucht man dort Menschen, denen man vertrauen kann, die uns auch vertrauen können müssen und ohne die der Einsatz nicht stattfindet. Wenn die morgen alle nicht zur Arbeit kommen, dann stelle ich mir die Frage, wie wir die Landessprache in einigen unserer Kontingente so - - wer von denen das fließend spricht. Ich glaube, da hätten wir große Probleme, und genau das ist dann die Rolle der Ortskräfte.

Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe im Gespräch mit Soldatinnen und Soldaten, die im Einsatz waren in Afghanistan, auch die Schilderungen gehört, dass Ortskräfte zum Teil auch Warnungen weitergegeben haben an die



Nur zur dienstlichen Verwendung

Bundeswehr. Also zum Beispiel: Man plant irgendwie, durch eine Stadt zu fahren, und dann sagt einem die Ortskraft: „Vielleicht fahren wir heute besser nicht da rechts, sondern einen anderen Weg“, ohne das immer näher zu spezifizieren oder so was. Und das waren dann wesentliche Warnungen vor geplanten Anschlägen, die da hätten stattfinden können. Ist das etwas, was Sie auch aus eigener Erfahrung oder aus Schilderungen, die Sie dann später bekommen haben, bestätigen können?

Zeuge Marcus Grotian: Ich habe mich mit Kameraden, die das so geäußert haben, unterhalten. Ich selber persönlich nicht; aber ich habe das mehrfach gespiegelt bekommen von Menschen, die mit ihrem Übersetzer oder ihrer Ortskraft ein sehr enges Vertrauensverhältnis dann aufgebaut haben aufgrund solcher Sachen. Sie sind eben die interkulturellen Übersetzer und Berater und auch in die Feindlage hinein natürlich.

Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Würden Sie es zusätzlich auch so einschätzen, dass die Ortskräfte zum Teil eine Bindegliedfunktion auch wahrnehmen konnten, weil Soldatinnen und Soldaten ja relativ häufig gewechselt haben, nur einen kurzen Zeitraum jeweils da waren, aber Ortskräfte über einen deutlich längeren Zeitraum zum Teil tätig waren?

Zeuge Marcus Grotian: Je länger der Einsatz fortschritt, umso wertvoller und wichtiger waren die Erfahrungsquellen, weil wir haben ja dann auch immer die am wenigsten produktiven Mitarbeiter offenbar entlassen. Also, wenn ein Kontingent verkleinert - - dann nimmt man die, die am verlässlichsten, am längsten dabei, am wertvollsten aufgrund der Vielzahl ihrer Erfahrungen, Kenntnisse und Kontakte sind. Dementsprechend: Mit jeder Verkleinerung wird das Bild der Leute, die bei uns dann arbeiten, immer wertvoller, immer wichtiger und auch immer hörenswerter, weil sie natürlich dann anhand von langen Zeiten, die sie dann da sind in den Einsätzen und in der eigenen Bevölkerung und in der eigenen Rolle - - oder auch die Rolle wechseln. Es ist ja schon hilfreich, wenn der eigene Übersetzer auch mal im, sagen wir mal, Bayan-e-Shamal-Medienzentrum

war und dann da war und da, weil er verschiedene Einblicke hat und auch Sachen interconnecten kann. Das ist natürlich ein wichtiger Punkt.

Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank für diese wertvollen Schilderungen. - Sie haben vorhin schon einmal den Umgang anderer Nationen - ich glaube, das war im Kontext des Familienbegriffs - angesprochen. Haben Sie insgesamt mitbekommen, ob andere Staaten ihre Ortskräfte vielleicht auch rechtzeitig aus Afghanistan rausgeholt haben, rechtzeitig eine Ausreise angeboten haben?

Zeuge Marcus Grotian: In meinem Verständnis teils, teils. Einige Länder haben sich da auch zu spät drum gekümmert. Andere Länder haben offenbar - - In ihrer parlamentarischen und politischen Arbeit funktioniert das anders. In den Niederlanden wurde, ich glaube, im Juni ein Entschluss gefasst des Parlaments, das das damalige Verteidigungsministerium beauftragt hat, die ehemaligen Ortskräfte rauszuholen. Daraufhin hat man sich den - quasi Patenschaftsnetzwerk - niederländischen Hauptmann, der sich für Ortskräfte einsetzt, ins Ministerium gesetzt, hat gesagt: Hier hast du einen Telefonhörer, ruf mal Ortskräfte an, die für uns gearbeitet haben und finde mal raus, wo die sind und wie es denen geht. - In einem relativ schnellen und unbürokratischen Verfahren wurden dort - inklusive Visa, was ja dann nicht mehr Verteidigung, sondern andere Bereiche betrifft - - konnte man da offenbar sehr schnell ressortübergreifend Lösungen finden und hat dort Menschen rausgebracht.

Da sind mir aber - - Die Negativenanzahl an Beispielen ist größer. Also die Niederlande sind da, glaube ich, schon weit vorne gewesen, aber auch Engländer haben zum Teil ihre Ortskräfte zeitnah noch evakuiert. Die Amerikaner haben es ein bisschen publikler gemacht und mit einer, mit ein paar Maschinen - - 2 500 haben sie, glaube ich, nach Amerika geflogen, und 75 000 sagen sie, sie sollen in sicheren Drittländern bleiben. Das kann man jetzt auch als schwierig bewerten; aber wirkt zumindest in den Medien erst mal schöner, wenn die Maschine direkt nach Amerika fliegt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, danke schön. - Auch die positiven Beispiele, die Sie gerade genannt haben, sind ja ganz hilfreich, um daraus lernen zu können oder einen Blick mal werfen zu können - - für die notwendigen Schlussfolgerungen, die wir machen.

Ich komme zu einem Vorgang im Juni 21. Laut Presseberichten sollten am 25. Juni zwei Charterflüge rund 300 Personen nach Deutschland ausfliegen, Ortskräfte und Familienangehörige, vier Tage vor Ende des Bundeswehreinsetzes. Diese Flüge sind dann aber wenige Tage vorher storniert worden. Wussten Sie von den Plänen des Verteidigungsministeriums, dass Charterflüge eingesetzt werden sollen, und, falls Sie was davon wussten, wissen Sie, warum die storniert wurden?

Zeuge Marcus Grotian: Ich habe davon Gerüchte gehört, dass eine solche Lösung besprochen wird. Das hat uns sehr optimistisch gestimmt. Ich habe dann gehört, dass diese Lösung vom Tisch sei. Warum? Ich sage mal, das Kontingent war danach nur noch dreieinhalb Tage da, glaube ich, oder vier. Würde mich wundern, wenn die da noch viel Kapazitäten gehabt haben, um irgendwelche Chartermaschinen abzuwickeln. Insofern erscheint mir der Moment zu spät gewesen zu sein. Aber das ist eine Vermutung.

Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Dann noch mal zu einem Thema, was Sie auch schon vorhin angesprochen hatten: die E-Mails, die Sie an die Bundeskanzlerin geschrieben haben. Sie haben ja von mehreren E-Mails gesprochen, einzelne haben Sie auch schon angesprochen, um welche Themen es ging. Können Sie noch einmal zusammenfassen, welche Themenkomplexe Sie in diesen E-Mails angesprochen haben.

Zeuge Marcus Grotian: Das wird spannend. Also die erste E-Mail war ein internationaler Aufruf der Dolmetschercommunity und darüber hinaus - also das Patenschaftsnetzwerk auch -, dass man die eigenen Übersetzer nicht zurücklassen soll, weil die Situation in Afghanistan für die besonders heikel und schlimm ist.

Das Zweite war ein Aufruf, der aus der Gesellschaft kam, den ich als Erstunterzeichner mitunterschrieben habe, der mit insgesamt, ich glaube, vier Viersternegenerälen und einer Vielzahl an Staatssekretären, ehemalige aktive Mitglieder des Bundestages ebenfalls, ich meine, im Mai - 1. Mai oder so, um Mai herum - darauf hinwies, dass wir hier ein Problem bekommen, wenn wir unsere Ortskräfte nicht vernünftig - - und nachhaltig uns um die kümmern. - Das waren die ersten beiden.

Im Zuge der nächsten Zeit waren das dann, ich meine, im Wesentlichen Updates jeweils mit Einzelproblemen, wo ich auf die Probleme des Familiennachzuges, der Subunternehmer und der Ortskräfte allgemein hingewiesen habe. Die damals noch sehr enge Regelung mit den nur zwei Jahren wurde mehrfach thematisiert, meine ich, mich zu erinnern. Danach wird es dann - - Ich meine, ich habe im Juli, Ende Juli, den letzten Brief geschrieben; aber ich kann es auch nicht mehr - - Ich könnte es aber recherchieren. Aber das sind im Wesentlichen die Punkte.

Die IOM, das Einsetzen einer internationalen Organisation, die noch nicht die nötige Rolle eingenommen hat, um den Menschen zu helfen, war Thema. Wir haben auch immer, in jeder E-Mail, meine ich mich zu erinnern, Hilfe angeboten, dass wir gesagt haben: Wir wollen Teil der Lösung sein, wir können das auch. - Wie gesagt, ich finde es unlauter, vom Staat alles immer nur zu verlangen, aber - - Wenn wir sowieso schon die Netzwerke und die Kapazitäten hatten - und wir haben Safe-Häuser gemacht, wir hatten Kontakt zu den Menschen, und die Menschen haben uns vertraut -, fanden wir, war es nicht abwegig, zu glauben, dass die uns, weil sie uns vertrauen - oder mir oder meinen Mitstreitern und -streiterinnen - - dass dieses Vertrauen dazu genutzt werden könnte, Menschen zu einer bestimmten Uhrzeit zu einem bestimmten Ort zu bringen und dann ausgewählte Personen, wo man weiß: Jawoll, wir haben die Unterlagen vorher angeguckt etc. - - Ich habe da solche Hoffnungen gehegt und fand es halt schade - es war eine vertane Chance -, dass man das nicht gemacht hat; denn die Kontaktaufnahme zu einer Ortskraft, die Angst um



Nur zur dienstlichen Verwendung

ihr Leben hat und gleichzeitig von jemand Fremdes angerufen werden muss, um zu gucken, ob - - Geh mal da und da hin. - Das ist für die natürlich auch - - Was ist, wenn das - - Vielleicht gab es solche Anrufe, und wir haben von den Menschen nie wieder gehört, weil irgendwer anders da angerufen hat. I don't know.

Insofern fand ich es schade, dass - - Aber, wie gesagt, es waren Vorschläge dabei, wie man Lösungen - - die hätten unterstützt werden können. Hätte alles Gelde gekostet, keine Frage; aber so einen Evakuierungsfieger konnte ich mir in dem Moment leisten, wo in Afghanistan Menschen vom Flugzeug gefallen sind, und da war es zu spät.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Die Fragezeit ist abgelaufen. - Hatten Sie noch Fragen?

Stefan Keuter (AfD): Ja. Ich habe noch drei Fragen. - Sie hatten vorhin über die Situation Gefährdungsanzeigen, Gefährdung von Ortskräften, berichtet, wo Sie vorhin gesagt hatten, Sie hätten das nicht kritisch geprüft, Sie haben das erst mal so hingenommen. Ich habe eine Fundstelle gefunden - MAT A BKA-2.06, Blatt 239 -, wo die Taliban - - wo drinsteht, dass die Taliban mehrfach angekündigt hätten, Ortskräften nichts anzutun.

Sie haben kritische Meldungen, dramatische Meldungen weitergegeben, die auch im Bundeskanzleramt aufgeschlagen sind - MAT A BKAm-3.37, Blatt 298 -, wo sich eine Mitarbeiterin im Bundeskanzleramt fragte, was Sie über die Taliban berichten und dass dies wahrscheinlich nicht Hand und Fuß habe.

Dann habe ich eine andere Aktenfundstelle - MAT A BMVg-4.205, Blatt 13 -, daraus zitiere ich:

Die meisten Gefährdungsanzeigen der OrtsKr erfolgen aufgrund von vermeintlichen Drohbriefen und Drohanrufen seitens der Taleban. Etwa 10% der Drohanrufe konnten dabei den Taleban oder anderen regierungsfeindlichen Kräften

eindeutig zugeordnet werden. Neben Drohanrufen durch Angehörige der organisierten Kriminalität, ist auch eine Inszenierung der Drohanrufe durch die OrtsKr selbst denkbar.

Meine Frage diesbezüglich ist: Haben Sie Ihre Wahrnehmung und Einschätzung im Rahmen Ihrer Tätigkeit verändert, einen kritischeren Blick darauf entwickelt?

Zeuge Marcus Grotian: Die Taliban waren in meinen Augen keine verlässliche Partei in Bezug auf unsere eigenen Angestellten. Ansonsten würde ich mich fragen, warum wir unsere eigene Botschaft da abgebaut haben und Deutsche evakuiert haben - weil denen wollte man auch nichts antun.

Darüber hinaus ist es für mich nicht ausreichend, zu sagen: Wir lassen die Menschen zurück und gucken, ob dann das Schlimmste eintritt oder nicht. - Denn auch in der Talibanfraktion gibt es ja Stimmen, die eine deutlich härtere Vorgehensweise durchsetzen wollten. Und ob die sich durchsetzen oder nicht, war und ist ja immer noch die Frage und unklar. Das sind Rahmenbedingungen, wo ich zusätzlich zu dem staatlichen Nichtbeachten der ehemaligen Angestellten - - also dass man sie eben nicht - - dass man eben nicht weiß: Wo sind die Menschen? Wer hat für wen wie lange wo gearbeitet?

Das gab es in einigen Bereichen gar nicht, weil sie nicht zur Zielgruppe gehörten. Eine Zielgruppe, die so klein war wie die zweijährige - wer in den letzten zwei Jahren für uns gearbeitet hat -, hat so viele Ortskräfte ausgeschlossen, wo wir überhaupt nicht wissen - - Also auch die Ministerien konnten mir dann bei vielen nicht sagen, was mit denen ist, und vor 2013 sind die Akten bei ISAF auch nicht mehr da.

Also, das sind Rahmenbedingungen, wo ich dann sage: Dann ist das Schlimmstmögliche, was hier passieren kann, eine persönliche Rache. Wir haben festgestellt, es gibt keine institutionalisierte zurzeit - da sind wir alle sehr froh -, aber es gibt die Möglichkeit einer persönlichen Rache von Taliban, also Terroristen und Straftätern, die sich



Nur zur dienstlichen Verwendung

an unseren eigenen Angestellten rächen. Bei wem das jetzt zutrifft oder nicht - - Wenn der Staat das nicht mehr bewerten kann, sage ich: Dann unterstütze ich alle.

Ich fordere hier ja, dass wir eben nicht in dem nächsten Einsatz diese gleiche Hilflosigkeit und Ahnungslosigkeit haben, sondern dass wir dann wissen, wer für uns wo gearbeitet hat etc. Ob es da hilfreich ist, das Ganze auf Subunternehmen auszulagern, wo wir dann wieder sagen: „Haben wir nichts mit zu tun“, weiß ich nicht; ob es gemacht wird, weiß ich nicht. Aber für mich ist das Ergebnis, wenn ich dann sehe, es können halt auch Menschen, die für uns lange Jahre gearbeitet haben und die ein Anrecht auf eine Aufnahmezusage hatten oder jetzt später auch noch gekriegt haben - - die hätten und haben und sind vielleicht auch Opfer von persönlicher Rache geworden - - dann ist das nicht ausreichend.

Das war der Grund, weshalb ich mich in Gänze so äußere. Ich wäre froh, wenn ich das in Zukunft nicht mehr machen muss. Ich wäre froh, wenn ich Menschen in die Augen sehe und die mir sagen: Herr Grotian, das haben wir alles reiflich überlegt. Viele Sicherheitsexperten haben draufgeguckt. - Aber einen Fall, wo die Sicherheitsgefährdung überhaupt nicht betrachtet wird, weil er bürokratisch ausgetrickst wurde, und er gar nicht betrachtet wird - - Ab da muss ich sagen: Okay, der hat aber für uns gearbeitet. Keiner guckt sich an, ob der wirklich gefährdet war. Ja, bitte schön, dann läuft hier was falsch.

Stefan Keuter (AfD): Vielen Dank. - Vorletzte Frage: Glauben Sie, dass ein politischer Wille da ist, diesen kompletten Einsatz und vor allen Dingen sein Ende aufzuarbeiten?

Zeuge Marcus Grotian: Als Staatsbürger in Uniform sage ich: Es ist dringend nötig. Ich hoffe darauf sehr. Zweifel kann man haben. Ich hoffe darauf sehr. Es ist dringend nötig.

Stefan Keuter (AfD): Die letzte Frage: Ihr Verein bietet ja neben der Evakuierungshilfe auch Betreuungsprogramme für Ortskräfte an. Haben Sie hier Aufträge vom Bund oder anderen Organisationen erhalten?

Zeuge Marcus Grotian: Wir werden seit 2022 durch Beschluss des Bundestages bei der Integration mit einer Förderung versehen, die uns die Unterstützung bei der Integration in Deutschland ermöglicht. Außerhalb der rein ehrenamtlichen Strukturen, die wir vorher hatten und auch immer noch haben, können wir somit einen kleinen Anteil an hauptamtlichen Ansprechpartnern etablieren, der den Menschen bei der Integration hilft.

Stefan Keuter (AfD): Prima. Das war es. - Ganz herzlichen Dank, dass Sie hier waren.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Erlauben Sie mir den Hinweis, dass ich, auch wenn die Antwort in Ordnung gewesen ist, die Formulierung der vorletzten Frage mindestens unkollegial finde. Aber den Zeugen hier zu fragen, ob er glaubt, dass wir hier unsere Arbeit anständig tun, wenn wir hier Mitglieder sind, das finde ich unangemessen.

Stefan Keuter (AfD): Es gab Aktenfundstücke, die darauf haben schließen lassen, Herr Vorsitzender. Ich habe das aus Zeitgründen nicht weiter vertieft. Ich hätte da noch nachfragen können. Ich hatte da schon Gründe, und es bezog sich nicht auf diesen Untersuchungsausschuss. Der Zeuge hatte vorher mal geäußert, dass er nicht glaubt, dass ein politischer Wille da war. Das war ein „Focus“-Artikel, auf den ich aber jetzt nicht weiter eingehen möchte.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Gut. - Das Frage-recht wechselt so oder so zur FDP, und Frau Kollegin Dr. Jurisch hat das Wort.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Vielen herzlichen Dank. - Ich möchte auf einen Begriff eingehen, den Sie ganz am Anfang in Ihren Ausführungen genannt haben. Sie haben ja jetzt eben geschildert, dass Sie mit dieser formalistischen Definition „Ortskraft“ sehr unzufrieden waren und auch mit der Erreichbarkeit von Stellen der Bundesrepublik. Sie haben den Begriff der „Verantwortungsdiffusion“ verwendet. Können Sie das mal anhand von Beispielen, die über das, was Sie bisher gesagt haben, vielleicht noch hinausgehen, konkretisieren? - Vielen Dank.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Marcus Grotian: Sehr gerne. - Eine Woche, bevor ich in der Bundespressekonferenz war und dort mich äußern durfte, waren der damalige Innenminister und zwei seiner Staatssekretäre an gleicher Stelle. Man hatte auf die Frage, ob denn Ortskräfte, volljährige Kinder Aufnahmezusagen erhalten würden, da es aus der Zivilgesellschaft Kritik gab, dass das nicht der Fall sei. Darüber äußerte man sich damals offiziell, dass ein solcher Antrag selbstverständlich positiv entschieden worden wäre, wenn er denn vorgelegt wäre.

Zu diesem Zeitpunkt gab es nach meinem Wissen keine Anträge volljähriger Kinder, die aus bürokratischen Gründen hätten bearbeitet werden können, weil die volljährigen Kinder am 16.06. erst in der Erweiterung beschlossen wurden. Sie wurden dann - - mussten in eine Weisung gesetzt werden. Und mir ist nicht bekannt, dass diese Weisungen dann rechtzeitig irgendwie noch dazu geführt haben, dass Anfang August schon Entscheidungen getroffen worden wären; wäre aber eine interessante Frage.

Meines Wissen nach ist also die Bereitschaft im Innenministerium, diese Anträge positiv zu bescheiden, dann nicht ausreichend, wenn die Anträge da gar nicht hinkommen, weil sie bürokratisch gar nicht bearbeitet werden, weil sie ja außerhalb der Zielgruppe sind. Also, es werden ja keine Menschen außerhalb der Zielgruppe des Ortskräfteverfahrens bearbeitet. Das wäre ja bürokratisch unsinnig. Daran erkennt man, dass dann, wenn die Rädchen nicht alle ineinandergreifen, die sich zwar alle schön drehen, aber sie fassen halt nicht ineinander. Es sorgt hinten nicht dazu, dass die Menschen, wo man in Pressekonferenzen sagt, man würde sich ihnen gegenüber jederzeit ansprechbar - - und alles würde gemacht werden, um denen zu helfen, dass das dann auch so ein bisschen schwierig ist.

Ein anderes Beispiel, auch in Bezug auf volljährige Kinder. Anfang August habe ich, ich glaube, im Innenministerium eine Weisung gesehen auf der Webseite, wo es immerhin zum Ortskräfte-thema eine Webseite gab, wo darauf hingewiesen wurde, dass bei Antragstellung der Antragsteller, also die Ortskraft, angeben musste, warum das

volljährige Kind denn nicht in Afghanistan bleiben durfte, und da besonders argumentieren musste. Das wurde Anfang August bekannt.

Die Gefährdungsanzeigen der Ortskräfte, die zu Aufnahmezusagen führten, wurden alle gestellt im April/Mai, als das Kontingent anfang, zu packen. Keiner wusste, dass er ein volljähriges Kind irgendwie hätte extra erwähnen müssen. Also gab es auch - - Es gab diese Möglichkeit für die Ortskraft gar nicht, weil hinterher gesagt wurde: Ja, hättest du damals mal gemacht. - Zeitreisen können die ja nicht.

Insofern ist es zwar richtig, dass es ein bürokratisches Verfahren gab, was im Übrigen dann eine Woche - - Mit Start der Evakuierungsoperation ist, glaube ich, diese Aufnahmemöglichkeit für volljährige Kinder dann erst mal wieder abhandengekommen. Dann ist das ja auch schon ein bisschen ein Potemkin'sches Dorf oder ein vorgehaltenes Argument, dass es denn möglich sei, wenn es in Wirklichkeit gar nicht dazu - - die Ortskräfte gar nicht die Möglichkeit hatten, es so umzusetzen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Jetzt komme ich noch mal auf eine technischere Sache sozusagen zurück im Zusammenhang mit der Evakuierung. Sie hatten ja geplant, Ortskräfte mit Bussen an den Flughafen damals zu bringen. Wenn ich mich richtig erinnere, sind dafür ja Passagierlisten nötig gewesen, um an den Checkpoints der Taliban vorbeizukommen. Ist das richtig, dass da Passagierlisten für erforderlich waren?

Zeuge Marcus Grotian: Die Passagierlisten sind nicht in dem Kontext unserer Evakuierungsbemühungen aufgetreten. Also, wir haben Listen gehabt mit Menschen, die wir in Kabul kannten und wussten, wo die sind, und aus welchen Gründen wir geglaubt haben, dass das Ortskräfte sind. Diese Listen gab es. Die sind auch mit dem Verteidigungsministerium abgeglichen worden, aber wir haben - - Diese Listen, die Sie sagen, kenne ich, aber vom Hörensagen aus Evakuierungsbemühungen anderer Stellen. Da kann ich aber nichts zu sagen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Okay. Da hatten Sie nichts mit zu tun. - Dann ein anderes, auch in dem Zusammenhang. Sie haben vorher die IOM erwähnt - ich weiß nicht mehr, wie Sie es formuliert haben -, aber so nach dem Motto, dass die noch gar nicht so reif dafür vor Ort waren, um das, was Ihnen übertragen wurde, wirklich zu erfüllen. Können Sie vielleicht noch ein bisschen was dazu sagen?

Zeuge Marcus Grotian: Ja. IOM sollte nach mehrfachen Verschiebungen ja Büros eröffnen. Ich weiß nicht, woran es gelegen hat. Es war wohl ausschreibungstechnisch alles nicht so einfach, und auch inhaltlich änderte sich ja dann, was gemacht wurde. Die Anzahl der Menschen, die unterstützt wurden, änderte sich ja auch durch politische Entscheidungen in Deutschland. Ich bin sicher, da gab es dann Nachverhandlungen und was auch immer.

Ergebnis war ja nur das, was wir gesehen haben, nämlich ein Büro, was Anfang August renoviert wurde, wo Menschen - also es gab ja Jobinterviews - - Da sollten Menschen eingewiesen werden für ihre Arbeit, Anfang August. Dann ist ja - - Das war, kurz bevor der ganze Laden gefallen ist. Das ist dann zu spät gewesen. Wir haben ja quasi nur die Ausflüsse gesehen. Was da genau im Hintergrund passiert ist, interessiert mich aber auch sehr.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Letzte Frage von meiner Seite. - Jetzt haben wir ganz viel über das geredet, was Sie gemacht haben, und auch über die Menschen dort. Ich würde gerne noch mal auf Sie zurückkommen. Wir wissen ja aus den von uns vorliegenden Akten - MAT A BMVg-4.65, Blatt 5 -, dass im Umfeld des Generalinspektors nach der Pressekonferenz, an der Sie am 24. August 2021 teilnahmen, geprüft wurde, ob Sie mit Ihrer dort geäußerten Kritik Ihr Mäßigungsgebot verletzt haben. In diesem Zusammenhang wurde auch überlegt, inwieweit man vielleicht über andere Mitglieder des Vereins mäßigend auf Sie einwirken könne. Sind Ihnen derartige Versuche bekannt?

Zeuge Marcus Grotian: Das ist mir nicht bekannt. Ehrlich gesagt hatte ich irgendwie mal gehört,

dass man, wenn man solche Überlegungen startet, darüber informiert wird als Betroffener. Solche Äußerungen gegenüber mir gab es nicht und höre ich jetzt das erste Mal.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Weiterhin wurde überlegt, inwieweit Ihre öffentlichen Aussagen die Schirmherrschaft des Generalinspektors für Ihren Verein gefährden. Gab es diesbezüglich irgendwelche Kommunikation zwischen Ihnen und dem Generalinspekteur oder Vertretern des BMVg, oder gab es vielleicht auch Kontaktsperren von Kameraden zu Ihnen in dem Zusammenhang?

Zeuge Marcus Grotian: Es gab während der Evakuierungsoperation ein Kontaktverbot der Menschen aus der Operationszentrale im Einsatzführungskommando. Das war aber ein allgemeines. Das war nicht auf mich alleine bezogen, zumindest mein Kenntnisstand, weil einfach die Informationsflüsse - - da zu viele rein- und rausgingen offenbar.

Darüber hinaus weiß ich nur, dass der Generalinspekteur sich aus seinem Amt als Schirmherr gerne zurückziehen möchte. Aber ansonsten gab es darüber ein Gespräch, und das werden wir dann irgendwann umsetzen, denke ich.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Dann danke ich Ihnen sehr herzlich. - Vielen Dank von meiner Seite.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Frau Kollegin Büniger, haben Sie noch Fragen?

(Abg. Clara Büniger (Die LINKE) schüttelt den Kopf)

Dann beende ich auch diese Runde. Und dann würde ich den Versuch machen, ob es geht, eine letzte Kurzzunde zu eröffnen oder zu fragen, ob noch jemand Fragen hat. Gibt es da gar keine Fragen mehr?

(Abg. Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) schüttelt den Kopf)



Nur zur dienstlichen Verwendung

- Hier auch nicht. Das ist ja wunderbar. - Dann sind wir zum Ende gekommen. Ich darf mich herzlich vor allen Dingen auch bei dem Zeugen bedanken. Die Befragung ist damit für heute beendet. Im Rechtssinne ist sie noch nicht abgeschlossen. Sie bekommen das Protokoll innerhalb von zwei Wochen, haben dann Zeit, etwaige Protokollierungsfehler zu monieren oder Ihre Aussage gegebenenfalls richtigzustellen oder zu ergänzen. Erst danach wird der Abschluss der Vernehmung förmlich festgestellt. - Vielen herzlichen Dank.

Wir sind am Ende des öffentlichen Teils der Beweisaufnahme. Die nächste öffentliche Ausschusssitzung findet am Donnerstag, den 9. Februar, statt.

Ich unterbreche die Sitzung jetzt bis 16.45 Uhr, und wir setzen sie dann fort im Saal PLH 2 300; Sie wissen, unter welchen Bedingungen.

Von der Öffentlichkeit verabschiede ich mich jetzt schon. Es war uns eine Freude, dass Sie dabei waren. Haben Sie einen schönen Resttag!

(Schluss des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung,
Öffentlich: 16.13 Uhr -
Folgt Sitzungsteil Zeugen-
vernehmung, Nichtöffent-
lich)